Zeitschrift: Rheinfelder Neujahrsblätter
Herausgeber: Rheinfelder Neujahrsblatt-Kommission
Band: 43 (1987)

Artikel: Rheinfelden (Baden)
Autor: Mohr, Bernhard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-894435

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rheinfelden (Baden)

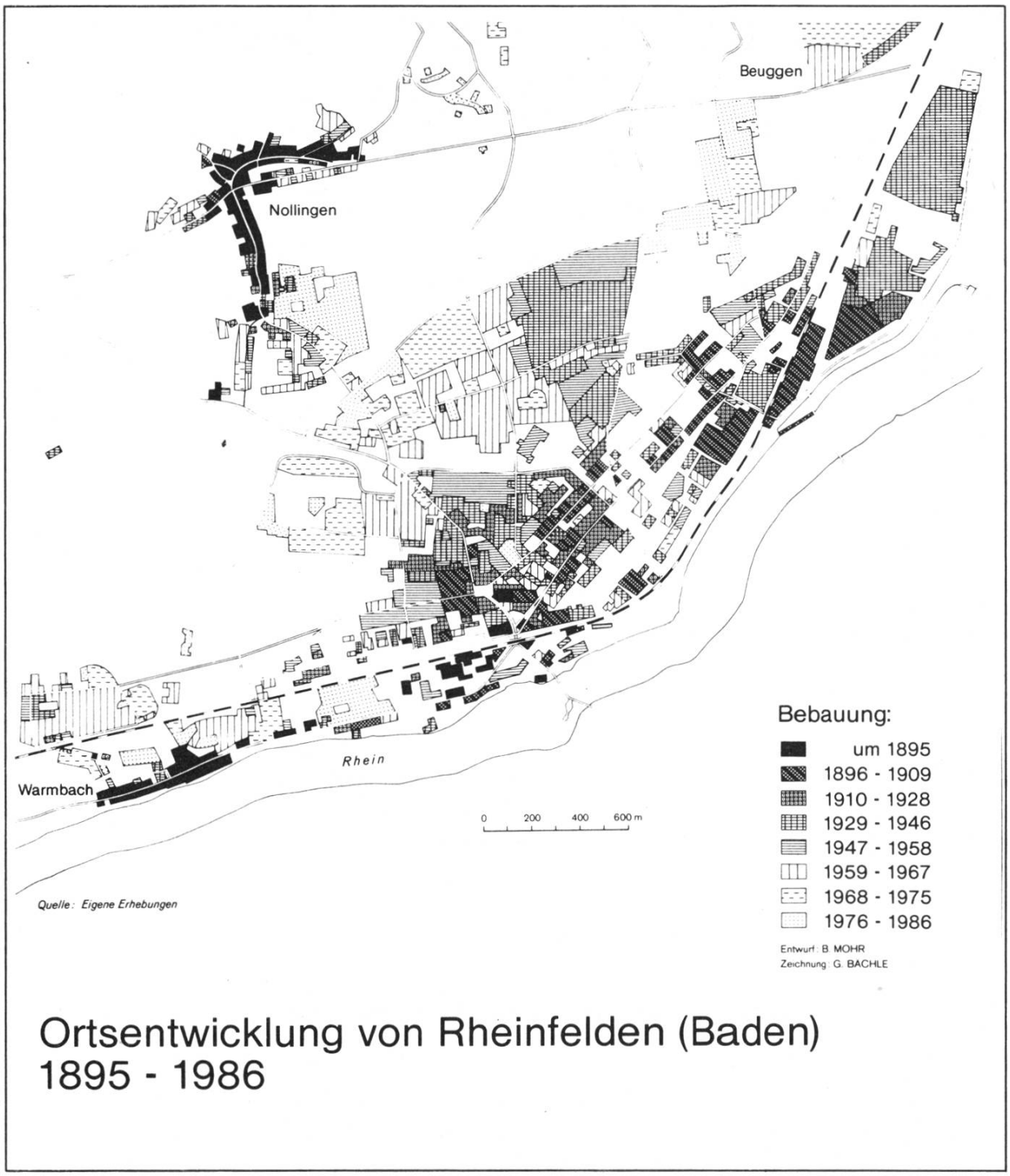
von Dr. Bernhard Mohr

Die vorliegende Untersuchung über Rheinfelden (Baden) gliedert sich in zwei Teile:

Siedlungsentwicklung 1895–1975, Siedlungsentwicklung 1975–1985 und Grenzgängerverkehr.

Der erste Teil des Beitrages wurde in der Zeitschrift «Regio Basiliensis» XIX im Jahre 1978 publiziert. Um die seither erfolgten Siedlungsveränderungen verdeutlichen zu können, ist dieser Arbeit ein aktualisierender Nachtrag beigefügt worden, in dem auch die grenzüberschreitenden Verflechtungen — am Beispiel der zwischenstaatlichen Pendler — Berücksichtigung finden.

Wappenschild gold (gelb), Löwe und Rose rot, Rosenblätter in der Vorderpranke grün.



Ortsentwicklung von Rheinfelden (Baden)
1895 - 1986

Siedlungsentwicklung 1895–1975

Gliederung

Einleitung 28

1 Grundlagen der Siedlungsentwicklung 29
11 Der Einfluss von Rheinfelden (Schweiz) 29
12 Gründung der Kraftübertragungswerke Rheinfelden (KWR) 29
13 Salzvorkommen 32

2 Entstehungsphase (1895–1901) 33
21 Kraftwerkbau und Industrieansiedlung 33
22 Bevölkerungszuzug 34
23 Gemeindepolitische Neuordnung und Entwicklung der Grundbesitzverhältnisse 35
24 Bauliche Gestaltung 38

3 Periode der Konsolidierung bis 1930/32 39
31 Soziale Verhältnisse 39
32 Entwicklung und Flächenanspruch des DEGUSSA-Werkes 40
33 Bauträger und bauliche Gestaltung 43

4 Planvolle Siedlungserweiterung zwischen 1933 und 1945 45
41 Entwicklung der Aluminiumhütte und ihr Einfluss auf den Wohnungsbau 46
42 Die Rheinfelder «Siedlung» 48

5 Phase intensiver Wohnbautätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg 51
51 Bevölkerungswachstum und Erwerbsstruktur 52
52 Entwicklung der Industriebetriebe und ihr Flächenanspruch 53
521 Aluminiumhütte und DEGUSSA-Werk 54
522 Werk der Dynamit Nobel AG 54
53 Die Träger des Wohnungsbaus 55
531 Wohnbaupolitik und Wohnungsbestand der Industriefirmen 55
532 Der kommunale Wohnungsbau 58
533 Sonstige Wohnungsbauträger 61
54 Bebauungsgebiete, bauliche Gestaltung und Wohnstruktur 62

6 Jüngste Entwicklung und Planungsvorstellungen 63

7 Grundzüge der Siedlungsstruktur unter Betonung der Bodeneigentumsverhältnisse und Bauinitiativen wichtiger Siedlungsträger 66

8 Zusammenfassung 68

Literaturübersicht 71

Einleitung

Im stadtgeographischen Schrifttum wird Rheinfelden (Baden) als ein Beispiel für jene Städte angeführt, die im Gefolge der Industrialisierung im 19. und 20. Jahrhundert entstanden sind. Der Ort wird in eine Reihe mit industriellen Neugründungen wie Leverkusen, Wolfsburg u. a. gestellt[1]. Dabei ist nicht zu übersehen, dass entstehungsmässig Parallelen vorliegen und somit eine Zuordnung zum Typ der modernen Industriestadt berechtigt ist, dass jedoch Unterschiede hervortreten, wenn man die weitere Entwicklung und ihre Ursachen verfolgt. Die genetischen Grundzüge und ihre Bestimmungsfaktoren lassen sich am Beispiel von Rheinfelden thesenhaft folgendermassen zusammenfassen:

1. Ausschlaggebend für Siedlungsentstehung und Bevölkerungskonzentration waren unternehmerische Standortentscheidungen. Die Stadt folgte der Standortwahl der Unternehmer[2].
2. Das Wachstum der Siedlung war von den Entwicklungen der Unternehmen abhängig, diese wiederum unterlagen dem Wandel der Standortverhältnisse. Da die Standortqualität sank, verminderte sich der Einfluss der Unternehmen auf Siedlungsentwicklung und -gestaltung zugunsten kommunaler Entscheidungsträger.

Der vorliegende Beitrag will die beiden Thesen überprüfen und mit Inhalt füllen, d. h. die Grundlagen und Phasen des Siedlungswachstums darstellen sowie den jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen nachgehen. Er soll zeigen, welchen Einfluss bedeutende Bauträger – seien dies Industriebetriebe, Baugenossenschaften oder kommunale Bauorgane – auf die Siedlungsentwicklung genommen haben und wie sich deren Initiativen und Aktivitäten im Raum auswirkten. Schliesslich soll dargelegt werden, welche Siedlungsstruktur, verstanden als die Art und Weise der räumlichen Verteilung von Wohn- und Arbeitsstätten, von Versorgungs- und Erholungseinrichtungen sowie deren verkehrsmässiger Verknüpfung, sich herausgebildet hat und welche künftige siedlungsräumliche Ordnung angestrebt wird.
Als Arbeitsgrundlagen dienten verfügbare Materialien: Literatur, Karten, Archivalien. Hinzu kamen Ortskartierungen und zahlreiche Besprechungen. Mit Hilfe der Akten im städtischen Archiv konnte die Entwicklung Rheinfeldens bis 1945 belegt werden. An Karten wurden alle erreichbaren Unterlagen einschliesslich Flächennutzungsplänen und Luftbildern ausgewertet. Umfangreich, doch in unterschiedlichem Masse verwendbar ist die Literatur über Rheinfelden und seine Industrie; sie reicht von allgemein verständlichen ortsgeschichtlichen Betrachtungen bis zu speziellen technischen Beiträgen in Werkszeitschriften. Sehr hilfreich waren Gespräche mit Vertretern von Stadt, Industrie und Wohnungsbaugesellschaften

---

[1] *Hofmeister, B.* (1971 [2]): Stadtgeographie. Braunschweig, S. 36
[2] *Ipsen, G.* (1956): Stadt (IV). In: Beckerath, E. von u.a. (Hrsg.): Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Bd. 9, Stuttgart/Tübingen/Göttingen, S. 788

sowie mit anderen sachkundigen Persönlichkeiten. Allen schulde ich für ihr freundliches Entgegenkommen herzlichen Dank.

1 Grundlagen der Siedlungsentwicklung

11 Der Einfluss von Rheinfelden (Schweiz)

Gegenüber der schweizerischen Stadt gleichen Namens, einer Zähringergründung aus dem 12. Jahrhundert, gelegen, ist das badische Rheinfelden kaum 80 Jahre alt; es hat in diesem kurzen Zeitraum die Schwesterstadt an Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft weit überflügelt.
Bevor ab 1895 Kraftwerk, Fabriken und Wohngebäude am rechtsrheinischen Ufer, auf den Gemarkungen von Nollingen und Karsau, gebaut wurden, hatte es sehr enge Beziehungen zwischen dem schweizerischen Rheinfelden und den badischen Nachbarorten gegeben. Die Stadt war jahrhundertelang Absatz- und Versorgungsmarkt für die rechtsrheinischen Dörfer und blieb dies auch, nachdem die politische Einheit innerhalb der vorderösterreichischen Lande im Jahre 1805 aufgelöst worden war. Nicht zuletzt erleichterte die Rheinbrücke die gegenseitigen Verbindungen. Das Gewicht von Rheinfelden (Schweiz) zeigte sich auch in der Namensübertragung: zunächst auf die grossherzoglich-badische Eisenbahnstation («Bei Rheinfelden»), obwohl diese auf der Gemarkung von Nollingen lag, dann auf die neue Siedlung, die «Bei Rheinfelden», dann Badisch-Rheinfelden, schliesslich Rheinfelden (Baden) genannt wurde.
Der Bahnhof «Bei Rheinfelden» war in der Nähe der Rheinbrücke errichtet worden. Seit 1856 verkehrten die ersten Züge zwischen Basel und Säckingen. Ohne Zweifel stellte die Station den Keim einer neuen Siedlung dar; denn neben dem älteren Zollhaus und wenigen anderen Gebäuden für Bahn- und Zollbeamte siedelte sich 1894 eine erste Fabrik an, die Seidenweberei Baumann und Streuli[3]. Im Jahre 1895 lebten in «Bei Rheinfelden» bereits 206 Personen[4]. Wie sich der durch den Verkehr geprägte Siedlungsansatz weiter entwickelt hätte, darüber kann man nur Mutmassungen anstellen, da ab 1895 die Auswirkungen des Kraftwerkbaues die gesamten Siedlungsverhältnisse zwischen Warmbach, Nollingen und dem ehemaligen Deutschordenshaus Beuggen von Grund auf umwandelten (s. Abb. 1).

12 Gründung der Kraftübertragungswerke Rheinfelden (KWR)

Somit ist der entscheidende Anstoss für die Entstehung von Rheinfelden in der Auswahl dieses Standortes für die Energiegrossgewinnung zu sehen, im Bau eines Laufkraftwerkes, des ersten in Europa, zugleich des ersten Grenzkraftwerkes,

---

[3] *Jehle, F.* (1963): Industriestadt auf geschichtsträchtigem Boden. In: Stadt Rheinfelden, Sonderbeilage der Rheinfelder Zeitung des Südkurier vom 30. Nov. 1963, S. 30

[4] *Kampffmeyer, H.* (1910): Die Entwicklung eines modernen Industrieortes und die Lehren, die sich daraus für die industrielle Ansiedlungs-Politik ergeben. Heidelberger Volkswirtsch. Abh. 1, S. 40 (im folgenden zitiert als Kampffmeyer: Moderner Industrieort)

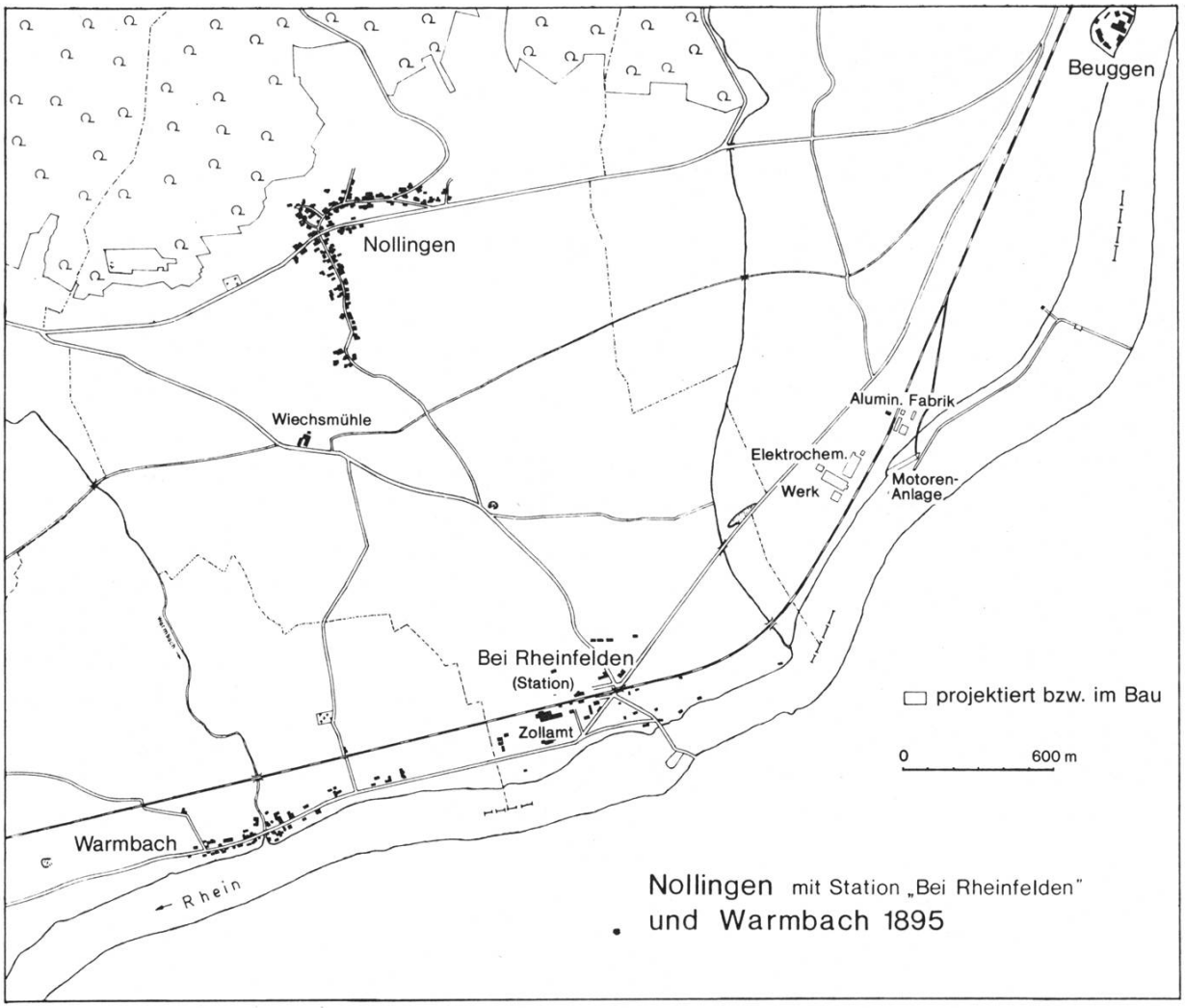


Abbildung 1
Quelle: Nach T.K. 1:25 000, Blatt 165, II. Aufl., 1895

das den Auftakt zur umfassenden Erschliessung des Hochrheins für die Stromerzeugung darstellte.
Zwischen Bodensee und Basel bieten sich mehrere Flussabschnitte wegen ihres bedeutenden Gefälls auf kurzer Entfernung zur Wasserkraftnutzung an. Während der Hochrhein grösstenteils in den quartären Ablagerungen der Niederterrasse fliesst, finden sich diese Flussabschnitte auf Felsuntergrund, in die der Rhein epigenetisch eine Rinne eingegraben hat. Die harten Schwellen – bei Rheinfelden aus Hauptmuschelkalk bestehend – leisteten der Erosion Widerstand, so dass Wasserfälle und Stromschnellen, «Laufen» und «Gewild» genannt, entstehen konnten.
Der Gedanke, das Gefälle im Rheinfelder Gewild und die bei relativ konstanter Wasserführung bedeutende Wassermenge industriell zu nutzen, geht bereits in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurück. Allerdings schlug ein Versuch fehl, bei dem mechanische Energie gewonnen und diese mit Hilfe von Drahtseiltransmissionen u. a. bis nach Basel geleitet werden sollte. Bereits 1889, zwei Jahre vor der erfolgreichen Übertragung von Wechselstrom auf grössere Entfernung an-

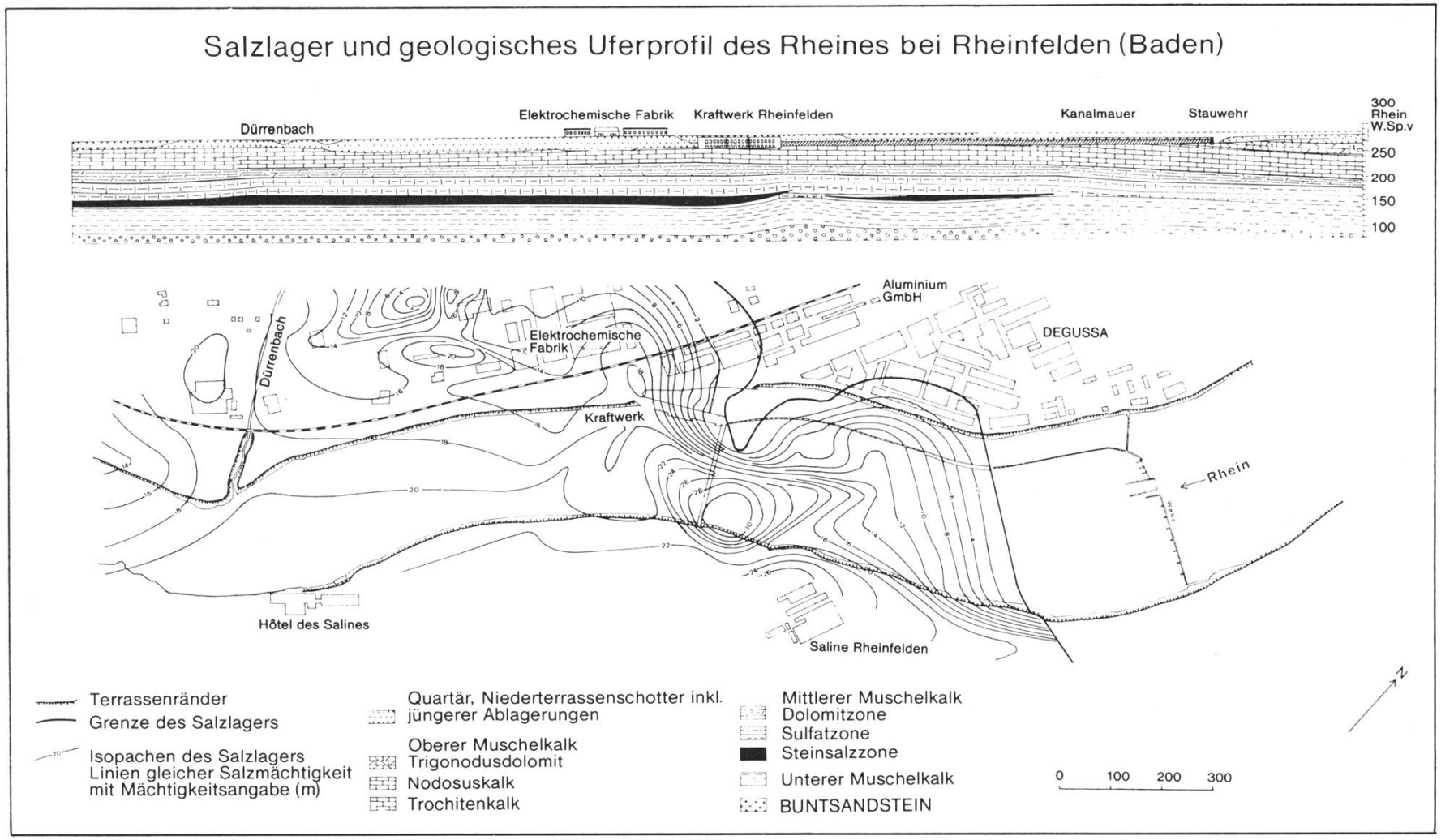


Abbildung 2

Quelle: Vgl. Anmerkung 7, Taf. 8

lässlich der Frankfurter Internationalen Elektrotechnischen Ausstellung, lag ein Plan zur Gewinnung elektrischer Energie vor. Drei Schweizer Firmen – Escher, Wyss & Co, die Maschinenfabrik Oerlikon sowie Zschokke & Co in Aarau – ersuchten die Regierungen in Karlsruhe und Aarau um die Konzession zum Bau eines Kraftwerkes auf dem badischen Ufer. Die Wasserrechtskonzession musste von beiden Anliegerstaaten gegeben werden, da wie bei allen Grenzkraftwerken Bauteile die Ufer zweier Länder, bei Rheinfelden allerdings nur mit dem Stauwehr, erreichen, ausserdem Fragen der Schiffahrt und des Fischfangs, der Uferbefestigung wegen des Rückstaus u. a. berührt werden.
Die genannten Unternehmen gründeten unter Führung der AEG zunächst eine Vorbereitungsgesellschaft. Da ihr die Finanzierung des Projektes nicht gelang, verstrich die erste Konzession ungenutzt. Das Vorhaben barg viele technische und wirtschaftliche Risiken und galt als kühnes Wagnis. In einem neuen Plan reduzierte man die vom Beuggener See bis zur Rheinfelder Brücke vorgesehene Ausbaustrecke und halbierte damit die veranschlagten Kosten auf 6,1 Millionen Franken. Daraufhin gelang es Emil Rathenau, eine Beteiligung des AEG-Bankenkonsortiums zustande zu bringen, und 1894 entschloss man sich, für die Finanzierung, den Bau und Betrieb des Werkes eine deutsche Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 4 Millionen Mark zu gründen[5]. Die AEG, Berliner Finanzinstitute sowie ein Frankfurter Bankhaus übernahmen sämtliche Aktien[6]. Sitz der Gesellschaft war in Station «Bei Rheinfelden», ihr Name lautete Kraftübertragungswerke Rheinfelden (KWR).

13 Salzvorkommen

Für die Ansiedlung von Industrie spielte die Sicherung der Energieversorgung die grösste Rolle. Nicht unbedeutend war aber auch die Rohstofforientierung, hier auf Steinsalz, für die vorgesehenen elektrochemischen Betriebe. Bei Rheinfelden finden sich Steinsalzlager im mittleren Muschelkalk, rund 100 m unter dem Talboden. Sie wurden 1844 auf schweizerischer, 1897 auf badischer Seite erbohrt. Ihre Mächtigkeit beträgt im Mittel 14 m, schwankt aber beträchtlich und erreicht höchste Werte mit 31,6 m unter dem Flussbett. Spätere Bohrungen und Geländesenkungen auf Grund der Aussolung haben den Beweis erbracht, dass das Salzlager dem rechten Rheinufer entlang eine etwa 300–400 m breite, vom Kraftwerk bis zum Dürrenbach reichende Zone bildet und sich südöstlich unter dem Rhein auf Schweizer Gebiet fortsetzt (s. Abb. 2)[7].

---

[5] Kraftübertragungswerke Rheinfelden: Geschäftsbericht. 75. Geschäftsjahr 1969, S. 6

[6] AEG 0,6 Mill., Deutsche Bank 0,9 Mill., Berliner Handelsgesellschaft 0,9 Mill., Nationalbank für Deutschland 0,4 Mill., Delbrück Leo & Co 0,56 Mill., Gebr. Sulzbach 0,34 Mill. und Jacob Landau 0,3 Mill. Mark. Weitere 2 Mill. Mark sollten durch Obligationsausgabe aufgebracht werden (aus *Strobel, A.:* Die Gründung des Züricher Elektrotrusts. In: *Hassinger, E., Müller, J. H.* und *Ott, H.:* Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft. Festschrift für Cl. Bauer zum 75. Geburtstag. Berlin 1974, S. 308 f. (im folgenden zitiert als Strobel: Elektrotrust)

[7] Eidgenössisches Post- und Eisenbahndepartement (Hrsg.): Beiträge und Vorschläge für den Ausbau der Staustufe Rheinfelden. In: Mitt. des Amtes für Wasserwirtschaft Nr. 39, Bern 1949, S. 23

2 Entstehungsphase (1895–1901)

21 Kraftwerkbau und Industrieansiedlung

1895 begannen die Bauarbeiten am Rhein. 700, zeitweise über 1000 Arbeiter, waren mit wenigen Maschinen, aber vielen Schubkarren, Loren und Feldbahnen bei der Errichtung des Stauwehrs, eines Oberwasserkanals und des Krafthauses beschäftigt. Sie bezogen Unterkünfte in einer Barackenstadt oberhalb der Baustelle.

Zur Stauhaltung zog man am Ende des Beuggener Sees ein zwei Meter hohes Wehr mit Flossgasse und Fischpass sowie längs des badischen Ufers einen 900 m langen und etwa 50 m breiten Kanal mit durchgehender Mauer gegen den Rhein. Das Maschinenhaus wurde schräg zur Kanalachse gestellt; in ihm waren 20 Turbinen mit je 840 PS zur Nutzung eines mittleren Gefälles von 4,5–5 m installiert. Nachdem die Anlage 1898 in Betrieb genommen worden war, erreichte man Jahreserzeugungen bis zu 70 Millionen kWh. Ihr Absatz bereitete zunächst Schwierigkeiten; denn das badische und das schweizerische Hochrheingebiet um Rheinfelden waren übertragungstechnisch wie auch von der Abnehmerseite her unerschlossen[8]; ein grösserer städtischer Abnehmer fehlte, und die Industrie im weiteren Umkreis, etwa die Textilindustrie im Wiesental, stellte sich nur zögernd auf Strombezug vom Hochrhein ein.

Wichtig waren dagegen die industriellen Stromabnehmer an Ort und Stelle, nicht nur wegen der noch bestehenden Übertragungsprobleme. Schon vor Inbetriebnahme des Kraftwerks stand fest, dass Zweigniederlassungen der Aluminium-Industrie-Actien-Gesellschaft (AIAG) Neuhausen (Schweiz) und der Elektrochemischen Werke Bitterfeld die Hälfte der anfallenden Energie übernehmen würden. Die Aluminiumhütte erwarb sechs, die «Chemische»[9] vier von zwanzig Maschinensätzen der Rheinzentrale auf die ganze Dauer der Konzession zu Eigentum und Betrieb. Dieser Schritt war notwendig, um den Absatz der Stromproduktion zu sichern und die Rentabilität des Kraftwerks zu gewährleisten. Ausserdem ist zu beachten, dass alle drei Werke über Beteiligungen der AEG personell und kapitalmässig miteinander verflochten waren und die Gründungen in Rheinfelden im Zusammenhang mit der als «Unternehmergeschäft» bezeichneten Tätigkeit der deutschen Elektroindustrie um die Jahrhundertwende standen, wobei die Vorfinanzierung von Grossprojekten eine wesentliche Rolle spielte. Bereits 1888 hatte sich die AEG bei der Gründung der AIAG durch Aktienzeichnung beteiligt[10].

Die Fabrikanlagen der Aluminiumhütte, der ersten in Deutschland, und des Elektrochemischen Werkes, in dem aus Salzsole Ätznatron und Chlor gewonnen werden sollte, wurden in den Jahren 1897/98 oberhalb des Kraftwerks auf der

---

[8] Kraftübertragungswerke Rheinfelden: Geschäftsbericht. 75. Geschäftsjahr 1969, S. 8

[9] Unter der Bezeichnung «Elektrochemische Werke GmbH» wurde der Betrieb aufgenommen. 1899 wurde das Werk von der «Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron» übernommen, mit der es 1925 in die «IG Farbenindustrie AG» eingegliedert wurde, seit 1953 gehört es zur «Dynamit Nobel AG».

[10] *Strobel:* Elektrotrust, S. 304 und 309 f.

Rheinniederterrasse errichtet. 1898/99 siedelte sich ein weiterer bedeutsamer Strombezieher an: die Elektro-Chemische Fabrik Natrium, die gemeinsam von der DEGUSSA und der Aluminium Co. London gegründet wurde. Eine Seidenstoffweberei (F. Mayer, Zürich), die Blechwarenfabrik Gempp und Unold im Jahre 1904, die Maschinen- und Schleifmittelwerke Offenbach (MSO) folgten im Jahre 1905. Kleinere Gewerbebetriebe, teils Zuliefer-, teils Handwerksbetriebe, die zu Dienstleistungen in den Industriefirmen herangezogen wurden, und Geschäfte für die Versorgung der wachsenden Bevölkerung schlossen sich an. Für die Entstehungsphase eines Industrieortes typisch, fallen unter ihnen Bauunternehmen und Gastwirtschaften auf. Die beiden grössten Baufirmen beschäftigten 1907 184 bzw. 83 Personen. Die Zahl der Gastwirtschaften erreichte im gleichen Jahr 14, nicht eingerechnet vier Fabrikkantinen und fünf Flaschenbierhandlungen[11].

22 Bevölkerungszuzug

Die Nachfrage nach Arbeitskräften im Bausektor, später in den Industrien zog in wenigen Jahren Hunderte von Menschen nach Rheinfelden. Zwar wanderte ein Teil der Bauarbeiter wieder ab, aber um die Mitte des Jahres 1900 zählte «Bei Rheinfelden» bereits mehr Einwohner als die Muttergemeinde Nollingen (s. Tab. 1); in den drei elektrochemischen und metallurgischen Betrieben, den KWR und der Seidenweberei Baumann und Streuli waren 1056 Personen tätig. Nach Überwindung der Rheinfelder Gründerkrise zählte man 1907 in elf Fabriken und zwei Baufirmen rund 1300, in 125 Handwerks- und Handelsbetrieben 270 Beschäftigte[12].

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung von Nollingen bzw. Rheinfelden (Baden) 1895–1935

Jahr	Nollingen	Bad. Rheinfelden	Warmbach	Rheinfelden (Baden)
1895	918	206	316	
1901	2 351	1 482	421	
1905	2 948	2 127	460	
1910	3 869			
1915				
1920				(4 141)
1922	(850)	(3 390)	(515)	4 755
1925				5 219
1930				6 412
1935				6 787

Quelle: Nach Unterlagen der Stadt Rheinfelden (Baden).

[11] *Kampffmeyer:* Moderner Industrieort, S. 8 f.
[12] *Kampffmeyer:* Moderner Industrieort, S. 10

Von den Fabrikarbeitern wohnte ein erheblicher Teil in benachbarten deutschen und schweizerischen Ortschaften. Unter ihnen waren ehemalige Landwirte, die nun als Arbeiterbauern in das Industriegebiet pendelten. Aus der unmittelbaren Umgebung hielt sich der Zuzug nach Badisch-Rheinfelden somit in Grenzen, was durch die Ergebnisse der Volkszählung von 1905 bestätigt wird. Damals hatte die Siedlung 2127 Einwohner, unter denen von den Erwachsenen nur zwei auch hier geboren waren. Aus Nollingen waren 357, aus anderen badischen Ortschaften 974 zugezogen, dem ausserbadischen Deutschland entstammten 295 Personen. 499 Einwohner, d. h. nahezu ein Viertel der Bevölkerung, waren Ausländer, davon kamen 373 aus der Schweiz und 88 aus Italien[13].

23 Gemeindepolitische Neuordnung und Entwicklung der Grundbesitzverhältnisse

Bautätigkeit und Siedlungswachstum des neuen Ortes wurden in den Anfangsjahren durch zwei Faktoren erheblich beeinflusst und gehemmt: durch die lange ungeklärte Frage nach der Gemeindezugehörigkeit des Industriegebietes und durch die besonderen örtlichen Grundbesitzverhältnisse.
Kraftwerk und Fabriken waren auf Gemarkung Karsau entstanden, der grösste Teil des Wohngebietes kam auf Gemarkung Nollingen zu liegen. Für Karsau bedeutete dies im Zeitraum von 1894 bis 1900 eine Vervierfachung der Steuereinnahmen, für Nollingen aber ein Anwachsen der Lasten im Wohnungs-, Schul- und Armenwesen[14].
Keine Gemeinde wollte für ihren Teil kostspielige Infrastrukturmassnahmen übernehmen, bevor nicht die zu erwartende Grenzbereinigung durchgeführt war. Im Jahre 1901 wurde schliesslich durch Ministerialbeschluss das Industriegebiet mit Nollingen vereinigt (s. Abb. 3). Karsau erhielt 200 000 M als Entschädigung für den Geländeverlust[15]. Eine für das räumliche Wachstum Rheinfeldens sinnvolle Lösung, nämlich das Zusammengehen von Nollingen und Karsau, war damit verhindert worden[16]. Letztlich hat erst die baden-württembergische Gemeindereform (1971/75) die unter Schwierigkeiten mehrfach durchgeführten, für die Ausdehnung des Ortes notwendigen Grenzänderungen zum Abschluss gebracht.
Überlagert wurde die Frage um die gemeindepolitische Neuordnung und ihre Lösung von der Entwicklung der Grundbesitzverhältnisse. In dieser Hinsicht ist zwischen dem Industriegebiet im Nordosten, das ursprünglich vollkommen in der Hand der KWR war, und dem Bahnhofsviertel zu unterscheiden.
Schon Anfang der neunziger Jahre hatte eine Vorbereitungsgesellschaft (für den

---

[13] *Kampffmeyer:* a.a.O., S. 11
[14] *Kampffmeyer:* Moderner Industrieort, S.21
[15] Der gleiche Erlass bestimmte, dass die Gemeinde Nollingen als zusammengesetzte Gemeinde aus den Orten Nollingen und «Badisch-Rheinfelden» zu gelten habe.
[16] Das Aluminiumwerk drängte vergebens auf eine Grenzverlegung weiter nach Osten, da es sich in absehbarer Zeit zu vergrössern beabsichtigte (nach *Jehle, F.* 1972): Rheinfelden und seine Landschaft. In: Stadt Rheinfelden (Baden), Hrsg.: Rheinfelden (Baden) 1922–1972. Vergangenheit und Gegenwart. Rheinfelden, S. 19 (im folgenden zitiert als Jehle: Rheinfelden).

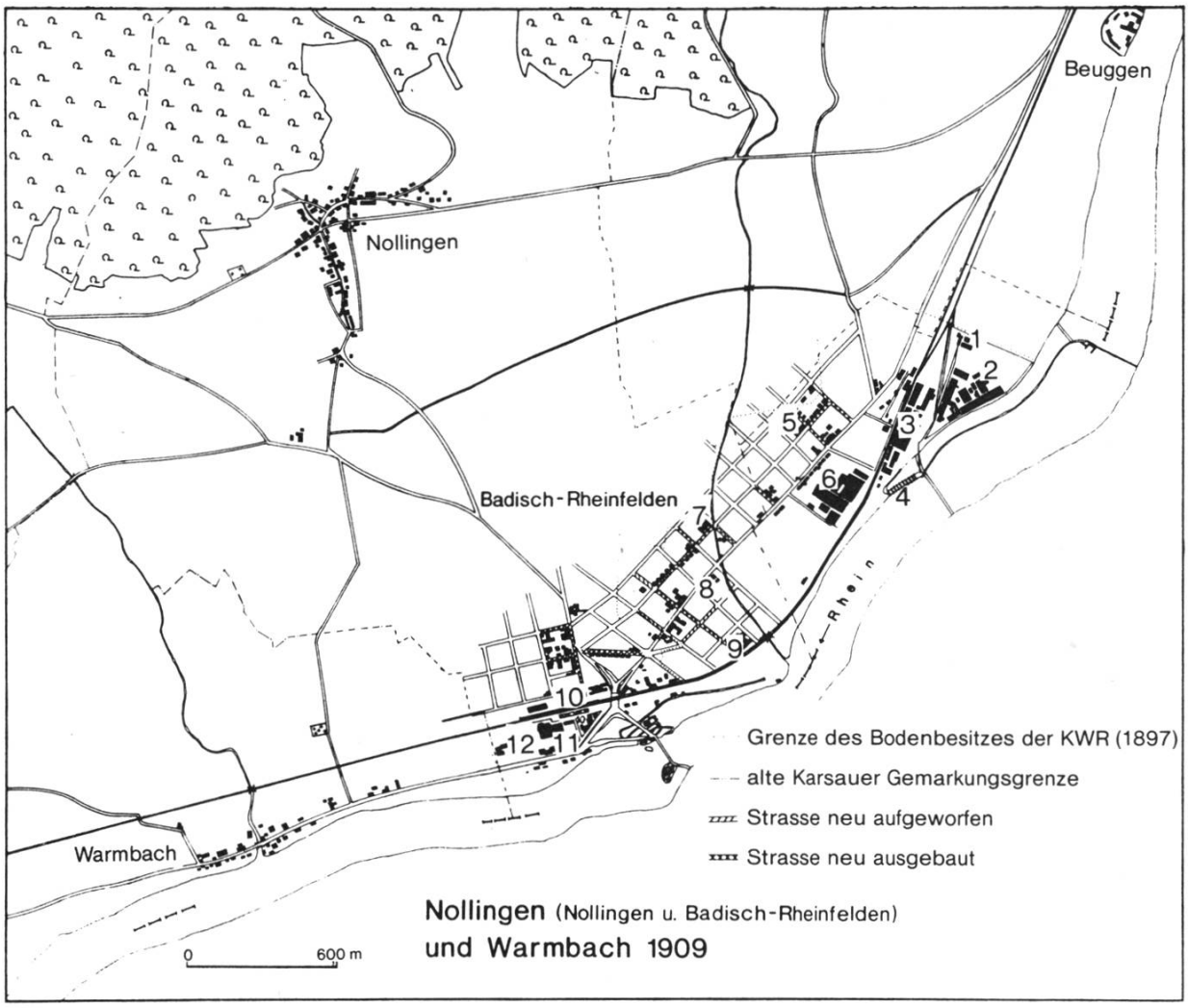


Abbildung 3

Quelle: Nach Kampffmeyer, H.: Die Entwicklung eines modernen Industrieortes. Heidelb. Volksw. Abh., 1. Bd., 4. H, 1910, Anhang und T.K. 1:25 000, Bl. 165, II. Aufl., 1895, mit Ergänzungen.

1 Diamantinwerke
2 Natrium-Gesellschaft
3 Aluminium Industrie
4 Kraftwerk
5 Seidenfabrik
6 Elektrochem. Werke Rheinfelden
7 Schulhaus
8 Kath. Kirche
9 MSO
10 Bahnhof
11 Zollamt
12 Baumann-Streuli & Co.

Kraftwerkbau) begonnen, umfangreiche Geländekäufe entlang des Rheines vorzunehmen. Sie wurden von den KWR fortgeführt und in den Jahren 1895–97 auf eine Gesamtfläche von 84,5 ha abgerundet. Etwa die Hälfte des Geländes erwarb man von der Domänenverwaltung sowie aus Nollinger und Karsauer Gemeindebesitz. Der Durchschnittspreis stellte sich auf 58 Pf/qm[17]. Die KWR hatten damit rechtzeitig grössere Flächen für ansiedlungswillige Industrie gesichert, die einen

[17] *Kampffmeyer:* Moderner Industrieort, S. 53

Teil des erzeugten Stromes – als Gleichstrom – in unmittelbarer Nähe des Kraftwerks verwerten sollten. Ein Anreiz für die Ansiedlung auf dem Terrain der KWR bildete darüber hinaus ein Spezialrabatt von 10 %, der bei Stromabnahme eingeräumt wurde. Die Folge war, dass alle grösseren Fabriken räumlich konzentriert im Anschluss an das Kraftwerk oder zumindest auf dem KWR-Gelände zu liegen kamen.

Die KWR verkauften Grundstücke an die Aluminiumhütte und die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron annähernd zum Selbstkostenpreis. An das dritte der grossen Werke, die Elektro-Chemische Fabrik Natrium, wurde zwischen 1898 und 1908 das Quadratmeter zu 3.– bis 6.– M abgegeben[18]. Hohen Wertzuwachs erzielten die KWR auch beim Bauplatzverkauf für Wohnhäuser, Gastwirtschaften, öffentliche Gebäude usw., doch schnellten die Preise nicht in eine solche Höhe, wie dies in den Jahren 1895/96 bis 1900 im Bahnhofsviertel geschah.

Ausserhalb des Industrieterrains der KWR gelegen, entwickelte sich der Bahnhofsbereich ab 1897 zu einem Wohngebiet, in dem nur die bereits 1894 errichtete Seidenweberei und einige Kleinbetriebe lagen. Dass sich die Wohnflächen gerade hier ausdehnten, hatte verschiedene Gründe, einmal Bahnhofs- und Brückennähe, zum anderen liess die Lage westlich der Industriestätten die geringste Geruchsbelästigung erwarten. Nicht unwesentlich spielte die Tatsache mit, dass Grund und Boden frei verfügbar waren.

Auf dem Hintergrund eines um 1895 einsetzenden allgemeinen Konjunkturaufschwungs führten hochgespannte Erwartungen über die Entwicklung Rheinfeldens, die durch Geländekäufe von KWR und Eisenbahnverwaltung zusätzlich Nahrung fanden, in den Jahren 1897–1900 zu einer wilden Bau- und Bodenspekulation. Die Kauflust begann 1895/96 zu steigen, erreichte zwei Jahre später ihren Höhepunkt, ging dann allmählich zurück und schlug ab 1901 in eine Krise um. Wechselten zu Beginn der neunziger Jahre Felder zum Nutzwert von 20–30 Pf/qm den Eigentümer, so zahlte man 1898/99 19.– bis 20.– M/qm in den als gut geltenden Lagen, nach 1900 sanken die Preise auf 4.– M/qm und darunter[19]. Am spekulativen Grundstückshandel und an der regen Bautätigkeit – der eigentlichen Bebauung ging meist ein mehrfacher Besitzwechsel voraus – beteiligten sich auswärtige und ansässige Gewerbetreibende, in geringem Masse Landwirte. Sie fanden einen losen Zusammenschluss in der Terrainaktiengesellschaft Rheinfelden, deren Aktien nach dem Scheitern vieler Spekulanten billig von einer Zürcher Bank aufgekauft wurden. Die Konkurse stürzten auch eine Reihe von Privatleuten, die für Darlehen und Wechsel gebürgt hatten, ins Elend und zwangen einige Kreditinstitute, hypothekarisch beliehene Häuser zu übernehmen[20]. Bei einem Überhang an Wohnungen und leicht zurückgehender Bevölkerung ruhte ab 1901 fast jede Bautätigkeit.

---

[18] *Kampffmeyer:* Moderner Industrieort, S. 94. Bis 1933 wurden von den KWR 34 ha für die Ansiedlung neuer Industrien, 6,5 ha an die Stadt Rheinfelden verkauft (Stadtarchiv Rheinfelden II, 1/16).

[19] *Kampffmeyer:* Moderner Industrieort, S. 47

[20] *Kampffmeyer:* a.a.O., S. 52

Die KWR übernahmen wegen der bis 1901 ungeklärten kommunalen Verhältnisse Aufgaben, die die Gemeinden Nollingen und Karsau hätten durchführen müssen. Sie stellten einen Bebauungsplan auf, legten Strassen an und sorgten für deren Beleuchtung. Der Wasserturm als Wahrzeichen des Kanalgebietes entstand, Industriegelände wurde erschlossen. Hieraus – wie auch im Zusammenhang mit den Geländeverkäufen an die Industrie – ergaben sich teilweise verwickelte Zuständigkeiten. So waren manche Ortsstrassen streckenweise in öffentlicher Hand, streckenweise firmeneigen. Gelöst wurden diese Probleme rund 40 Jahre später durch Schenkungsverträge zwischen der Industrie bzw. den KWR und der Stadt Rheinfelden.

Der Bebauungsplan von 1895 sah einen schematischen Grundriss mit quadratischen Baublöcken vor. Er wurde 1897 auf den Bahnhofsbereich ausgedehnt, in der vorgesehenen Form aber nur teilweise verwirklicht (vgl. Abb. 3). Die schematische Anlage tritt im heutigen Grundrissbild zwischen der rund 2 km langen, geradlinigen Friedrich- und der parallel laufenden Karl-Fürstenbergstrasse am deutlichsten hervor. *H. Kampffmeyer* urteilt im Jahre 1910: «Nirgends auch nur der primitivste Versuch, raumgestaltend zu wirken oder für wichtigere Gebäude bevorzugte Plätze zu sichern und dadurch charakteristische Ortsbilder zu schaffen. Nirgends ein öffentlicher Garten oder ein Spielplatz für die Kinder» [21].

In der Baugestaltung der Gründungsperiode spiegeln sich die übertriebenen Erwartungen hinsichtlich einer grossstädtischen Entwicklung wider. Sie kommen auch in der Bauordnung von 1901 zum Ausdruck, die derjenigen von Säckingen nachgeahmt, eine weitgehende Ausnutzung der Grundstücke nach Höhe und Dichte der Bebauung zuliess. Beispielsweise wird im § 51 bestimmt, dass die Gebäudehöhe in der Vorderfront 20 m, bzw. 12 m in Strassen unter 12 m Breite erreichen kann. Im § 53 heisst es: «Die Grundstücke dürfen nur zu zwei Dritteln ihrer Grundfläche überbaut werden . . .»; § 77 besagt: «Alle Gebäude an Strassen oder öffentlichen Plätzen müssen entweder unmittelbar an der Nachbargrenze oder mindestens 5 m vom Nachbargebäude entfernt in offener Bauweise errichtet werden» [22]. Mehrfamilien- und Mietwohnhäuser dominierten. Beides kannte man in den Bauerndörfern der Umgebung bisher nur in geringem Masse. Vor dem Kraftwerkbau überstieg die Zahl der Eigentümerwohnungen in Nollingen und Karsau die der Mietwohnungen um das Drei- bis Vierfache, während im folgenden Jahrzehnt rund zehnmal mehr Miet- als Eigentümerwohnungen erstellt wurden [23].

Bauherren dieser ersten Periode waren einige wenige Privatleute, in der Hauptsache aber neben Spekulationsunternehmen und solide fundierten Baugeschäften die Industriebetriebe. Letztere liessen bis 1905 rund 170 Wohnungen für ihre Arbeiter errichten [24]. In ihnen waren etwa 850 Personen untergebracht, d. h. mehr

[21] *Kampffmeyer:* Moderner Industrieort, S. 31

[22] Stadtarchiv Rheinfelden (Baden). Akt. II, 1/3

[23] *Kampffmeyer:* Moderner Industrieort, S. 43

[24] Seidenweberei Baumann u. Streuli: 48, Aluminiumindustrie: 46, Chem. Fabrik Griesheim-Elektron: 47, Natriumfabrik: 26 Wohnungen und ein Ledigenheim (nach *Kampffmeyer:* Moderner Industrieort, S. 43)

als 40 % der damaligen Bevölkerung von Badisch-Rheinfelden. Ein beträchtlicher Teil der Werkswohnungen stand auf Fabrikgelände oder in dessen nächster Nähe, so dass die Gesamtsiedlung ausser dem grossen Wohnbereich um den Bahnhof ein zweites Wohngebiet in Oberrheinfelden östlich der Kanalstrasse erhielt. Da hier eine grössere Anzahl von «Norddeutschen» lebte, nannte man diesen Teil Preussisch- im Gegensatz zu Badisch-Rheinfelden.
Die Schwerpunktbildungen am Anfang und Ende der Friedrichstrasse, um den Bahnhof und im Kanalgebiet, wirken im Siedlungsgefüge bis in die Gegenwart nach: Industrie- und Hauptwohngebiete blieben getrennt. Die Baulücke östlich des Dürrenbachs, die später durch den Ankauf von Reserveflächen seitens der Grossunternehmen wie auch durch den störenden Verlauf der Gemarkungsgrenze gegen Karsau offengehalten wurde, ist heute städtebaulich als Vorteil zu werten. Das Siedlungsbild der Entstehungsphase zeigte in Grund- und Aufriss eine lückenhafte und unregelmässige Überbauung. In Bahnhofsnähe lagen Häusergruppen und Einzelgebäude mit drei bis fünf Stockwerken, teilweise von landwirtschaftlich genutzten Flächen umgeben. Noch heute fallen die hohen Häuser im Stil der Gründerzeit im Baublock zwischen Elsa-Brandström-, Werder- und Güterstrasse sowie in der unteren und östlichen Friedrichstrasse auf. Nach Renovierung einzelner Fassaden machen diese Gebäude, die den historischen Kern der Stadt darstellen, einen ansprechenden Eindruck. Der Bestand an Werkswohnhäusern aus den Anfangsjahren der Siedlung ist dagegen stark reduziert. Wohnkolonien in der Kapuzinerstrasse wichen einem Geschäftshaus, an der mittleren Friedrichstrasse neuen Fabrikanlagen. Sie galten als sanierungsbedürftig. Anderer Althausbestand, etwa in der Sofienstrasse, scheint erhaltenswerter; Modernisierungen sind im Gange.

3 Periode der Konsolidierung bis 1930/32

Auf die Jahre stürmischer Siedlungsentwicklung folgte eine Phase ruhigen, aber steten Wachstums bis gegen 1930/32. Externe Faktoren wie Erster Weltkrieg, Inflation und Weltwirtschaftskrise hatten Zäsuren gesetzt; sie beeinflussten in unterschiedlichem Masse den Ausbau der bestehenden und die Ansiedlung neuer Industriebetriebe, von deren Entwicklung die wesentlichen Impulse auf Bevölkerungszuzug und Wohnungsbau sowie auf die Schaffung ausserindustrieller Arbeitsplätze in Handwerk und Handel ausgingen. In dieser Periode wurde eine Verdichtung der Bebauung erreicht, die flächenmässige Erweiterung war dagegen gering.

31 Soziale Verhältnisse

Die Stabilisierung der ökonomischen Gegebenheiten wirkte sich nachhaltig auf die sozialen Verhältnisse aus. Der starke Wechsel in den Zu- und Abgängen der ersten Jahre wurde eingedämmt. Kontinuierlich wuchs die Einwohnerzahl (siehe Tab. 1). Die breite Unterschicht der Arbeiter war endgültig sesshaft geworden.

Die selbständigen Gewerbetreibenden, deren Fussfassen durch eine Reihe von Konkursen in der Krise hinausgezögert worden war, festigten ihre Stellung; sie schlossen sich in einem Gewerbeverein zusammen. Betriebsleiter, Ingenieure und Chemiker der Industriebetriebe zeigten indessen weiterhin grosse Mobilität. Für sie bedeuteten die Rheinfelder Zweigniederlassungen lediglich Durchgangsstationen auf dem Weg zu den Stammwerken ihrer Unternehmen[25].
Das Zusammenleben der Menschen in Badisch-Rheinfelden wurde durch die kirchlichen Gemeindebildungen, durch den Bau einer Schule am Ort und durch zahlreiche Gründungen von Vereinen gefördert, auch wenn letztere bei gleichen Zielen aber unterschiedlicher politischer Einstellung der Mitglieder miteinander konkurrierten[26]. Das bisherige Misstrauen zwischen der alteingesessenen Bauernbevölkerung der Muttergemeinde Nollingen und den Zugewanderten in Badisch-Rheinfelden blieb. Mehr und mehr verlagerte sich das Bevölkerungsschwergewicht in die junge Siedlung am Rhein, verstärkt durch die Angliederung von Warmbach an den Industrieort im Jahre 1921. Eine Bereinigung der innerkommunalen Verhältnisse wurde erforderlich. Bereits 1920 hatte ein neuer, ortsfremder Bürgermeister den Verwaltungssitz von Nollingen nach Badisch-Rheinfelden verlegt. 1922 erfolgte die Stadterhebung; gegen heftigen Widerstand der Nollinger wurde der Name: «Rheinfelden (Baden)» für die neue Stadtgemeinde durchgesetzt.

32 Entwicklung und Flächenanspruch des DEGUSSA-Werkes

Die Erholung der Wirtschaft nach der Gründerkrise zeigte sich u. a. in der Ansiedlung zweier Fabriken in den Jahren 1904 und 1905. Bis 1930/32 nahm die Entwicklung aller Betriebe einen günstigen Verlauf, sieht man von Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung im Ersten Weltkrieg sowie zeitweiliger Kurzarbeit und vereinzelten Stillegungen während der Weltwirtschaftskrise ab.
Unter den führenden Industriebetrieben nahm das Werk der DEGUSSA ab 1908 einen bedeutenden Aufschwung. Die Zahl der Beschäftigten, die im Jahre 1904 179 betragen hatte, erhöhte sich auf 450 im Jahr 1914 und lag 1925 bei 720. Produktionsmenge und -sortiment weiteten sich aus. Der Energieverbrauch stieg so sehr an, dass man die Eigenerzeugung von Strom erwog, zumal sich Verhandlungen mit den KWR wegen zusätzlicher Lieferungen zeitweise schwierig gestalteten. Standen in der Aufbauphase des Werkes metallisches Natrium zur Goldlaugung und seit der Jahrhundertwende Natriumperoxid produktionsmässig im Vordergrund, so überflügelte ab 1907 die Herstellung von Natriumperborat, einem Ausgangsprodukt für Wasch- und Bleichmittel, alle anderen Erzeugnisse[27]. Das Perborat wurde nach 1920 auf elektrolytischem Wege im Grossverfahren gewonnen. Die hohe Nachfrage aus der Textil- und Waschmittelindustrie – ein Hauptabnehmer war die Firma Henkel & Co in Düsseldorf mit ihrem Markenartikel «Persil» –,

---

[25] *Kampffmeyer:* Moderner Industrieort, S. 36 f.
[26] *Jehle:* Rheinfelden, S. 21. 1910 z. B. vier Radfahrvereine, drei Gesangvereine.
[27] DEGUSSA Rheinfelden – Das Werk und seine Produkte. In: Stadt Rheinfelden (Baden). Hrsg.: Rheinfelden (Baden), 1922–1972, S. 55

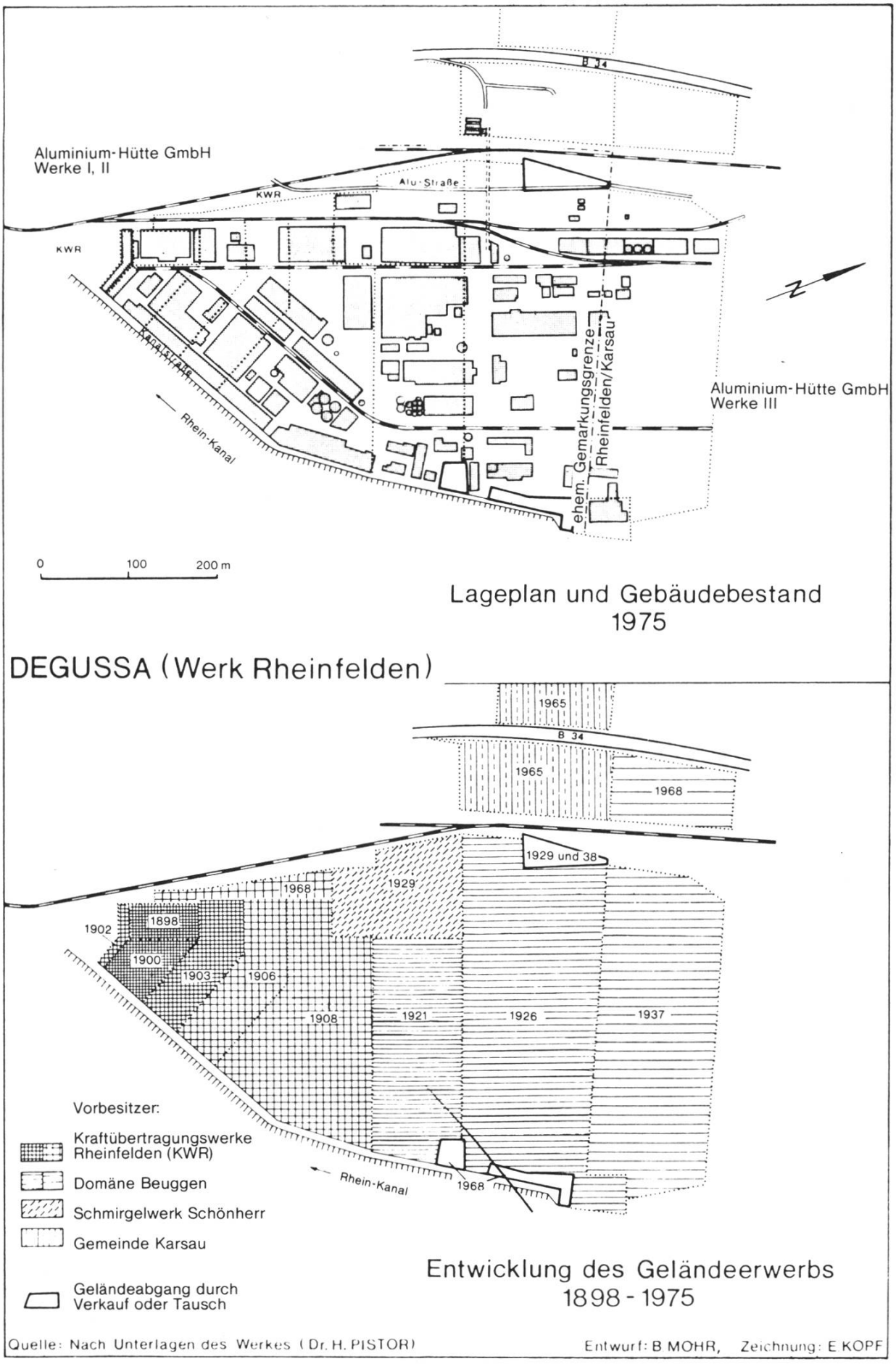

Aluminium-Hütte GmbH
Werke I, II
B 34
Alu-Straße
KWR
KWR
Rhein-Kanal
ehem. Gemarkungsgrenze
Rheinfelden/Karsau
Aluminium-Hütte GmbH
Werke III
N
0
100
200 m
Lageplan und Gebäudebestand
1975
DEGUSSA (Werk Rheinfelden)
1965
B 34
1965
1968
1929 und 38
1968
1929
1898
1902
1900
1903
1906
1908
1921
1926
1937
Rhein-Kanal
1968
Vorbesitzer:
Kraftübertragungswerke
Rheinfelden (KWR)
Domäne Beuggen
Schmirgelwerk Schönherr
Gemeinde Karsau
Geländeabgang durch
Verkauf oder Tausch
Entwicklung des Geländeerwerbs
1898 - 1975
Quelle: Nach Unterlagen des Werkes (Dr. H. PISTOR)
Entwurf: B MOHR, Zeichnung: E KOPF

Abbildung 4

erforderte einen mehrmaligen Ausbau der Fabrikationsanlagen. Diese erlaubten im Jahre 1929 eine Jahresproduktion von 30 000 t Perborat (Natronsalz und E-Salz)[28].
Der mehrstufige Produktionsaufbau – ab 1928/30 kam die Erzeugung von Wasserstoffperoxid, nach dem Zweiten Weltkrieg die von weissen Füllstoffen (Aerosil) hinzu – schlug sich in der von S nach N fortschreitenden Ausdehnung des Betriebsterrains zwischen Bahnlinie und Oberwasserkanal sowie im Neu- und Umbau von Fabrikations- und Lagerhallen, von Laboratorien und Apparaturen in Freiluftaufstellung nieder. Aus Abb. 4 und Tab. 2 wird ersichtlich, dass der grösste Teil des heutigen Werksgeländes auf Grundstückskäufe zwischen 1906 und 1929 zurückgeht.

Tabelle 2: Entwicklung des Geländeerwerbes für das Werksgelände der DEGUSSA, Rheinfelden (1898–1975)

Jahr	Vorbesitzer	Fläche (qm)
1898	KWR	4 075
1900	KWR	3 737
1902	KWR	579
1903	KWR	8 445
1906	KWR	9 913
1908	KWR	30 890
1921	Domäne Beuggen	24 810
1926	Domäne Beuggen	60 652
1929	Schmirgelwerk Schönherr	14 856
1929 + 38	Verkauf an KRS + Alu	2 958
1937	Domäne Beuggen	46 457
1965	Karsau	26 881
1968	Domäne Beuggen	9 840
1968	(Tausch) KWR	1 794
1971/73	(Tausch) Parkplatz	1 347
1975	insgesamt	238 642

Quelle: Aus Unterlagen des Unternehmens.

Die Entwicklung des Werkes wurde durch die in den Jahren 1916 bis 1920 unterbrochene Einfuhr von Borax, Grundstoff für die Perboratherstellung, wenig berührt, musste dagegen durch eine unternehmensinterne Entscheidung einen Rückschlag hinnehmen. Die Konzernleitung in Frankfurt plante nämlich, ein weiteres Werk für die Herstellung von Natriummetall nach einem neuen Verfahren zu errichten. Als Standorte kamen Rheinfelden oder Knappsack in Frage. Die Entscheidung des DEGUSSA-Vorstandes für Knappsack, angeblich weil die R.W.E.

[28] DEGUSSA (Hrsg.): Niederschrift über die Entwicklung des DEGUSSA-Werkes Rheinfelden, o.O., o.J., S. 4.

einen günstigeren Strompreis in Aussicht stellten, muss wohl dahin gedeutet werden, dass der ehemalige Standortvorteil der billigen Energiebelieferung zu schwinden begann. Die Dampfturbine auf Braunkohlenbasis war zu einer ernsthaften Konkurrenz geworden. In Rheinfelden wurde die gesamte Natriummetall-Produktion 1929 eingestellt, ein Grossteil der älteren Fabrikgebäude stand zeitweilig leer [29].

33 Bauträger und bauliche Gestaltung

Aufschwung der Industrie und Bevölkerungszuzug hatten parallel-laufende Anstrengungen im Wohnungsbau zur Folge. Der Überhang an Wohnungen aus der Zeit der Gründerkrise war 1907 abgebaut. Es kam zu Überbelegungen und Untervermietung an Schlafgänger, viele Arbeiter mussten in den Nachbarorten Unterkunft suchen. Da die Wohnungserstellung durch Bauunternehmer den Bedarf nicht befriedigen konnte, begannen die Industriebetriebe erneut, Werkswohnungen zu erstellen. Ausserdem bildete sich mit ihrer Unterstützung eine Baugenossenschaft [30]. Als weiterer Bauträger ergriff die Stadt seit 1922 entsprechende Initiativen. Über die Wohnungsverhältnisse von Werksangehörigen der Rheinfelder Firmen im Jahre 1925 informiert die Tab. 3. Sie zeigt das zahlenmässige Übergewicht des DEGUSSA-Werkes, wenn man Belegschaftsstärke und Unterkunftsmöglichkeiten betrachtet. Bei der wohnungsmässigen Versorgung schneiden die Belegschaftsmitglieder der KWR im Jahre 1925 am besten ab; wenig später, Anfang der dreissiger Jahre, lebten «etwa 85 % der verheirateten Mitarbeiter (der KWR) in Werkswohnungen oder Eigenheimen» [31].

Tabelle 3: Wohnungsverhältnisse von Belegschaftsmitgliedern der Rheinfelder Betriebe (1925)

Betrieb	Belegschaft	Werks-wohnungen	sonst. Schlaf-stellen	Wohnungs-suchende
DEGUSSA	720	121	225a	33
I.G. Farbenindustrie	333	92	17	19
Aluminiumhütte	192	46	14	2
KWR	82	39	8	1
Seidenweberei G.m.b.H.	280	50	–	2
MSO	32	6	15	1

a u. a. zwei Junggesellenheime
Quelle: Stadtarchiv Rheinfelden. Akt. II, 1/28 (25. April 1925)

---

[29] DEGUSSA (Hrsg.): Niederschrift über die Entwicklung des DEGUSSA-Werkes Rheinfelden, o.O., o.J., S. 4.
[30] *Kampffmeyer:* Moderner Industrieort, S. 41
[31] *Graser, H.* (1934): Zum 40jährigen Bestehen der KWR 1894–1934 und zum 10jährigen Bestehen ihrer Arbeitsgemeinschaft 1924–1934. Rheinfelden, S. 17 – Im Jahre 1934 hatten die KWR 79 werkseigene Wohnungen, 29 Eigenheime wurden durch Darlehen gefördert (Stadtarchiv Rheinfelden II, 1/16 vom 20. 3. 1934).

Nach der Verlegung des Verwaltungssitzes und den Änderungen an der Gemeindespitze setzten die ersten Schritte zu einer kommunalen Wohnungs- und Bodenpolitik in Rheinfelden ein. Die Bauordnung von 1901 wurde mehrfach mit Hilfe von Bauordnungsmustern südbadischer Klein- und Mittelstädte ergänzt. Zur überfälligen Neukonzeption des Bebauungsplanes zog man den Stadtbaumeister von Singen heran. Zwischen 1920 und 1927 kaufte die Stadt 40 Morgen Bauland an und erstellte 83 gemeindeeigene Wohnungen mit einem Kostenaufwand von ca. 750 000 M. Privaten Bauherren bewilligte sie Darlehen von 5 000 bis 7 000 Mark pro Wohnung, von 1924 bis 1927 insgesamt 769 000 Mark[32]. Es fällt auf, dass gerade während der Inflationsjahre die städtische Bautätigkeit einen Höhepunkt erreichte. Auf einem der Notgeldscheine Rheinfeldens ist aufgedruckt, dass zwischen 1921 und 1923 60 Gemeindewohnungen sowie 110 Wohnungen durch Industrie, Baugenossenschaft und Private erstellt wurden.
Eine rege Bautätigkeit entfaltete die 1908 gegründete Baugenossenschaft, deren Vorhaben durch Industrie und Gemeindeverwaltung finanziell unterstützt wurden. Unter den Gründungsmitgliedern finden sich neben Arbeitern, Handwerkern und Kaufleuten die Fabrikarbeitergewerkschaft, Direktoren von Industriebetrieben und die DEGUSSA, die auf Grund ihres starken Beschäftigungszuwachses in jenen Jahren am Bau von Wohnungen interessiert war[33]. Die Gemeinde half vor allem bei der Baulandbeschaffung, teils gab sie Gelände zu ermässigtem Preis, teils kostenlos ab[34]. Laut § 2 der Satzung errichtet und bewirtschaftet die Baugenossenschaft Kleinwohnungen und fördert «ihre Mitglieder dadurch, dass sie ihnen gesunde und geeignete Kleinwohnungen zu angemessenen Preisen überlässt». Bis 1931 wurden 104 Wohneinheiten in Zwei- und Mehrfamilienhäusern erstellt, bis 1939 folgten weitere 39. Die Monatsmiete für eine Dreizimmerwohnung stellte sich vor dem Ersten Weltkrieg auf 27 M, die Baukosten für ein Zweifamilienhaus betrugen 10 000 M[35]. Über die damaligen Bodenpreise in Rheinfelden gibt ein Schreiben des Bürgermeisters an das Bezirksamt Säckingen im Jahre 1914 Auskunft. Diese lagen im Durchschnitt um 3 M/qm, verbilligten sich aber in Gebieten, die für Arbeiterhäuser in Betracht kamen, auf 1 bis 1.50 M/qm ausschliesslich Strassenanliegerkosten[36].
Es war nicht zu erwarten, dass die Fehlentwicklungen aus den ersten Jahren der Siedlung bis zu Beginn der dreissiger Jahre korrigiert worden wären, auch wenn dies in einem zeitgenössischen Bericht behauptet wird: «. . . dass unter der künstlerischen Hand unseres seit 20 Jahren nun feilenden und wirkenden Architekten Steffen ein durchaus abgeschlossenes und würdiges Städtebild geworden ist»[37].

---

[32] Stadtarchiv Rheinfelden. Akt. II, 1/27 (7. Sept. 1927)
[33] Baugenossenschaft Rheinfelden: 50 Jahre Baugenossenschaft Rheinfelden/Baden GmbH. 1908–1958. Rheinfelden 1958, S. 4.
[34] Stadtarchiv Rheinfelden, Akt. II, 1/4, Schreiben vom 28. Okt. 1930. «Durch Beschluss des Gemeinderats . . . wird der Baugenossenschaft das Grundstück Lagebuchnr. 2557/7 16 ar 67 qm unentgeltlich zur Verfügung gestellt.
[35] Baugenossenschaft Rheinfelden: 50 Jahre Baugenossenschaft, S. 5 u. 10.
[36] Stadtarchiv Rheinfelden. Akt. II, 1/1, No. 4548 (1914)
[37] *Herzog, E.* (1932): Rheinfelden (Baden). Neuland am Hochrhein. In: Badische Heimat 19. Freiburg 1932, S. 73.

Als auswärtiger Besucher mit besseren Vergleichsmöglichkeiten urteilte der Stadtbaumeister Spengler aus Singen in einer Stellungnahme an den Bürgermeister im Jahre 1927 folgendermassen: «Man sieht es dem ganzen Ort an, dass die enorme Entwicklung ihre Stadt gänzlich überrumpelt hat. Die Folge davon ist, dass man von einem Stadtorganismus in diesem Fall kaum noch sprechen kann, sondern von einem reichlich wirren und verzettelten Konglomerat.» Die Entwicklung der Stadt habe man sich selbst überlassen, wie das auch für andere Städte gelte, doch seien die Folgen hier wegen der sehr schnellen Entwicklung besonders grell. Spengler machte in seinen weiteren Ausführungen Vorschläge für eine sinnvolle Flächennutzung und forderte einen Generalbebauungsplan[38].
Ungeachtet dieser Kritik eines Fachmannes am Erscheinungsbild der Stadt gab es Fortschritte in der baulichen Gestaltung. Die wesentlichen strukturellen Siedlungselemente, der Grundriss sowie die Verteilung von Wohn- und Arbeitsstätten, waren zwar aus der Anfangsperiode vorgegeben, doch führte man das vorgesehene schematische, in Teilen verwirklichte Strassennetz nicht weiter.
Die grossen Baulücken um den Oberrheinplatz, sowie an der unteren Friedrich- und Karl-Fürstenberg-Strasse füllten sich. Der Stadtkörper wurde kompakter und erfuhr eine gewisse Abrundung in Form eines Halbkreises; der spätere Ringstrassenzug um die innere Stadt begann sich abzuzeichnen (s. Abb. 9). Bewusste städtebauliche Gestaltungen, z. T. als Korrekturversuche, wie im Falle der Parkanlagen an der Eisenbahnunterführung, blieben Ausnahmen. Der die folgende Periode bestimmende Bau von Kleinsiedlungen wies auf dem Gelände zwischen Nollinger- und Hebelstrasse einen Vorläufer auf. Hier hatte eine Gruppe von Kriegsbeschädigten im Jahre 1926 mit Hilfe ihrer Rentenabfindung, mit Gemeinde- und Staatszuschüssen vier Doppelhäuser errichtet[39].

4 Planvolle Siedlungserweiterung zwischen 1933 und 1945

Die Zeit von der Weltwirtschaftskrise bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges war gekennzeichnet durch planvolle Erweiterung der Wohngebiete und Industrieflächen. Bevorzugt richtete sich das Wachstum nach N, in Karsauer Gemarkungsgebiet hinein. Eine neue Wohnanlage entstand jenseits des inneren Ringes zwischen Dürrenbach und alter Römerstrasse, die vergrösserten Fabrikareale erreichten fast die Deutschordenskommende Beuggen (s. Abb. 5).
Diese Siedlungsausdehnung wurde von einer neuen Phase industrieller Entwicklung getragen, insbesondere als Folge der Kapazitätsausweitungen und Produktionserhöhungen der Aluminiumhütte. Im Wohnungsbausektor spielte ausserdem die staatliche Förderung des Kleinsiedlungswesens eine wichtige Rolle. So übertraf der Bau von Eigenheimen den von Mietwohnungen. Das Einfamilien- oder Doppelhaus inmitten eines Gartens wurde zu einem neuen Siedlungselement in Rheinfelden.

---

[38] Stadtarchiv Rheinfelden. Akt. II, 1/6 (18. Juni 1927).
[39] Stadtarchiv Rheinfelden. Akt. II, 1/14

41 Entwicklung der Aluminiumhütte und ihr Einfluss auf den Wohnungsbau

Der Einfluss der Aluminiumhütte auf die Siedlungsentwicklung der dreissiger Jahre zeigte sich einmal im eigenen erhöhten Raumbedarf, was Werksgelände und Werkswohnungen angeht, zum anderen indirekt in der Unterstützung von Betriebsangehörigen, die selbst Bauherren wurden.
Die Aluminiumhütte hatte 1898 mit 145 Belegschaftsmitgliedern, darunter einem Drittel Grenzgänger, den Betrieb aufgenommen. Der Produktionsvorgang bestand

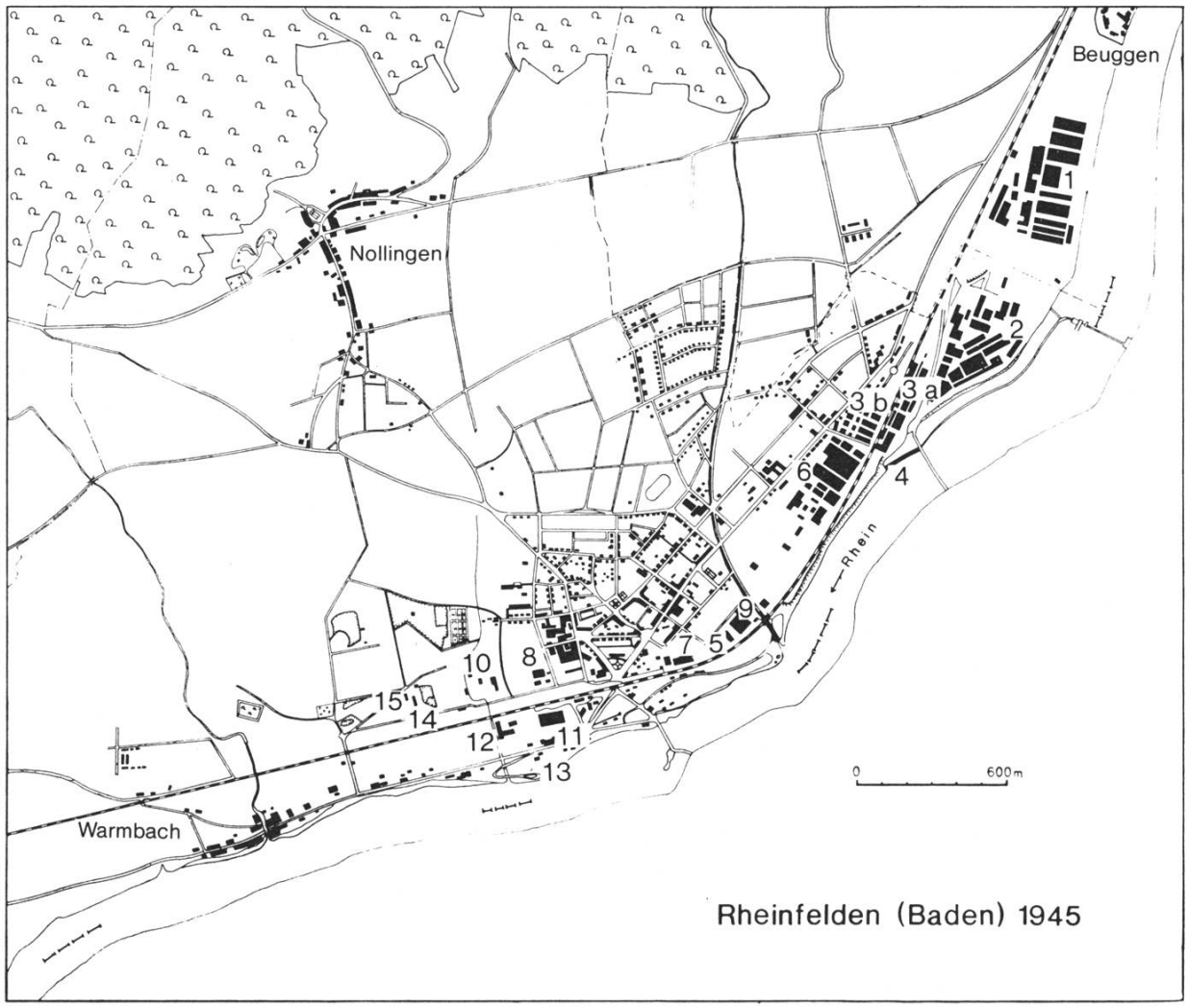


Abbildung 5 Quelle: Stadt Rheinfelden, Übersichtsplan 1:5 000, Januar 1946

1 Aluminium GmbH, Werk III
2 DEGUSSA
3a Aluminium GmbH, Werk I
3b Aluminium GmbH, Werk II
4 Kraftwerk
5 Schleifmittelwerke Meyer & Schmidt
6 Farbenindustrie AG
7 Blechwarenfabr. Gempp & Unold
8 Eisenkonst.-Werkstatt Adler
9 MSO
10 Sägewerk Gossenb. & Kern
11 Seidenweberei GmbH
12 Sägewerk Albiez
13 Rheinhafen
14 Isolierung F. Kramer
15 Dachpappfabr. Paulus

darin, in Elektrolyseöfen Tonerde in ihre Bestandteile Sauerstoff und Aluminium zu zerlegen, daneben wurde auch Karbid produziert. Von den Anlaufjahren abgesehen, blieb die Erzeugung von Rohaluminium bis 1930 konstant auf 1000 Jahrestonnen. Weltwirtschaftskrise und nationalsozialistische Machtergreifung sowie in deren Gefolge ausserwirtschaftliche Einflüsse brachten dann eine entscheidende Wende.

Autarkiebestrebungen, Devisenknappheit und Heeresbedarf, vor allem für den Flugzeugbau, führten dazu, dass man in Deutschland, wo immer möglich, auf den inländischen Werkstoff Aluminium auszuweichen suchte. Die Einfuhr von Metallen, wie die des Kupfers, musste auf das Notwendigste beschränkt werden. Der Forderung der Regierung auf eine wesentliche Erhöhung der Aluminiumerzeugung im 1936 beginnenden Vierjahresplan passte sich auch die AIAG an. Sie wollte ihre Stellung als grosser Al-Produzent auf dem deutschen Markt nicht einbüssen, ausserdem sah sie die hin und wieder stockende Belieferung ihres Verarbeitungswerkes in Singen durch erhöhte Eigenproduktion in Zukunft gesichert[40]. Etwa gleichzeitig wurde das Rheinfelder Werk, bisher Filialbetrieb einer schweizerischen Muttergesellschaft, in eine G.m.b.H., somit in ein rechtlich selbständiges Unternehmen, umgewandelt. Eine weitere organisatorische Änderung folgte nach Kriegsausbruch. Der erschwerte Verkehr zwischen der Schweiz und Deutschland liess es als vorteilhaft erscheinen, die deutschen Werke der AIAG unter einer gemeinsamen Verwaltung mit Sitz in Konstanz zusammenzufassen (ALIG)[41]. Nach 1939 verstärkten sich die staatlichen Eingriffe zugunsten des leichten Metalls bis zur Kontrolle über Planung, Erzeugung und Verteilung; die Rheinfelder Hütte wurde zum Rüstungsbetrieb erklärt.

Der steile Anstieg der Aluminiumnachfrage in Deutschland führte in Rheinfelden zu einem forcierten Ausbau der Fabrikationsanlagen. In den Jahren 1935/36 schloss sich unmittelbar an den ältesten Betrieb oberhalb des Kraftwerkes, durch die Bahnlinie getrennt, das Werk II an. Für das Werk III musste dagegen Terrain zwischen dem DEGUSSA-Areal und Beuggen, 1 km von den anderen Anlagen entfernt, erschlossen werden. Dies brachte Probleme im täglichen Betriebsablauf mit sich und machte den Bau der Alu-Strasse durch fremdes Gelände notwendig (s. Abb. 5). Nach Einweihung des Werkes III a im Jahre 1938 baute man bis 1944 ununterbrochen weiter. Die Kapazität war bis zu diesem Zeitpunkt auf etwa 37 000 Jahrestonnen angestiegen[42]. Energie-, Rohstoff- und Arbeitskräftemangel erlaubten es jedoch nie, die vorhandenen Anlagen bis Kriegsende voll auszunutzen[43]. Sieht man von späteren geringfügigen Erweiterungen ab, so hatte das Fabrikareal bereits damals einen Umfang erreicht, der dem heutigen entspricht.

---

[40] AIAG-Direktorium (Hrsg.): Geschichte der Aluminium-Industrie-Aktien-Gesellschaft Neuhausen 1888–1938. 2. Bd. – Die Jahre von 1921–38, o.O. (Chippis), 1943, S. 139 (im folgenden zitiert als: AIAG-Direktorium (Hrsg.): Geschichte der AIAG, 2. Bd.)

[41] Alusuisse Deutschland GmbH, Konstanz (Hrsg.): Die erste Aluminium-Hütte Deutschlands. In: Arbeitskamerad 1968, Sonderheft: 70 Jahre Aluminiumhütte Rheinfelden, S. 6 (im folgenden zitiert als: 70 Jahre Aluminium-Hütte Rheinfelden)

[42] Produktion 1931: 2 400 t, 1937: 13 000 t, 1939: 21 400 t.

[43] 70 Jahre Aluminium-Hütte Rheinfelden, S. 6

Der steile Produktionsanstieg brachte Energieprobleme mit sich. Konnte über 30 Jahre lang der gesamte Kraftbedarf aus den eigenen sechs Gleichstromgeneratoren der Rheinzentrale gedeckt werden, so musste 1931 erstmals Fremdstrom aus dem öffentlichen Netz bezogen werden. Zusatzbauten zur Umformung des Drehstroms in den für die Elektrolyseöfen benötigten Gleichstrom wurden erforderlich. Für das Werk II hätte die AIAG gerne Energie von den Nordostschweizerischen Kraftwerken Zürich und Baden gekauft, «doch wurden die zur Zahlung nötigen Devisen nicht freigegeben, so musste die Kraft teuer vom Badenwerk bezogen werden» [44]. Zu Beginn der vierziger Jahre erreichte der Fremdstrombezug bereits die siebenfache (heute die zwanzigfache) Menge des eigenen Energieaufkommens, d. h. dass dieser ehemals ausschlaggebende Standortvorteil nur noch in mässigem Umfange gegeben war.
Mit den verschiedenen Werkserweiterungen erhöhte sich die Zahl der Arbeitskräfte, die zwischen 1921 und 1927 um 175 gependelt war, sprunghaft. Bis 1941 stieg sie auf über 1600, 1944 erreichte sie mit Inbetriebnahme des Werkes III c gar 1956 Personen einschliesslich Fremdarbeitern sowie französischen, russischen und italienischen Kriegsgefangenen. Da sich über 500 Mitarbeiter bei der Wehrmacht befanden, betrug die Gesamtbelegschaft rund 2500 Personen, darunter 2350 Männer. Es war die höchste Zahl an Arbeitskräften, die die Aluminiumhütte jemals aufwies [45].
Die raumwirksame Firmentätigkeit war bei der Erweiterung des Werksgeländes und der Nutzung des Fabrikareals durch Silos, Elektrolyse- und Giessereihallen, Gleichrichter, Lagerplätze usw. zu verfolgen; sie erstreckte sich auch auf den Wohnungsbau für die Beschäftigten. Mit den ersten Industrieanlagen waren 1898 in Betriebsnähe zugleich Werkswohnhäuser errichtet worden. Etwa jeder Dritte lebte 1905 in den firmeneigenen 53 Wohnungen. Deren Zahl wurde bis zum Jahre 1939 durch die Erstellung von Wohnblocks im östlichen Teil von Oberrheinfelden auf 134 erhöht, so dass jeder zehnte Beschäftigte Unterkunft fand [46]. Hinzu kam die im Zweiten Weltkrieg erweiterte Barackensiedlung für Kriegsgefangene auf Karsauer Gemarkung. Indirekt beteiligten sich die Aluminiumhütte wie auch andere Firmen durch die Gewährung von zinsverbilligten Arbeitgeberdarlehen am Bau von Häusern in der Rheinfelder «Siedlung».

42 Die Rheinfelder «Siedlung»

Nördlich des inneren Ringes entstand zwischen 1934 und 1940 die «Siedlung» in drei Bauabschnitten, ein vierter folgte nach dem Zweiten Weltkrieg (s. Abb. 5). Wie in anderen Städten lag dieser gartenstadtähnlichen Randsiedlung der Gedanke zugrunde, geeigneten Bewerbern aus sozial schwachen Schichten auf längere Sicht hin zu Eigentum zu verhelfen, zu einem Haus mit Wirtschaftsteil und Nutzgarten. Kleintierhaltung sowie Gemüse-, Obst- und Kartoffelanbau sollten eine teilweise

---

[44] AIAG-Direktorium (Hrsg.): Geschichte der AIAG. 2. Bd., S. 140
[45] 70 Jahre Aluminium-Hütte Rheinfelden, S. 22
[46] 70 Jahre Aluminium-Hütte Rheinfelden, S. 26

Selbstversorgung sichern und damit eine fühlbare Ergänzung des sonstigen Einkommens bieten. Praktische Erfahrungen in Kleintierzucht und Landwirtschaft wurden deshalb bei den Bewerbungen positiv beurteilt[47]. Behördliche Vorschriften legten die Grösse der Siedlerstellen auf 600–1000 qm fest, zusätzlich sollte Pachtland in der Nähe liegen. Für die Einzel- und Doppelhäuser wurden Mindestmasse für Wohn- und Wirtschaftsflächen vorgeschrieben[48].
Eigenmittel und hohe Eigenleistungen verbunden mit Nachbarschaftshilfe, Reichs- und Gemeindezuschüsse sowie Gelder von seiten der Industrie waren zur Deckung der Gestehungskosten vorgesehen. Letztere wurden mit 3000 RM für ein Haus veranschlagt, die monatliche Belastung sollte 25 RM nicht übersteigen, doch änderten sich Finanzierungshöhe und -modalitäten von einem Bauabschnitt zum nächsten. Die Förderung durch den Staat bestand darin, unverzinsbare Darlehen für die Aufschliessung des Geländes und die Beschaffung der notwendigen ersten Einrichtung zu gewähren. Die Stadt stellte das Grundstück zur Verfügung, sei es über den Weg des Erbbaurechtes oder langfristiger Tilgung von Darlehen, sie führte die Planung und Bauaufsicht im Selbsthilfeverfahren durch[49].
Der Kleinsiedlungsgedanke mit seiner Betonung der Bodenständigkeit wurde von den Nationalsozialisten konsequent weiterverfolgt, die Auswahl der Bewerber mit Hilfe von Vorprüfungen und Eignungsscheinen gesteuert[50]. Politische Einstellung, Kinderreichtum und anfänglich Arbeitslosigkeit unter den Bewerbern brachten der «Siedlung» ein negatives Image, das ihr lange anhaftete.
Für den ersten Bauabschnitt konnten sich wegen der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise vornehmlich Erwerbslose und Kurzarbeiter bewerben. Aus diesem Kreis hatten wiederum Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer und kinderreiche Familien den Vorzug[51]. Tatsächlich waren von den Mitte 1934 endgültig ausgewählten 32 Siedlern nur eine Witwe und ein Invalider erwerbslos, zwei Drittel arbeiteten als Angelernte oder Hilfsarbeiter in Fabriken und am Bau, sieben waren Facharbeiter[52].
Bei der Errichtung der Doppelhäuser in Elsässer- und Linden-/Lothringerstrasse wurden alle erdenklichen Eigenleistungen erbracht. Die Bauherren fertigten Hohlblocks aus Kesselschlacke, die die Fabriken geliefert hatten. Sie stellten sich als Hilfskräfte in Werkstätten zur Verfügung. Von einigen Betrieben wurden Maschinen und Geräte ausgeliehen, andere beurlaubten ihre Arbeiter für die Dauer der Bauzeit.

---

[47] Stadtarchiv Rheinfelden. Akt. II, 1/20
[48] Z. B. für Wohn- und Kochraum 11 qm, für Elternschlafraum 12 qm, Kinderschlafraum 8 qm; bei vier und mehr Kindern wurde ein weiterer Schlafraum mit 8 qm zugestanden. Futterboden und Kleintierstall umfassten ebenfalls 8 qm (Stadtarchiv Rheinfelden. Akt. II, 1/16).
[49] Stadtarchiv Rheinfelden. Akt. II, 1/19
[50] Dazu das Heimstättenamt der NSDAP und der Deutschen Arbeitsfront, Gau Baden: «Die Heimstätte ist kein Geschenk, sondern sie ist der Erbhof des deutschen Arbeiters.» «Das wirtschaftliche Ziel ist die Förderung wertvoller deutscher Arbeitskräfte durch Sesshaftmachung mit einer Heimstätte» (Stadtarchiv Rheinfelden. Akt. II, 1/20, Mitte 1936).
[51] «32 Familien mit 220 Volksgenossen» in Siedlung 1 (Stadtarchiv Rheinfelden. Akt. II, 1/18)
[52] Stadtarchiv Rheinfelden. Akt. II, 1/17

Nachbarschaftshilfe und Eigenleistungen traten beim Bau der «Siedlung 2» in den Jahren 1937/38 in den Hintergrund. Bei diesem Abschnitt beteiligten sich zwei Siedlungsträger: die Stadt mit 23 und die Gemeinnützige Kriegersiedlung G.m.b.H. Berlin mit 22 Stellen. In letzterer, der sogenannten Frontkämpfersiedlung, waren allein 19 Anwärter in den drei Grossfirmen I.G. Farben, AIAG und DEGUSSA beschäftigt (s. Tab. 4). Diese beteiligten sich durch Arbeitgeberdarlehen an der Finanzierung der Vorhaben; die Stadt übernahm die Kosten für Strassenbau, Wasser- und Stromzuleitung und gab Sicherungshypotheken. Für eine Stelle in der Frontkämpfersiedlung entstanden Anlagekosten in Höhe von 7760 RM (darunter das Grundstück mit 710 RM). Die monatliche Belastung für eine Familie betrug 39.80 RM[53].

Ende 1939, schon im Kriege, begann unter der Trägerschaft der Badischen Heimstätte G.m.b.H., Karlsruhe, die Erschliessung von 70 weiteren Siedlerstellen. Mit finanzieller Hilfe der Aluminium GmbH (1500 RM zinslos bei 2 % Tilgung) wurden ausnahmslos Häuser für Belegschaftsmitglieder erstellt, weshalb dieser Bauabschnitt die Bezeichnung «Alusiedlung» erhielt. Nach ihrer Fertigstellung waren 104 von insgesamt 147 Siedlungshäusern des Neubaugebietes von Werksangehörigen der expandierenden Aluminiumhütte besetzt, was auch folgende Tabelle klarmacht:

Tabelle 4: Siedlungshäuser im Besitz von Belegschaftsmitgliedern Rheinfelder Industriebetriebe (1940)

Siedlungs-abschnitt	AIAG bzw. Aluminium GmbH	DEGUSSA	I.G. Farben-industrie	sonstige Betriebe	Siedlung-häuser insgesamt
Siedlung 1	13	6	7	6	32
Siedlung 2 a	15	8	–	–	23
Siedlung 2 b	6	4	8	3	22
Siedlung 3	70	–	–	–	70
Insgesamt	104	18	16	9	147

Quelle: Stadtarchiv Rheinfelden. Akt. II, 1/19 mit Ergänzungen

Die einzelnen Grundstücke in «Siedlung 3» waren nicht mehr 10 a, sondern 6–7 a gross, doch konnte Wiesland auf dem für die «Siedlung 4» vorgesehenen Baugelände zugepachtet werden. In letzterem wurden noch vor dem Zweiten Weltkrieg 120 Parzellen vermessen, darunter 30 für Betriebsangehörige der DEGUSSA und 28 der I.G. Farbenindustrie. Im Bebauungsvorschlag vom 25. November 1937 war eine Erweiterung nach N vorgesehen. 1500 Menschen sollten hier in einem in sich geschlossenen Wohnbereich mit Folgeeinrichtungen leben, mit einem Kommu-

[53] Stadtarchiv Rheinfelden. Akt. II, 1/17

nikationszentrum, Aufmarsch- und Festplatz, mit Läden, Kindergarten und Schule[54].
Die «Siedlung» bestand bis 1940 aus wenigen Strassenzügen, hinter denen folgende planerische Vorstellungen erkannt werden können: Das Strassennetz wurde dem ehemaligen Feldwegsystem angeglichen, Strassen z. T. bewusst gekrümmt geführt; eine schematische Gleichförmigkeit ist dadurch vermieden worden. Offene und durchgrünte Bebauung mit reihenweise angeordneten Einzel- und Doppelhäusern bestimmt noch heute das Bild. An die Stelle der reinen Nutzgärten sind inzwischen Ziergärten mit Rasenflächen getreten, doch verschwand der Gemüseanbau nicht vollständig. Die Wirtschaftsteile wurden nach Aufgabe der Kleintierhaltung vielfach in zusätzlichen Wohnraum umgewandelt. Einfamilienhaus und Garten spiegeln die im Vergleich zur Kernstadt unterschiedlichen Bauauffassungen und Besitzverhältnisse wider. Charakteristisch für die geschilderte Bauphase ist ausserdem, dass eine vorwiegend aus Hilfs- und angelernten Arbeitern bestehende Gruppe der sozialen Unterschicht Träger des Eigenhausbaus wurde.
Über die Josefstrasse war die «Siedlung» mit dem Stadtkern verbunden. Auch dieser erfuhr im NW an der Ausfallstrasse nach Nollingen sowie um die 1935–37 erbaute evangelische Kirche eine Erweiterung und Verdichtung. Die alten Ortsteile Warmbach und Nollingen standen dagegen wie bisher im Schatten der baulichen Entwicklung. Nördlich von Warmbach war lediglich mit dem Bau von Einfachwohnblocks begonnen worden, Nollingen sollte nach dem Raumplan für Rheinfelden seinen landwirtschaftlichen Charakter behalten, das Unterdorf von zusätzlichen Wohnbauten freigehalten werden[55].

5 Phase intensiver Wohnbautätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg erhöhte sich die Einwohnerzahl Rheinfeldens von rund 8 000 auf über 17 000 (1975). Dieser Bevölkerungsanstieg sowie das mit einsetzendem Wohlstand wachsende Bedürfnis, in grösseren und besser ausgestatteten Wohnungen zu leben, verursachten eine empfindliche Wohnungsnot; sie konnte bis zum Jahre 1974 abgebaut werden.
Für die Siedlungsentwicklung brachte dies: 1. eine räumliche Expansion, die alle bisherigen Ausdehnungsphasen weit übertraf; 2. eine Änderung der Baukonzeption, insofern man von der raumbeanspruchenden extensiven Überbauung, wie sie in der «Siedlung» verwirklicht worden war, zu einer flächensparenden Wohnblock- und Hochhausbebauung überging; 3. einen Wandel in den Organisationsformen der Bautätigkeit dadurch, dass die kommunalen Organe gegenüber anderen Siedlungsträgern hinsichtlich Bauleistung, Lenkung und Gestaltung dominant

---

[54] Stadtarchiv Rheinfelden. Akt. II, 1/22
[55] Antwort des Bezirksamtes Säckingen am 9. 9. 1938 auf das Baugesuch des J. Gallmann: Das Unterdorf trage auch heute noch restlos landwirtschaftlichen Charakter. «Es ist beabsichtigt, im Raumplan von Rheinfelden diesen landwirtschaftlichen Charakter zu erhalten. Das wird nur möglich sein, wenn die unmittelbare Nachbarschaft von Wohn- und Siedlungsbauten freigehalten wird» (Stadtarchiv Rheinfelden, Akt. II, 1/1).

wurden. An der Spitze der Gemeindeverwaltung wurden umfassende städtebauliche Konzeptionen entwickelt und mit Hilfe eines eigenen Bauorgans umgesetzt.

51 Bevölkerungswachstum und Erwerbsstruktur

Am 1. 1. 1976 hatte Rheinfelden 17 353 Einwohner, mit den eingemeindeten Orten 27 912; im gesamten Verwaltungsraum zählte man 30 374 Personen[56]. Wie aus Tab. 5 zu ersehen ist, wuchs die Bevölkerung zwischen 1950 und 1961 am stärksten, nämlich um 61,2 %, während die Zunahme zwischen 1961 und 1970 12 % betrug, von der ein Fünftel auf Wanderungsgewinn entfällt[57]. Die erste Hälfte der siebziger Jahre verzeichnete einen Zuwachs um 5,8 %[58]. In den Zeitraum 1949–1961 fiel die Zuweisung von Heimatvertriebenen und DDR-Flüchtlingen, einer Gruppe, die fast ein Viertel der Einwohnerzahl ausmacht. Zieht man die Ausländer in die Betrachtung mit ein, so ist es sinnvoll, vom gesamten Verwaltungsraum und nicht von den kommunalen Einheiten vor der Gemeindereform auszugehen, da beispielsweise ein erheblicher Teil Gastarbeiter eines Rheinfelder Betriebes in der Gemeinde Karsau wohnte. Der Ausländeranteil stieg von 1970 mit 8,4 % auf 9,8 % Anfang 1976, bei den Geburtsjahrgängen 1970–75 erreicht er im Durchschnitt 20,7 %, beim Jahrgang 1975 allein 27 %[59].

Tabelle 5: Bevölkerungsentwicklung von Rheinfelden (Baden) 1920–1976

Jahr	Einwohnerzahl	Jahr	Einwohnerzahl
1920	4 141		
1925	5 219	1955	11 915
1930	6 412	1960	14 455 a
1935	6 787	1965	15 570
1940	8 076	1970	16 360
1945	8 266	1975	27 533 b
1950	9 084	1976	27 912 c

a 1961: 14 642
b einschliesslich Eingemeindungen
c Stand: 1. 1. 1976; ohne Eingemeindungen: 17 353; gesamter Verwaltungsraum: 30 374

Quelle: Aus Unterlagen der Stadtverwaltung

Zuzugsfördernd, wenn auch quantitativ schwierig zu erfassen, hat sich die Stärkung und Erweiterung der zentralörtlichen Funktionen ausgewirkt. Rheinfelden konnte nach dem Zweiten Weltkrieg die Stellung eines zentralen Ortes unterer Stufe mit

[56] Eingemeindet wurden: Adelhausen, Degerfelden, Eichsel, Herten, Karsau, Minseln, Nordschwaben; der Verwaltungsraum umfasst ausserdem Dossenbach und Schwörstadt.
[57] *Behrle, P.* (1976): Flächennutzungsplan. Vorbereitender Bauleitplan für den Verwaltungsraum Rheinfelden. Rheinfelden, S. 7 (im folgenden zitiert als Behrle: Verwaltungsraum Rheinfelden).
[58] Rheinfelden ohne Eingemeindungen
[59] *Behrle, P.:* Verwaltungsraum Rheinfelden, S. 15 f.

Teilfunktionen eines zentralen Ortes mittlerer Stufe v. a. auf dem Verwaltungs-, Bildungs- und Gesundheitssektor ausbauen und hat damit den Übergang vom Industrieort zur Industriestadt vollzogen. Der Anstieg der Beschäftigten im tertiären Bereich seit 1950 mag dies unterstreichen (s. Tab. 6). Nach wie vor arbeiten aber rund zwei Drittel der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe, wo innerhalb der Wirtschaftsabteilung 3 die Untergruppe Chemie mit 40 %, Eisen- und NE-Metall mit 33 % der Beschäftigten dominieren[60]. Die Industrie blieb Grundfaktor des Bevölkerungsanstieges und des städtischen Wachstums. Sie beeinflusste durch ihre Aufnahmefähigkeit an Arbeitskräften das Wirtschaftsleben von Stadt und Umland.

So stieg in der Aluminiumhütte die Belegschaft von 340 im Jahre 1945 auf 1330 im Jahre 1968 (1975: 1145); 30 % waren Gastarbeiter. Bei der Dynamit Nobel AG verdoppelte sich die Zahl der Mitarbeiter von 1955–1966 auf rund 1000 (1975: 950). Das Werk der DEGUSSA hatte 1955 780, 1967 900 Betriebsangehörige (1975: 850). Ziemlich konstant blieb der Belegschaftsstand bei MSO (um 260), den KWR (zwischen 300 und 400 im gesamten Bezirk), der Seidenweberei GmbH (um 270, heute stillgelegt) sowie der Uhrenfabrik Stowa (um 120).

Zwar schlug sich das Anwachsen der Belegschaftszahlen nicht allein in der Bevölkerungsentwicklung Rheinfeldens, sondern auch des Umlandes nieder, doch ist andererseits der Personenkreis zu berücksichtigen, der das Arbeitsplatzangebot im Nachbarland nutzt, aber in Rheinfelden wohnt. 1970 zählte man 667 Grenzgänger, d. h. jeder zehnte Erwerbstätige Rheinfeldens pendelte in die Schweiz aus.

Tabelle 6: Rheinfelden: Erwerbstätige am Wohnort nach Wirtschaftssektoren 1950–1970

	1950	1960	1970
Land- und Forstwirtschaft	7 %	2 %	1 %
Produzierendes Gewerbe	70,5 %	73 %	68,3 %
Handel, Verkehr und Dienstleistungen	22,5 %	25 %	30,7 %

Quellen: Statist. Landesamt Bad-Württbg.: Gemeinde- und Kreisstatistik Baden-Württbg. 1950, Teil III, S. 123 (Statistik von Baden-Württbg., Bd. 3) und Gemeindestatistik Baden-Württbg 1960/61, Teil I, S. 140 f und 1970, H. 2, S. 296 (Statistik von Baden-Württbg., Bd. 90 und 161).

52 Entwicklung der Industriebetriebe und ihr Flächenanspruch

Rheinfelden hat auf Grund seiner Grenzlage zur neutralen Schweiz den Zweiten Weltkrieg ohne Zerstörungen und Bombenschäden überstanden. Allerdings lagen nach 1945 Fabrikanlagen still, und die stark reduzierten Belegschaften mussten Ersatzarbeiten durchführen. Nach Aufhebung der Produktionsverbote und nach Lockerung der Zwangsverwaltung, unter denen die Grossbetriebe gestanden hatten, erfolgte eine rasche Erholung. Die Produktionsleistungen übertrafen bald

[60] *Behrle, P.:* Verwaltungsraum Rheinfelden, S. 36 f.

diejenigen kriegsbedingt überhöhter Inlandsnachfrage. Indessen verlangte der Druck nationaler und internationaler Konkurrenz eine stete Diversifizierung der Produktion mit spezialisierter Weiterverarbeitung, so dass der Charakter von Grundstoffindustrien nur noch teilweise gegeben ist. Die Niederlassung von neuen Betrieben, so der Uhrenfabrik Stowa, hielt sich in Grenzen. In den Jahren 1947/48 zerschlugen sich Ansiedlungspläne der CIBA Basel.

521 *Aluminiumhütte und DEGUSSA-Werk*

In der Aluminiumhütte war die Metallerzeugung im Jahre 1971 auf fast 70 000 t/Jahr angestiegen. Die Giesserei, die die gesamte Elektrolyseproduktion in flüssiger Form übernimmt, erlangte durch ihr breit gefächertes Programm den Ruf einer Spezialitätengiesserei, deren Kapazität in den Jahren 1967–69 auf nahe 100 000 t/Jahr gebracht wurde (Ausstoss 1971: 83 000 t/Jahr)[61]. Ein Halbzeugwerk und eine Konstruktionswerkstatt für Gerätebau schlossen sich an[62].

Im Werk der DEGUSSA setzte nach zweijähriger Demontage, die den Verlust von etwa der Hälfte der Einrichtungswerte bedeutete, zunächst die traditionelle Herstellung und Anwendung von Aktivsauerstoffverbindungen, insbesondere von Natriumperborat, wieder ein; die Kapazität erreichte 1969 120 000 t (bei einem Perboratverbrauch in der BRD von 75 000 t/Jahr)[63]; die Erzeugung erfolgt jedoch nicht mehr auf elektrolytischem Wege, sondern nach verbesserten chemischen Verfahren. Als Rohstoff für den Boranteil wird das Mineral Rasorit aus Kalifornien verwendet. Die H_2O_2-Produktion war nach dem Zweiten Weltkrieg durch Kontrollratsgesetze stark eingeschränkt. Seit den fünfziger Jahren gewinnt man Wasserstoffperoxid nach organischen Verfahren. Die Kapazitäten lagen 1969 bei 30 000 t/Jahr[64]. Zu den oxydationschemischen Grundprodukten kam 1944 das Spezialprodukt Aerosil hinzu, eine hochdisperse Kieselsäure mit vielfältigen Einsatzmöglichkeiten als Grundrohstoff, im allgemeinen aber als Hilfsstoff in der Lack- und Farbenindustrie, im Bereich der Kunststoffe und Kunstharze, in der kosmetischen und pharmazeutischen Industrie usw. 1968/69 erreichte die Produktion, die zehn Jahre vorher bei 2100 t/Jahr gelegen hatte, ca. 9000 t/Jahr (bei einem Verbrauch von 3500 t/Jahr in der BRD)[65].

522 *Werk der Dynamit Nobel AG*

Mehrfach den Besitzer wechselte das zweite grosse Chemieunternehmen Rheinfeldens, das heutige Werk der Dynamit Nobel. Der Zusammenbruch von 1945 hatte die Herauslösung aus dem I.G.-Verband gebracht. Von 1948–52 wurde die Fabrik von einer französisch-deutschen Pachtgesellschaft unter dem Namen «Chloberag» weitergeführt, ein Jahr vom Liquidationsausschuss der I.G. Farbenindustrie AG betrieben, bis sie schliesslich 1953 von der Dynamit Nobel AG übernommen wurde.

Wie in den Gründungsjahren basiert, aufbauend auf den Standortgegebenheiten Salz und Strom, die Produktion auf der elektrolytischen Zerlegung gereinigter Kochsalzsole in die drei Grundstoffe Natronlauge, Chlor und Wasserstoff, die wiederum eine Veredlung oder Umwandlung in eine Vielzahl von Chemieprodukten erfahren. 1965 betrug die Erzeugung von Ätznatron 53 000 t, von Chlor 47 000 t[66]. Bei den Folge-Produkten musste man sich spezialisieren, z. T. umstellen. So wurde die hier erstmals 1930 durchgeführte grosstechnische Herstellung von Vinylchlorid für

---

[61] Alusuisse Deutschland GmbH (Hrsg.): 75 Jahre Aluminiumhütte Rheinfelden GmbH. In: Arbeitskamerad 11/1973, S. 23 (im folgenden zitiert als: 75 Jahre Aluminiumhütte Rheinfelden GmbH)

[62] Die Aluminiumhütte installierte im Krisenjahr 1975 modernste Hochstromöfen, die zusammen mit neuen Kraftwerksgeneratoren Investitionen in Höhe von 20 Mio. DM erforderten.

[63] DEGUSSA (Hrsg): Aktivsauerstoffverbindungen – ein bedeutendes Chemiearbeitsgebiet der DEGUSSA. In Presse-Informationen 85/1969, S. 4

[64] DEGUSSA: Presse-Informationen 85/1969, S. 2 ff.

[65] DEGUSSA: Presse-Informationen 83/1969, S. 2

[66] Dynamit Nobel AG (Hrsg.): Werk Rheinfelden, o.O., o.J. (1967), S. 5

den Kunststoff PVC aufgegeben und in die Nähe von Raffineriestandorten (Lülsdorf/Troisdorf) verlagert. Der Umsatz des Rheinfelder Werkes ging daraufhin um ein Drittel zurück.
Wurde hierbei die Standortungunst Rheinfeldens im Hinblick auf die Zufuhr von Hilfsmaterialien deutlich, so erfuhr auch die ursprüngliche Rohstofforientierung auf das in ca. 120 m Tiefe unter dem Werksgelände liegende Salz eine Umbewertung. Seit 1955 muss die Salzsole von Rheinheim oberhalb Waldshut, wo sie wie in Rheinfelden aus dem mittleren Muschelkalk gewonnen wird, über 50 km weit herangeleitet werden. Die Solung im Betriebsbereich hat nämlich zu Bodensenkungen innerhalb und ausserhalb des Werksgeländes geführt.
Bergamtlich war das Ende der Solegewinnung bereits vor dem Zweiten Weltkrieg verfügt worden, es hat sich aber durch diesen verzögert. Wie aus Abb. 6 zu ersehen ist, werden die Senkungen seit 1921 feinvermessen. Sie haben bis in die sechziger Jahre hinein erheblichen Umfang angenommen, im Westen machten sie sich über den Standort der katholischen Kirche hinaus bemerkbar. Östlich der Dürrenbachmündung und westlich des Kraftwerks haben sie punkthaft Werte von 3,40 und 2,40 m erreicht; der unmittelbare Krafthausbereich war indessen nicht berührt. Wie die Messergebnisse seit 1970 zeigen, sind die Geländesenkungen heute nahezu abgeklungen (s. Abb. 7). Soweit es zu Bergschäden kam, waren sie im baulich aufgelockerten Werksbereich mit seinen weitläufigen Grünanlagen schneller und dauerhafter zu beheben als im dichteren Hausbestand der angrenzenden Stadtviertel, wo Gebäude und Kanalisation in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Dynamit Nobel AG übernahm die Kosten für Innen- und Aussenrenovierungen, auch jene für die Verlegung von Zerrplatten unter die Fundamente grösserer Bauprojekte, so bei Stowa. Nach Angaben des Werkes endeten die hin und wieder unvermeidlichen Auseinandersetzungen mit Haus- und Wohnungseigentümern bisher gütlich.
Die Produktionssteigerungen der drei Grossbetriebe wurden im Gegensatz zu früher nicht so sehr infolge der Vergrösserung von Anlagen auf erweitertem Werksgelände erzielt, sondern durch rationellere Verfahren sowie durch laufende Modernisierung von Ausrüstungen und Gebäuden auf gleichem Raum. Um- und Ausbauarbeiten übertrafen die Neubautätigkeit. Der Flächenbedarf für Produktionsstätten blieb daher gering, doch mussten andere Flächenansprüche befriedigt werden wie z. B. der Bedarf an Parkplätzen, von denen eine grosse Anzahl entlang der östlichen Friedrichstrasse angelegt wurde. Durch die Niederlassung einiger kleiner und mittlerer Unternehmen im Bereich westlich des Bahnhofs und in der Nähe der MSO entstanden aber auch neue Industriebauten. Die Dynamit Nobel erweiterte ihre Fabrikationsanlagen durch ein zentrales Kesselhaus auf dem Reservegelände zum Dürrenbach hin, über den ein Zugang zum benachbarten, 1972 eingegliederten Elektrokorund-Schmelzwerk (MSO) gebaut wurde[67].

53 Die Träger des Wohnungsbaus

531 *Wohnbaupolitik und Wohnungsbestand der Industriefirmen*

Entsprechend der Wirtschaftsentwicklung wurden von den Industrie- und Gewerbebetrieben Rheinfeldens Arbeitskräfte erst zögernd eingestellt, dann gesucht, schliesslich im Zeichen der Hochkonjunktur umworben. Dabei erwies sich die Bereitstellung von Wohnungen als zugkräftige Sonderleistung zur Gewinnung neuer Mitarbeiter. Nicht minder wichtig wurde die wohnungsmässige Absicherung der Stammbelegschaft unter dem Druck der ab Mitte der fünfziger Jahre vermehrt auftretenden Personalfluktuation und des Grenzgängertums. Bei der Einstellung von Gastarbeitern bildete der Nachweis von Unterkunftsmöglichkeiten eine Voraussetzung. So war es sicherlich nicht überspitzt formuliert, wenn 1968 festgestellt

---

[67] In diesem Werk werden Tonerde und auch Bauxit mit hohem Energieaufwand im elektrischen Lichtbogen bei etwa 2000° C zum Schmelzen gebracht. Das erstarrte Schmelzgut wird durch Brechen, Mahlen und Sieben aufbereitet und findet für Schleifscheiben, Schleifpapiere u. a. Verwendung.

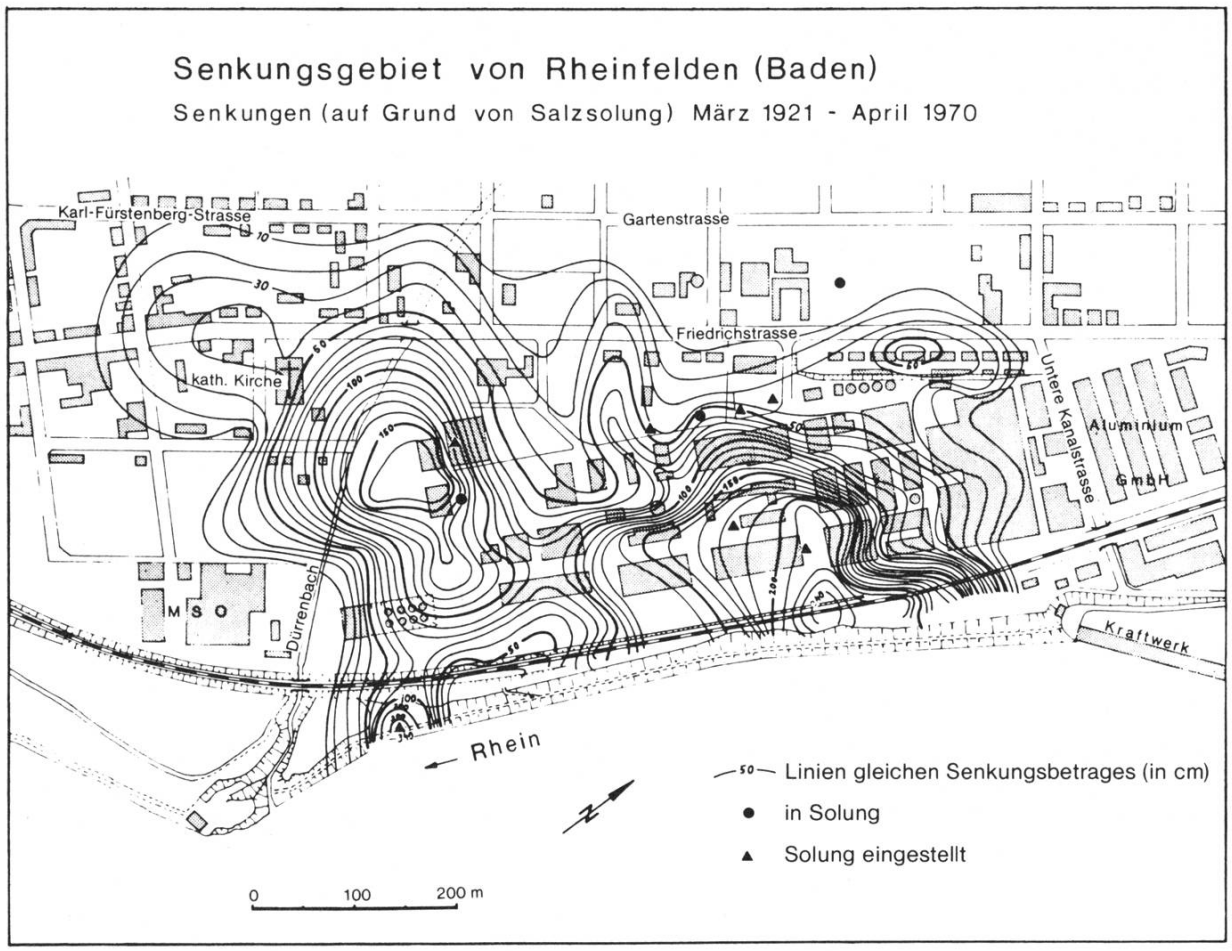


Abbildung 6

wurde, dass der Industriebetrieb, der freie Wohnungen zu bieten hatte, den Schlüssel zum Arbeitsmarkt besass [68].

Die Frage der Wohnungsbeschaffung löste man im Laufe der Jahre unterschiedlich. Der Werkswohnungsbau als jahrzehntelanger Bestandteil der Firmentätigkeiten bis nach dem Zweiten Weltkrieg wurde teils ausgegliedert, teils aufgegeben und die Versorgung der Mitarbeiter mit Wohnungen über die 1951 gegründete Städtische Wohnungs- und Siedlungsbau G.m.b.H. Rheinfelden/Baden (im folgenden kurz «Städtische» genannt) geregelt. An deren Bauvorhaben beteiligten sich die Industriefirmen durch die Bereitstellung von Darlehen und erwarben dadurch Belegungsrechte auf die Dauer der Laufzeit. Den Betrieben erschien dieser Weg preisgünstiger und zweckmässiger als die Fortsetzung des eigenen Wohnungsbaus.

Die Aluminiumhütte liess 1951 die ersten Nachkriegsbauten in Werksnähe errichten, dann übernahm die Aluminium-Industrie-Wohnbau GmbH Bergheim-Erft, eine gemeinsame Gründung der drei Werke der deutschen Alusuisse-Gruppe, alle Bauvorhaben. 1975 standen neben den älteren 180 Werkswohnungen 238 neue zur Verfügung. Ausserdem hatte man 215 Einheiten bei der «Städtischen» bezuschusst und 35 frei angemietet. Von diesen insgesamt 668 Wohnungen sind 61 % von deutschen, 20 % von ausländischen Mitarbeitern und 19 % von Rentnern und Witwen

[68] 70 Jahre Aluminium-Hütte Rheinfelden, S. 27

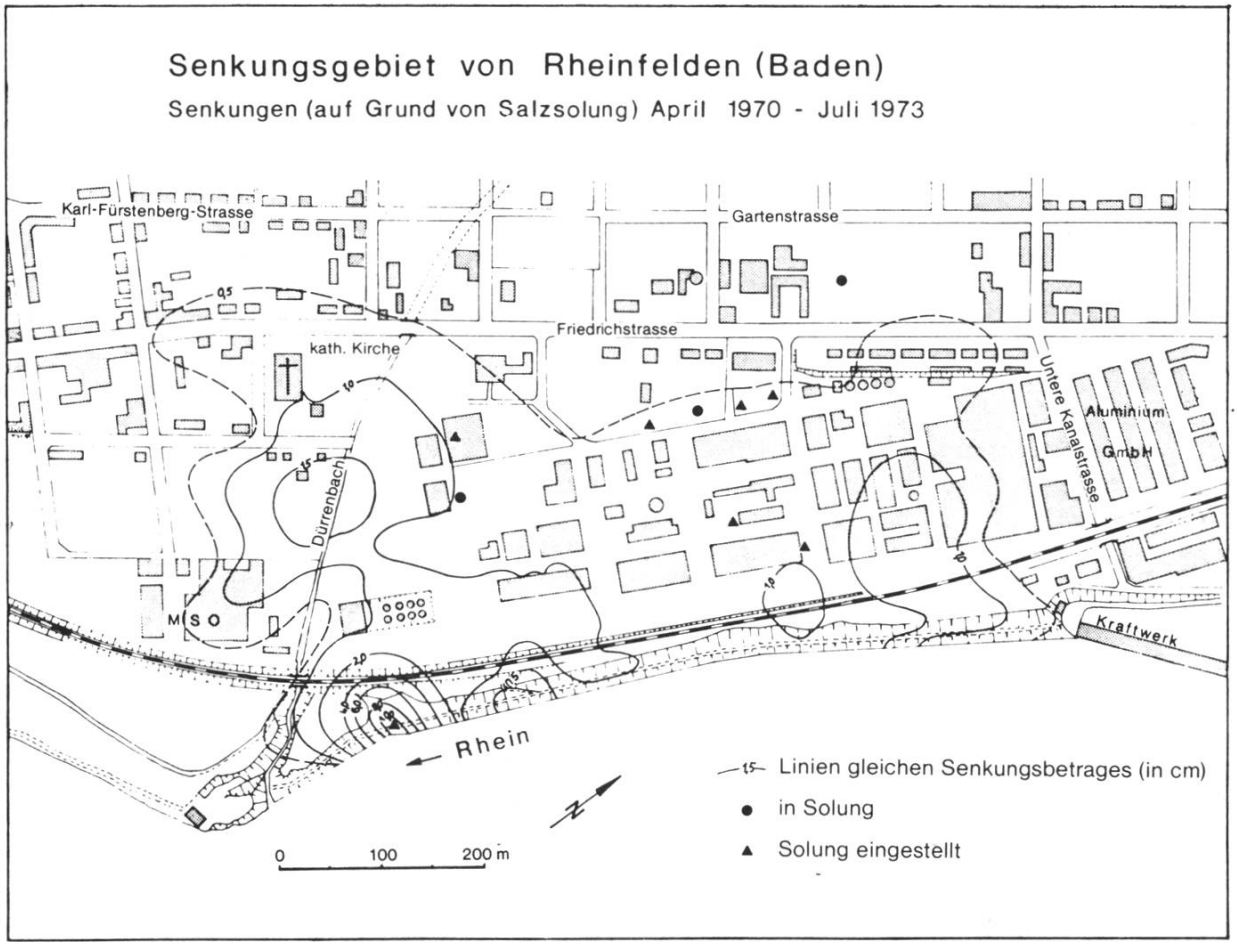


Abbildung 7

belegt; dies bedeutet, dass knapp die Hälfte der aktiven Betriebsangehörigen in firmeneigenen Wohnungen oder solchen mit Wohnrecht untergebracht ist. Ausserdem kommen noch 237 Unterkunftsmöglichkeiten in einem Ledigenheim – 1975 mit 151 Gastarbeitern belegt – und 30 Wohnungen im Facharbeiterwohnheim in Karsau hinzu [69].

Die Dynamit Nobel AG stellte 1962 den Bau von Werkswohnungen ein. An den Vorhaben der «Städtischen» war sie seit 1952 beteiligt. In insgesamt acht von zwanzig Bauabschnitten wurden 130 Wohnungen mitfinanziert, zuletzt 31 Einheiten im Jahre 1969. Bei diesem Projekt betrugen die Darlehenssummen 14 000 bzw. 16 000 bzw. 20 000 DM für Zwei-, Drei- und Vierzimmerwohnungen, im Bauabschnitt II des Jahres 1952 hatte der Förderungsbetrag noch bei 3 500 DM gelegen [70]. Private Bauherren aus der Belegschaft wurden wie bei anderen Unternehmen finanziell unterstützt, wobei die Dynamit Nobel AG sich teilweise ein Miet- und Vorkaufsrecht einräumen liess. Bereits um 1950 hatte die Firmenvorgängerin Chloberag 130 000 DM für den Bau von 26 Eigenheimen in- und ausserhalb Rheinfeldens zur Verfügung gestellt. Heute beträgt der Wohnungsbestand 70 eigene sowie 180 angemietete und bei der «Städtischen» mitgeförderte Wohneinheiten, so dass von 950 Mitarbeitern 250 in vom Werk bereitgestellten Mietwohnungen leben; etwa 250 Betriebsangehörige besitzen Eigenheime, während der Rest der Belegschaft wohnungsmässig nicht in Erscheinung tritt [71].

Von Seiten der DEGUSSA werden seit längerer Zeit keine Werkswohnungen mehr erstellt. Auf Grund der hohen Mitarbeiterzahl in den ersten Jahrzehnten des Bestehens war es zwischen 1899

---

[69] Nach Angaben der Aluminium-Hütte Rheinfelden GmbH (1975/76)
[70] Nach Unterlagen der Dynamit Nobel AG, Werk Rheinfelden (1975/76)
[71] Nach Angaben der Dynamit Nobel AG, Werk Rheinfelden (1975)

und 1925 zu einem umfangreichen Wohnungsbau gekommen, der auf Oberrheinfelden konzentriert war; wenige firmeneigene Häuser liegen im Innenbereich der Stadt. Entsprechend ihrem Alter sind die Gebäude renovierungsbedürftig, z. T. wurden sie modernisiert. Die Mietpreise für die insgesamt 132 Werkswohnungen bewegten sich Anfang 1973 zwischen 1,40 DM und 3,45 DM/qm [72]. Nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligte sich die DEGUSSA an den Vorhaben der «Städtischen», wo 53 Wohnungen mitfinanziert wurden. Auf Grund der Personalstruktur des Werkes – alteingesessene Stammbelegschaft sowie zahlenmässig unbedeutender Anteil von Gastarbeitern – bestehen wenig Unterkunftsprobleme. Viele Betriebsangehörige besitzen in Rheinfelden und Umgebung Eigenheime, zu deren Bau Arbeitgeberdarlehen bereitgestellt wurden (zuletzt 10 000 DM, davon 5 000 DM zinslos).

Die KWR verfügen über 270 Wohnungen, die sich auf einzelne Orte ihres Stromversorgungsgebietes verteilen; von diesen liegen 91 werkseigene und 63 angemietete Wohnungen in Rheinfelden. Knapp die Hälfte der Werkswohnungen wurde vor 1945 erstellt oder angekauft, während fast alle Mietwohnungen über finanzielle Beiträge der KWR an die «Städtische» und die Baugenossenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg hinzukamen [73]. Die KWR weisen unter den grösseren Betrieben Rheinfeldens die stärkste wohnungsmässige Bindung zu ihren aktiven und pensionierten Belegschaftsmitgliedern auf.

Insgesamt verfügen die vier grössten Unternehmen über 1260 Wohnungen in Rheinfelden. Ihr indirekter Einfluss auf die Wohnungswirtschaft von Stadt und Umland ist kaum abzuschätzen.

532 *Der kommunale Wohnungsbau*

Den grössten Einfluss auf Siedlungsentwicklung und -gestaltung Rheinfeldens übte nach dem Zweiten Weltkrieg die Städt. Wohnungs- und Siedlungsbau GmbH Rheinfelden (Baden) aus. Sie wurde 1951 von der Stadt Rheinfelden [74] und der Bezirkssparkasse Rheinfelden-Lörrach als Gesellschaftern gegründet, um im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus die dringende Wohnraumnachfrage befriedigen zu können. Neben diesem Ziel sind zwei weitere Überlegungen zur Schaffung eines stadteigenen Bauorgans massgebend gewesen: Die Mitwirkung der Stadt bei der Mietgestaltung und die Verfolgung städtebaulicher Gesichtspunkte, insofern man die Möglichkeit erhielt, grosszügiger zu planen, Bauvorhaben zu koordinieren und Projekte geschlossen zu verwirklichen. Vom firmeneigenen Wohnungsbau konnten solche Gesamtkonzeptionen nicht erwartet und auch nicht verlangt werden. Werkswohnungsbau vollzog sich, wo immer möglich, im Anschluss an das Werksgelände, siedlungskernbildend war er nicht. Gegenüber genossenschaftlichen Bauträgern hatte die Städt. Gesellschaft m.b.H. den Vorteil einer geringeren Zweckbindung, damit grössere Unabhängigkeit von der Staatsaufsicht sowie freiere Entscheidung über den Einsatz der Fördermittel.

Eine Voraussetzung, um Bebauungsgebiete planmässig und wirtschaftlich erschliessen zu können, war die Verfügbarkeit über den Baugrund. Die Stadt intensivierte deshalb ihre schon 1943/44 eingeleitete, nun systematisch betriebene Bodenbeschaffungspolitik, um die Bautätigkeit über den Grundbesitz in die Hand zu bekommen. Sie suchte, auf eigener und fremder Gemarkung – so im angrenzenden Karsauer Gebiet – Gelände zu erwerben. Ihre Hauptkäufe gehen auf die fünfziger und den Anfang der sechziger Jahre zurück, als die Gemeindefinanzen nicht ungünstig standen und verfügbares Geld in Grundstücken aus dem Angebot auslaufender und abstockender landwirtschaftlicher Betriebe angelegt wurde. Bei den regen Kauf-, Verkaufs- und Tauschoperationen

---

[72] Nach Angaben und Unterlagen der DEGUSSA, Werk Rheinfelden (1975)

[73] Nach Unterlagen der Kraftübertragungswerke Rheinfelden (1975).

[74] Die entscheidende Abstimmung im Gemeinderat endete mit dem knappen Ergebnis von 6:5.

gingen die zuständigen städtischen Behörden geschickt vor: Es gelangte relativ billiges Bauland (zwischen 2 und 6 DM/qm) in den Besitz der Stadt, eine Grundstücksspekulation konnte sich nicht entfalten, auch nachdem die Geländebeschaffung durch die Aufhebung der Preisstoppverordnung für unbebautes Land im Jahre 1962 schwieriger wurde.
Bebauungspläne stellte man erst dann auf, wenn die Grundstücksfragen geklärt waren, darauf folgte die Übereignung an die «Städtische», an andere grössere Bauträger und an private Bauherren. Angesichts der wachsenden Zahl von Wohnungssuchenden musste die lockere Bebauung mit Einfamilienhäusern im Stile der «Siedlung», die in manchen Abschnitten weniger als 40 Einwohner/ha aufweist, wegen des grossen Flächenanspruchs und der unverhältnismässig hohen Aufwendungen für Strassenbau und Versorgungsleitungen pro Kopf der Bevölkerung einer baulichen Verdichtung weichen. So umfasste das Programm der «Städtischen» zwischen 1952 und 1973 hauptsächlich die Errichtung von Wohnblocks und Hochhäusern. In 16, später 20 Bauabschnitten wurden 1174 Wohneinheiten erstellt; 1143 hiervon sind Miet-, der Rest Eigentumswohnungen. Wie aus Tab. 7 zu ersehen ist, dominieren bei den Mietwohnungen die kleinen bis mittelgrossen Einheiten mit zwei oder drei Zimmern.
Seit 1971 bewirtschaftet die Gesellschaft auch den ehemals stadteigenen Althausbesitz, so dass das Unternehmen heute über rund 1300 Wohnungen und 17,29 ha Grundbesitz verfügt und damit die erste Stelle unter den Haus- und Wohnungseigentümern Rheinfeldens einnimmt[75]. Nach der expansiven Phase der vergangenen 25 Jahre liegt das Schwergewicht der Aktivitäten gegenwärtig auf Sicherung des Bestandes und Althaussanierung.

Tabelle 7: Wohnungsbestand der Städt. Wohnungs- und Siedlungsbau GmbH Rheinfelden (Baden), Stand April 1976

	1	1½	2	3	4	Wohnungseinheiten insgesamt
			Zimmerwohnungen			
Eigene Erstellung	7	8	330	649	149	1143
Erworbene Stadtwohnungen			55	73	22	150
Insgesamt	7	8	385	722	171	1293

Quelle: Nach Unterlagen der Städt. Wohnungs- und Siedlungsbau GmbH Rheinfelden (Baden).

Den wichtigsten Beitrag zur Finanzierung der Projekte und zur Instandhaltung der Wohnungen erbrachte die Stadt Rheinfelden selbst, anfänglich durch Kapitalsubventionen in Form von Stammanteilen und zinslosen Darlehen, dann durch Zins- und Aufwendungsbeihilfen für Fremdmittel des Kapitalmarktes, womit einerseits die Bautätigkeit der Gesellschaft ermöglicht wurde, andererseits die Höhe der Mieten in vertretbarem Rahmen reguliert werden konnte. Die Zuschussleistungen der Stadt in den Jahren 1970–75 sind aus folgenden Zahlen abzulesen[76]:

Zinszuschüsse und Aufwendungsbeihilfen	DM 2 900 000.–
Darlehen	DM 50 000.–
Verzicht auf angemessene Verzinsung von rund 3,6 Mill. DM Darlehen	DM 1 800 000.–
Verzicht auf die Verzinsung der Stammeinlagen von DM 3 049 000	DM 730 000.–
Insgesamt	DM 5 480 000.–

[75] Hinzu kommen drei Büroetagen, Zentralwaschküchen usw. Im Geschäftsbericht 1974 wird das Stammkapital mit 3 059 900 DM, das Bilanzvolumen mit 58 428 543.29 DM angegeben.
[76] Stellungnahme des Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Städt. Wohnungs- und Siedlungsbau GmbH Rheinfelden/Baden (zu Mieterhöhungen) 1975, S. 1

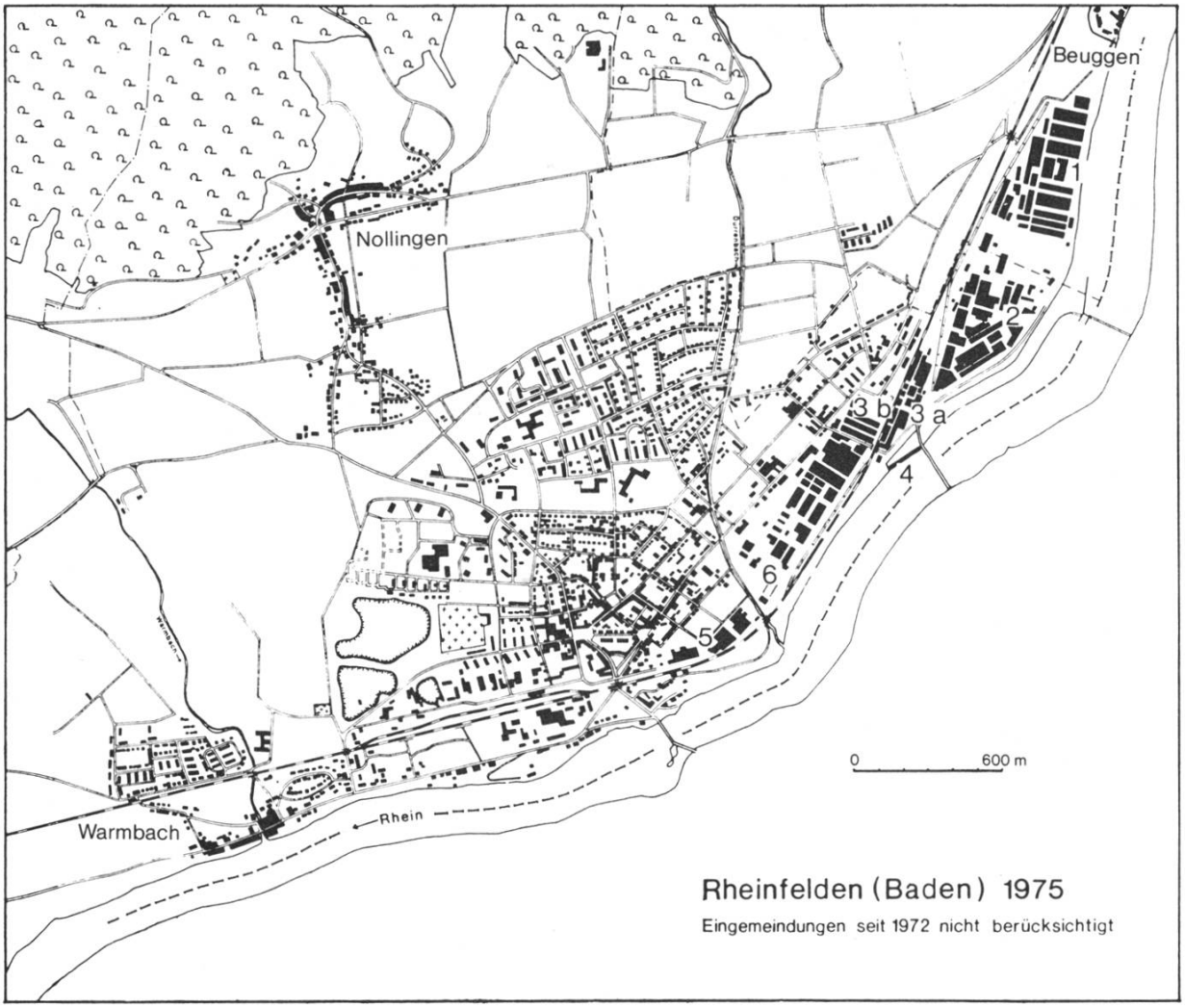


Abbildung 8

Quelle: Nach Kartenunterlagen der Stadt Rheinfelden mit Ergänzungen

1 Aluminium-Hütte GmbH, Werk III
2 DEGUSSA
3a Aluminium-Hütte GmbH, Werk I
3b Aluminium-Hütte GmbH, Werk II
4 Kraftwerk
5 Müller GmbH
6 Dynamit-Nobel A.G.

Auch die Industriefirmen beteiligten sich, wie oben dargelegt wurde, an den Bauvorhaben der «Städtischen». Für die Bereitstellung von Darlehen wurden ihnen Belegungsrechte auf 30 bzw. 20 Jahre eingeräumt. In der Regel trat die «Städtische» an die Firmen heran, teilte mit, dass man da oder dort zu bauen beabsichtige, und fragte nach dem Bedarf. Auf diese Weise erwarben die vier führenden Unternehmen Belegungsrechte in rund 430 Wohneinheiten, was etwa 37 % des gesamten Bauvolumens der «Städtischen» entspricht[77]. Obwohl die Industriebetriebe keinen direkten Einfluss auf die Mietgestaltung haben, ist ihre Mitwirkung an den Entscheidungen der Gesellschaft dadurch gesichert, dass sie wie die politischen Parteien Vertreter in den Aufsichtsrat schicken.

[77] DEGUSSA 53, Dynamit Nobel AG 130, Aluminium-Hütte 215, KWR etwa 30

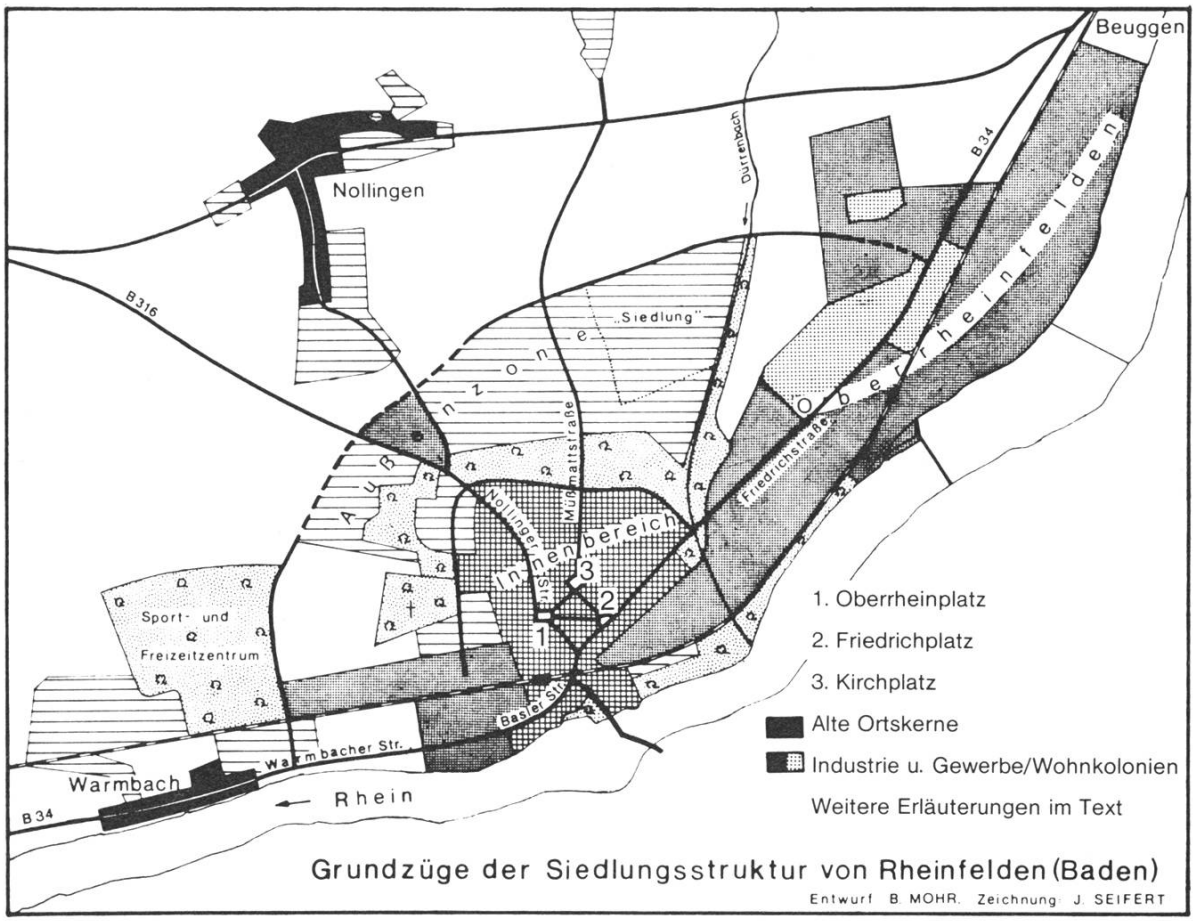


Abbildung 9

533 *Sonstige Wohnungsbauträger*

Im Vergleich zur «Städtischen» und ihrer Bauleistung kommt anderen Wohnungsunternehmen eine untergeordnete Bedeutung zu. Im Zeichen der Wohnungsnot waren zwar solide Bauträger in Rheinfelden willkommen, aber es ist nicht zu übersehen, dass ihre Tätigkeiten wegen des beschränkten Zugangs zum Grundstücksmarkt eingeengt waren.

Die alteingesessene Baugenossenschaft erstellte bis 1964 40 neue Wohnungen (ein Sechsfamilienhaus folgte 1974), ihre Kraft konzentrierte sie aber auf die Erhaltung und Modernisierung des Althausbestandes. Ein forcierter Weiterbau hätte eine Neuorganisation mit vollamtlichen Mitarbeitern erfordert. Ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, geeignetes Gelände zu beschaffen, wären die Baukosten in eine solche Höhe gestiegen, dass der Grundsatz, für Mitglieder nur Wohnungen mit tragbaren Mieten zu errichten, kaum hätte aufrechterhalten werden können.
Ein beachtlicher Faktor im Wohnungswesen von Rheinfelden blieb die Badische Heimstätte GmbH, Karlsruhe (heute Landesversorgungs- und Städtebaugesellschaft Baden-Württemberg m.b.H., Karlsruhe). Sie verwirklichte bald nach der Währungsreform das durch den Krieg aufgeschobene Projekt der «Siedlung 4» im Winkel zwischen Römerstrasse und Dürrenbach. In mehreren Abschnitten wurden Einfamilienhäuser gebaut und schlüsselfertig an die Bewerber übergeben. In ähnlicher Weise ging man bei den zwischen 1958 und 1966 errichteten Einzel- und Reihenhäusern vor. Danach wurde aber das Schwergewicht auf den Bau von Mietwohnungen

gelegt, von denen insgesamt 228 in mehreren Wohnblocks und achtgeschossigen Hochhäusern fertiggestellt wurden [78].
Als weitere Bauträger erwähnt seien die Südwestdeutsche Baugesellschaft, Stuttgart, das Evangelische Hilfswerk, Stuttgart, und die Neue Heimat, Säckingen. Die beiden letzteren sind bevorzugt für Heimatvertriebene und kinderreiche Familien tätig geworden, wobei der Bau von Eigenheimen gegenüber dem von Mietwohnungen den Vorrang hatte. Eigenleistungen – teilweise bis zu einem Sechstel der Gesamtkosten – wurden gefordert oder zumindest erwartet.

54 Bebauungsgebiete, bauliche Gestaltung und Wohnstruktur

Die Grenzen des geschlossen verbauten Stadtgebietes verschoben sich in der Nachkriegsperiode erheblich nach aussen. Um die Kernstadt, die selbst mit neuen Gebäuden aufgefüllt, wegen der verhältnismässig jungen Bausubstanz aber wenig umgestaltet wurde, legte man halbkreisförmig einen Grünring, der von den zwischen 1951 und 1973 erstellten Bildungs- und Erholungseinrichtungen durchsetzt ist. Auf diesen folgen die Neubaugebiete (s. Abb. 8 und 9). Sie heben sich physiognomisch von der Innenstadt und von Oberrheinfelden deutlich ab. Ihr älterer Teil, die Einfamilienhaus-Kolonien mit der «Siedlung» als Kern, geht nach Westen in eine verdichtete und höhere Bebauung über. Hier dominieren – wie auch südlich des Friedhofs – dreigeschossige Wohnblocks, die zeilenweise angeordnet sowie in Grünflächen liegend mit Kinderspielplätzen, Wäschetrocknungsstellen und Sammelgaragen ausgestattet sind. Dann folgen z. B. im Bereich Müssmatt / Friedrich-Ebert-Strasse Wohnblocks bis zu sechs Geschossen mit ca. 30 Wohneinheiten. Für den ruhenden Verkehr wurden Tiefgaragen gebaut und Abstellplätze zwischen den Grünflächen ausgewiesen. Im Zentrum dieses Viertels findet sich ein grosser Spielplatz über einer Tiefgarage. Die jüngste Baugeneration dokumentiert sich in drei achtzehngeschossigen Punkthäusern des Baugebietes westlich der Nollinger Strasse.
Eine bedeutende Erweiterung erfuhr auch der Ortsteil Warmbach, dessen Neubaugebiete den alten Ortskern flächenmässig um das Dreifache übertreffen. Im Bereich nördlich der Bahnlinie kommt im ostwestlichen Wandel der Bebauung vom Einzel- und Reihenhaus hin zum Einfachwohnblock ein Absinken der Wohnqualität zum Ausdruck. Beim Ortsteil Nollingen entwickelten sich an den Ausfallstrassen bescheidene Wachstumsspitzen, lediglich im Süden setzte eine flächenhafte Verbauung ein (s. Abb. 8).
Die bauliche Entfaltung war nicht ausschliesslich ein Niederschlag der Zunahme der Einwohnerzahlen, sondern auch des wachsenden Flächenanspruchs je Kopf der Bevölkerung, insbesondere der Wunsch nach grösseren und besser ausgestatteten Wohnungen. Für Rheinfelden ergab sich im Zeitraum 1950–70 eine Zunahme der Bevölkerung um 80,5 %, der Wohnungen aber um 140,2 % (absolut um 2987 WE) [79], d. h. das 1,75-fache des Bevölkerungsanstiegs. Mit der besseren Wohnungsversorgung ging eine Abnahme der Belegungsdichte einher (von 3,7 E/Wohnung

[78] Sie gelten als preiswerte Wohnungen; z. B. liegen die Mieten in den Warmbacher Wohnblocks bei Dreizimmerwohnungen mit 68 qm zwischen 211 und 220 DM einschliesslich Umlage und aller Unkosten.
[79] Behrle, P.: Verwaltungsraum Rheinfelden, S. 21 f.

1961 auf 3,1 im Jahre 1970), doch blieb die Wohnfläche je Einwohner deutlich unter dem Bundesdurchschnitt[80].
Das Bauvolumen der Nachkriegsperiode ist eindrucksvoll: Schon 1968 befanden sich über die Hälfte (56 %), im Jahre 1975 rund zwei Drittel der Wohnungen in Gebäuden, die nach 1949 entstanden sind.

Tabelle 8: Wohnungserstellung in Rheinfelden (Baden) 1949–72

Jahr	Wohnungen	Jahr	Wohnungen
1949–57	1448	1965	70
1958	132	1966	192
1959	171	1967	55
1960	64	1968	190
1961	77	1969	188
1962	196	1970	238
1963	135	1971	261
1964	133	1972	318 a)

a) einschliesslich Degerfelden und Minseln.

Quelle: Niederschrift über die öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats der Stadt Rheinfelden (Baden) im Jahre 1973.

6 Jüngste Entwicklung und Planungsvorstellungen

In der kurzen Zeitspanne von 1974 bis heute kam es zu auffallenden Akzentverschiebungen in der Siedlungsentwicklung Rheinfeldens. Parallel zur gesamtwirtschaftlichen Rezession waren auch in den örtlichen Industriebetrieben Teilstilllegungen, Einstellungsstopp und Kurzarbeit nicht zu vermeiden. Die Wohnbautätigkeit schrumpfte; sie ruhte im Bereich des Mietwohnungsbaus fast vollständig[81], erhielt aber durch den auch anderswo zu beobachtenden Eigenheimtrend eine Stütze. Gebaut wurde vornehmlich in den eingemeindeten Ortschaften und im Stadtteil Nollingen, weniger im Hauptort Rheinfelden, wo es private Bauherren schon immer schwer hatten, sich gegenüber Industriebetrieben und gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften zu behaupten[82]. Insgesamt ist die Wohnungsnachfrage zurückgegangen und gilt, wenn auch konjunkturbedingt, als gedeckt[83]. Der Flächenanspruch für Wohn- und Arbeitsstätten ist gegenwärtig gering, um so stärker treten andere Vorhaben mit raumbeanspruchenden Nutzungen in den Vordergrund: für Erholung, Verwaltung, Gesundheitsfürsorge und Verkehrsverbesserungen.

---

[80] Bruttogeschossfläche je Einwohner in Rheinfelden: 24,4 qm, in der BRD 28–30 qm (nach *Behrle, P.:* a. a. O. S. 23 f.)
[81] 1976 ist ein Objekt für 91 Mietparteien an der unteren Dorfstrasse im Bau.
[82] 70 Jahre Aluminium-Hütte Rheinfelden, S. 27
[83] Für den Gesamtverwaltungsraum werden bis 1990 rund 35 ha Wohnbauflächen brutto prognostiziert (nach *Behrle, P.:* Verwaltungsraum Rheinfelden, S. 24).

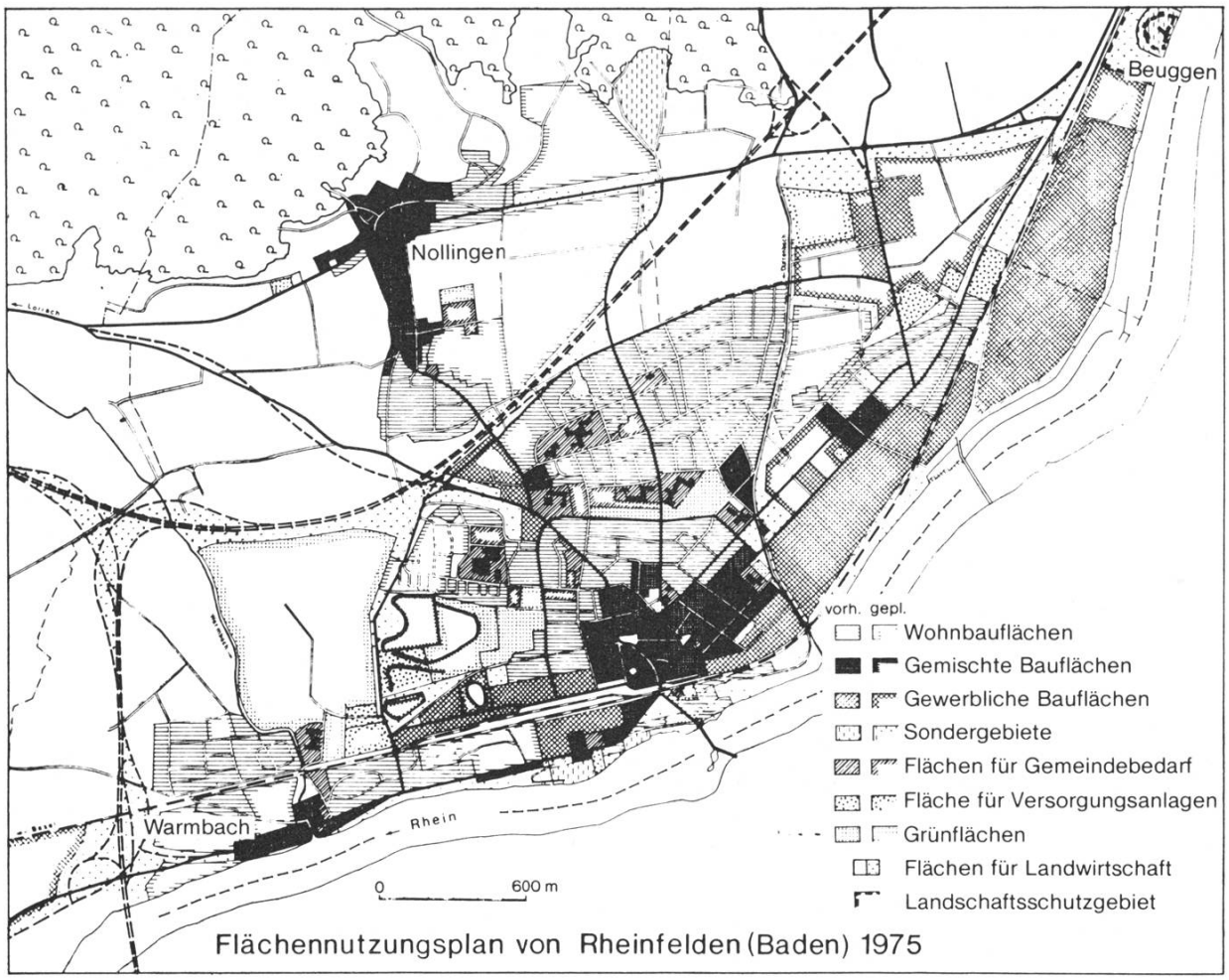


Abbildung 10

Quelle: Flächennutzungsplan, vorbereitender Bauleitplan für den Planungsverband Hochrhein-Dinkelbert 1975

Anfang 1973 war vom Gemeinderat der Bebauungsplan für ein «Sport- und Freizeitzentrum» beschlossen worden. Die Anlage entsteht derzeit im Norden von Warmbach, wird sich bis zur vorgesehenen Autobahntrassee erstrecken und im Osten an den äusseren Stadtring anlehnen (s. Abb. 10); sie umschliesst die Wasserschutzzone Rheinfeldens. Bis zur Fertigstellung wird eine Fläche von 44 ha in Anspruch genommen sein. Neben den eigentlichen Sportanlagen, von denen das Schwimmbad seiner Vollendung entgegengeht, wird das Erholungsgebiet Wald- und Spielflächen, einen Campingplatz u. a. umfassen. Die ursprüngliche Funktion als Wasserschutzzone bleibt erhalten; in Absprache mit den zuständigen Fachbehörden wurden die Standorte der einzelnen Freizeitanlagen so festgelegt, dass sie sich in die wasserwirtschaftliche Gliederung des Gebietes, nämlich in Fassungsbereich, engere und weitere Schutzzone, einpassen.
Ebenfalls im Bau ist nahe der evangelischen Kirche im Stadtkern ein neues Kultur- und Verwaltungszentrum. Ziel ist nicht allein, die über mehrere Gebäude verteilten städtischen Dienststellen zusammenzufassen, sondern auch einen kulturellen Mittelpunkt in Ergänzung zu den schulischen Bildungseinrichtungen zu schaffen. Be-

reits im Jahre 1975 wurde das Kreiskrankenhaus fertiggestellt[84]. Am Abhang des Dinkelbergs gelegen, wird es durch die verlängerte Müssmattstrasse direkt mit der Stadt verbunden. Für die Siedlungsentwicklung Rheinfeldens bedeutet dieser Standort den ersten grösseren Ansatzpunkt zur baulichen Erschliessung der Dinkelberghänge.
Entsprechende Vorstellungen sind im Flächennutzungsplan 1975 niedergelegt (s. Abb. 10): Wohnareale westlich des Krankenhauses bis gegen Nollingen, ausserdem westlich und östlich von Warmbach zwischen Bahnlinie und Rhein. Die bauliche Entwicklung des Stadtkörpers bis zum äusseren Ring wird durch Auffüllung von Lücken abgeschlossen werden. Der Entwurf zeigt darüberhinaus, dass, nachdem die störende Gemarkungsgrenze gegen Karsau gefallen ist, gewerbliche Bauflächen für Klein- und Versorgungsbetriebe im Anschluss an den Industriebezirk Oberrheinfelden zur Verfügung stehen. Offensichtlich geht man davon aus, dass die Flächenentwicklung der Grossindustrie beendet ist, dass Werkserweiterungen in Zukunft auf firmeneigenem Gelände vorgenommen werden.

Einen Schwerpunkt der Regionalplanung zwischen Hochrhein und Dinkelberg bildet die zukünftige Verkehrsgestaltung. Als wichtigstes überörtliches Projekt ist der Bau der Hochrheinautobahn anzusehen. Im Bereich von Rheinfelden wird diese den Stadtteil Nollingen vom Hauptort trennen. Nach Osten hin soll sie in einem Tunnel den Dinkelberg unterfahren, um die Engstelle bei Beuggen zu umgehen. Im Westen ist ein Autobahndreieck vorgesehen, dessen eine Linie in die Schweiz über eine neue Rheinbrücke abzweigt. Vor- und Nachteile für die weitere Ortsentwicklung Rheinfeldens werden deutlich: Das bauliche Zusammenwachsen mit Nollingen wird unmöglich gemacht, Belästigungen der Wohngebiete sind trotz Trassenführung in Tieflage zu erwarten. Andererseits wird der gesamte überregionale Verkehr aus dem Stadtgebiet ferngehalten. Es könnte vor allem der Engpass an der Bahnunterführung, wo sich örtlicher und grenzüberschreitender Verkehr treffen, entschärft werden, ausserdem würde der grösste Teil der Industriegütertransporte verlagert. Die Autobahn könnte den Industriestandort Rheinfelden aufwerten, zumindest würde sie eine wesentliche Ergänzung zu den Verkehrsträgern Bahn und Fluss[85] darstellen.
In die Möglichkeiten zur Planung eines Siedlungsraumes werden vielfach übertriebene Erwartungen gesetzt. Aus verschiedenen Gründen gibt es jedoch wenig Spielraum für ein aktives planerisches Steuern. Es wird eingeengt durch intern und extern wirkende Faktoren: durch die überkommenen Siedlungsstrukturen, durch die Grundbesitzverhältnisse, durch Zielvorstellungen von Ländern und regionalen Planungsgemeinschaften, durch gewachsene Verflechtungen usw. Im

---

[84] Voraussichtliche Gesamtkosten 34,5 Mill. DM einschliesslich Grundstück und Erschliessung, wobei die Stadt Rheinfelden die äussere Erschliessung kostenlos übernahm. Voraussichtliche Kosten für das Schwesternwohnhaus 5,5 Mill. DM; dessen Finanzierung ist Aufgabe der Städt. Wohnungs- und Siedlungsbau GmbH Rheinfelden (Baden).
[85] Der Rheinfelder Hafen bildet den Endpunkt der Rheinschiffahrt. Der Güterumschlag ist rückläufig (1968: 245 416 t, 1972: 169 371 t, 1975: 119 492 t), eine Zwischenlagerung der Güter aus Platzmangel nicht möglich.

Falle von Rheinfelden sind bei der örtlichen Planung die Zuordnung zum Grossraum Basel ebenso zu berücksichtigen wie die Lage der Stadt auf der Entwicklungsachse Lörrach–Waldshut. Folgende siedlungsräumliche Gliederung wird angestrebt: eine rheinnahe Wirtschaftszone an Schiffahrtsweg, Strasse (Autobahn) und Eisenbahnlinie, Wohnbebauung auf den Hanglagen des Dinkelberges und Nutzung der Höhen des Berglandes als Erholungsgebiet.

7 Grundzüge der Siedlungsstruktur unter Betonung der Bodeneigentumsverhältnisse und Bauinitiativen wichtiger Siedlungsträger

Auf Abb. 11 wurde versucht, die Grundbesitzverhältnisse und Bauinitiativen der für die Entwicklung Rheinfeldens massgeblichen Siedlungsträger festzuhalten. Ergänzend hierzu ist Abb. 9 zu verwenden, die in modellartiger Weise eine genetische Viertelsgliederung der Stadt mit den Hauptverkehrswegen zeigt.
Folgende raumstrukturelle Grundzüge treten hervor. Entlang des Stromes zieht sich von der Rheinbrücke bis Beuggen auf 3 km Länge bei wechselnder Tiefe von 200–600 m der Industriebezirk von Oberrheinfelden mit dem Energieunternehmen KWR (26,4 ha), dem Industriebetrieb Müller & Co. (2,15 ha), mit den Werken der Dynamit Nobel AG (44,8 ha, davon 23,7 ha Werksgelände) sowie der DEGUSSA (26,6 ha, davon 23,8 ha Werksgelände) und mit der Aluminium-Hütte (41,34 ha[86]). Dieser Bereich umfasst nicht nur Produktionsanlagen – wohl die grösste geschlossene Ansammlung im südbadischen Raum –, sondern auch zugehörige Werkskolonien und Reserveflächen. Letztere verlieren allerdings dadurch an Wert, dass sie von Bundesstrasse und Bahnlinie durchschnitten werden; Werkserweiterungen setzen infolgedessen Unter- oder Überführungen voraus[87]. Für die Aluminiumhütte ergibt sich eine zusätzliche Beeinträchtigung des Betriebsablaufs aus der Zweiteilung ihres Werksgeländes.
Durch einen Grünzug entlang des Dürrenbachs von den grossen Industriearealen getrennt, zeigt der städtische Innenbereich erwartungsgemäss einen kleinparzellierten Grundstückszuschnitt, was sowohl für – hier nicht eingetragene – Parzellen in Privathand, als auch für solche im Besitz grösserer Bauträger gilt: für die Baugenossenschaft, deren Wohnungsbestand (200) auf die Kernstadt konzentriert ist, die Neue Heimat (Säckingen) – heute ohne Bindung zu den ehemaligen Kaufanwärtern, das Evang. Hilfswerk, die KWR, die Industriebetriebe, die z. T. die Althäuser als Einzelobjekte an Mieter verkaufen. Vom städtischen Besitz sind Verwaltungsgebäude und öffentliche Anlagen erfasst. Im gesamten Innenbereich der Stadt beansprucht die Wohnfunktion die grössten Flächen. Lediglich die Erd-, in wenigen Fällen die Obergeschosse des Viertels um die drei Hauptplätze[88] sind tertiärwirtschaftlich genutzt.

---

[86] Einschliesslich Grundstücke auf ehemaliger Gemarkung Karsau. Werksgelände: 28,75 ha, davon bebaut 11,55 ha (nach Angaben der Aluminiumhütte Rheinfelden, 1976).
[87] Rittweger, O. u. a.: Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan der Stadt Rheinfelden (Baden). Rheinfelden 1958.
[88] Friedrichplatz, Oberrheinplatz, Kirchplatz.

Stadtgebiet von Rheinfelden (Baden) nach den Grundbesitzverhältnissen und Bauinitiativen wichtiger Siedlungsträger

Abbildung 11

Die Kernstadt ist halbkreisförmig von einem Grünring umgeben. Zwischen ihm und den Grenzen des geschlossen verbauten Gebietes spielen die Stadt, die Städt. Wohnungs- und Siedlungsbau GmbH sowie die Badische Heimstätte eine massgebliche Rolle als Bodeneigentümer und Bauträger. Die stadteigenen Flächen umfassen u. a. Teile des Grüngürtels mit Schulbauten und dem Altersheim, den Friedhof, den Rheinhafen. Die «Städtische» hat entsprechend der kommunalen Bodenpolitik die Hauptmasse ihres 17,29 ha grossen, Streulage aufweisenden Grundbesitzes in dieser Aussenzone. Die Badische Heimstätte tritt zum einen als Haus- und Grundbesitzer zum anderen als ehemaliger Bauträger der «Siedlung 3 und 4» in Erscheinung. Zwischen ihr und den Siedlungsbewohnern bestehen indessen keinerlei gegenseitige Verpflichtungen, ebenso sind die städtischen Erbbaurechte fast vollständig abgelöst. Die Aussenzone dient in erster Linie als Wohngebiet; an der Ausfallstrasse nach Lörrach sowie nördlich und südlich der Bahnlinie liegen aber auch Gewerbegebiete und Reservebauflächen.

Stadteigene Grundstücke grösseren Umfangs befinden sich auch jenseits des äusseren Ringes. Ihr Erwerb war Voraussetzung für einen der Schwerpunkte gegenwärtiger kommunaler Aktivitäten: nämlich auf dem Sport- und Freizeitsektor[89]. Im Randbereich wird der alte Kern von Warmbach mehr und mehr zur dörflichen Enklave; er ist umgeben von Neubaugebieten, in denen verschiedene grössere Bauträger tätig waren: die «Städtische» und die Aluminiumhütte, die Eigentümerinnen der Einfachwohnblocks sind, ausserdem das Evang. Hilfswerk, die Neue Heimat (Säckingen) und die Badische Heimstätte – ohne jede Bindung an die ehemaligen Kaufanwärter. In Nollingen bestimmen Kleinbesitz und Eigenheime bzw. landwirtschaftliche Hofstätten das Bild dieses baulich und sozial eigenständigen Stadtteils.

Verkehrsmässig sind die aufgeführten städtischen Teilbereiche durch ein radial angelegtes Strassennetz miteinander verknüpft, das von den zentralen Plätzen im Stadtinnern ausstrahlt. Als Hauptsammler dienen Friedrich-, Nollinger- und Basler/Warmbacher-Strasse sowie die Müssmattstrasse, von denen die ersten drei dem Verlauf alter Landstrassen, heutiger Bundesstrassen folgen, die auf die Rheinbrücke zielen. Die Achsen werden durch einen inneren und einen noch unvollständigen äusseren Ring miteinander verbunden (s. Abb. 9). Beide markieren wesentliche Phasen der Rheinfelder Siedlungsentwicklung: der ersten 50 Jahre und der letzten 25 Jahre.

8 Zusammenfassung

Die Industriestadt Rheinfelden (Baden) verdankt ihre Entstehung der um die Wende zum 20. Jahrhundert einsetzenden Energiegrossgewinnung am Hochrhein. Ausschlaggebend war die Unternehmerentscheidung, in der gefällreichen Flussstrecke des Rheinfelder «Gewilds» ein Laufkraftwerk zu bauen und, ihm räumlich zugeordnet, industrielle Stromabnehmer anzusiedeln. Dieses in Europa erstmalige, wirtschaftlich risikoreiche Vorhaben ist im Zusammenhang mit Unternehmensgründungen von Elektrokonzernen in den Jahren nach 1894/95 zu sehen, insbesondere mit deren Absatzpolitik, wonach durch gleichzeitige Finanzierung der zu errichtenden Werke vorteilhafte Bestellungen gesichert werden sollten.
Die von der AEG, von Berliner und Frankfurter Banken 1894 gegründete Aktiengesellschaft «Kraftübertragungswerke Rheinfelden (Baden)» spielte in der Anfangsphase der neuen Siedlung die entscheidende Rolle. Durch ihre Grundstückspolitik, durch Vergünstigungen bei der Stromabgabe, nicht zuletzt wegen übertragungstechnischer Schwierigkeiten, sind die Produktionsstätten in unmittelbarer Nähe des Kraftwerks konzentriert worden. Von den KWR wurden erste Strassen- und Schienenanschlüsse geschaffen und weitere infrastrukturelle Aufgaben übernommen, die die zuständigen Gemeinden hätten durchführen müssen.

---

[89] Stadteigener Besitz am 1. 1. 1976: 330 ha (davon 215 ha Wald, 50 ha Wege, 16 ha Wasserfläche, 17 ha bebaute Flächen) – Angaben ohne den Besitz der eingemeindeten Orte.

Für die zuziehende Arbeiterschaft errichteten die Industriebetriebe Werkswohnhäuser auf fabrikeigenem Gelände. Gleichzeitig erweiterte sich, ausserhalb der räumlichen Einflusszone der KWR, ein älterer Siedlungskern um den Bahnhof, dessen Entwicklung vom spekulativen Wohnungsbau getragen, ab 1901 durch die Gründerkrise gebremst wurde. Die siedlungsstrukturelle Situation der Entstehungsperiode lässt mehrere Ausgangspunkte erkennen: Oberrheinfelden mit der Industrie, das Bahnhofsviertel sowie die dörflichen Zentren Nollingen und Warmbach. Die einzelnen Kerne mit ihren Erweiterungen sind bis heute baulich nicht zusammengewachsen.

In der auf die Gründungsperiode folgenden, bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges dauernden Phase gewannen die Industriebetriebe massgeblichen Einfluss auf Siedlungs- und Bevölkerungswachstum. Trotz ungünstiger Einwirkungen von aussen entwickelte sich die Stadt verhältnismässig kontinuierlich, ohne nachhaltige Rückschläge, was u. a. darauf zurückzuführen ist, dass die Industriestruktur Rheinfeldens im Gegensatz zu anderen industriellen Neugründungen des 19./20. Jahrhunderts nicht von einem einzigen Grossunternehmen geprägt wird, sondern dass das Branchenspektrum breiter gefächert ist und von mehreren Zweigwerken verschiedener Konzerne bestimmt wird. Dies hatte ausgleichende Wirkungen zur Folge. So überstand das DEGUSSA-Werk den Ersten Weltkrieg und die Inflationszeit ohne nennenswerte Verluste; es war bis in die dreissiger Jahre hinein grösster Arbeitgeber am Ort. Die Aluminiumhütte wurde von der Weltwirtschaftskrise nicht berührt; sie expandierte in jenen Jahren kräftig und wurde bis 1944 als kriegswichtiger Betrieb besonders gefördert.
Produktionsanlagen und Wohngebiete wurden in diesen Jahrzehnten erweitert, neue Werkswohnungen gebaut. Es entstand die gartenstadtähnliche «Siedlung» jenseits des inneren Ringes, ohne direkten baulichen Zusammenhang mit dem sich verdichtenden Innenbereich, dessen Schwerpunkt vom Bahnhof weg an die untere Friedrichstrasse und die drei zentralen Plätze wanderte.

Durch die planwirtschaftlichen Massnahmen des Dritten Reiches sind Strukturschwächen des Industriestandortes Rheinfelden überdeckt worden, die sich bereits vor 1933 andeuteten und verstärkt nach 1948 zu Tage traten. Gemeint ist, dass die Ansiedlungsvorteile der Zeit um die Jahrhundertwende, die Orientierung auf billige Energie und Rohstoffe, mehr und mehr schwanden und bald nur noch in geringem Umfang gegeben waren. Für die industrielle Entwicklung war es von Nachteil, dass der Anschluss an grosse Energie- und Rohstoffzentren, etwa Raffinerien, fehlte.
Schon 1929 hatte die DEGUSSA die Herstellung von Natriummetall aus Rheinfelden nach Knappsack verlegt, wo der Energieeinsatz aus Braunkohlekraftwerken kostengünstigere Produktion versprach. Die Aluminiumhütte musste 1931 zum erstenmal Fremdstrom beziehen. Sie deckt gegenwärtig nur noch rund sechs Prozent ihres Bedarfs aus den eigenen Anlagen in der Rheinzentrale. Ihr Hauptstromlieferant ist das Badenwerk, nicht die KWR, die selbst grössere Strommengen zukaufen müssen. Die KWR gewinnen von rund 850–900 Mill. verfügbaren kWh

(1975: 841,6 Mill. kWh) im Jahresdurchschnitt nur 163 Mill. kWh im alten Kraftwerk. Was die Rohstofforientierung betrifft, fällt die Aufgabe der Solegewinnung auf dem Betriebsgelände der Dynamit Nobel AG ins Gewicht sowie die Verlagerung von Produktionen an Standorte der Petrochemie.
Weitere standörtliche Ungunstfaktoren seien aufgezählt: Abseits- und Grenzlage in Verbindung mit dem Fehlen von wichtigen Grundstoffen wie Kohle, Tonerde und Rasorit, die bis Rheinfelden lange Transportwege zurückzulegen haben. Als Sonderbelastung für den Arbeitsmarkt ist das Grenzgängertum zu nennen. Die grossen Betriebe versuchen, der verschlechterten Standortsituation entgegenzuwirken: Standard- und Massenprodukte treten wertmässig zugunsten von Spezialerzeugnissen in den Hintergrund.

Die expansive Wachstumsphase Rheinfeldens in den letzten 25 Jahren scheint den vorangegangenen Überlegungen zu widersprechen. Es wäre indessen aufschlussreich, die geschilderte Entwicklung an Industrieorten mit ähnlichen Ausgangsbedingungen zu messen. Der Vergleich dürfte, zieht man die Zwischenkriegszeit mit ein, ein verhältnismässig bescheidenes Siedlungswachstum ergeben. Bedeutsamer ist, dass die weiterhin das Wirtschaftsleben Rheinfeldens und des Umlandes bestimmenden Industriebetriebe an direktem Einfluss auf dem Wohnungssektor eingebüsst haben. Statt dessen lenken die kommunalen Organe, gestützt auf eine zielstrebige Bodenpolitik, die bauliche Expansion durch einheitliche Planung und Ausführung. Der Verfolgung dieses Konzepts ging eine kommunalpolitische Entscheidung voraus.
Die Entwicklung seit 1974 verläuft mit einer spürbaren Verzögerung bei der Errichtung neuer Produktions- und Wohnstätten. Erheblich grössere Flächen beanspruchen derzeit und in Zukunft Massnahmen, die der Erholung, der Versorgung mit Dienstleistungen und der Verkehrsverbesserung dienen.

Abschluss des Manuskriptes Mitte 1976.

LITERATUR

AIAG – Direktorium (Hrsg.): Geschichte der Aluminium-Industrie-Aktien-Gesellschaft, Neuhausen 1888–1938. 2 Bde. (Chippis) 1942 und 1943

Albrecht, H. (1961): Die Grenzkraftwerke am Hochrhein. Energie, Z. f. praktische Energietechnik, H. 3, S. 1–3

Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft (Hrsg.): Die Kraftübertragungswerke Rheinfelden. Technische und wirtschaftliche Darstellung der Ausnützung der Wasserkräfte des Rheins bei Rheinfelden. Berlin 1896

Alusuisse Deutschland GmbH (Hrsg.): 70 Jahre Aluminium-Hütte Rheinfelden. Sondernummer der Werkszeitschrift «Arbeitskamerad», 1968

Alusuisse Deutschland GmbH (Hrsg): 75 Jahre Rheinfelden. Jubiläumsausgabe der Aluminiumhütte Rheinfelden GmbH. «Arbeitskamerad» 11/1973

Baugenossenschaft Rheinfelden (Hrsg.): 50 Jahre Baugenossenschaft Rheinfelden/Baden e.G.m.b.H., 1908–1958. Rheinfelden 1958

Baugenossenschaft Rheinfelden (Hrsg.): Satzung der Baugenossenschaft Rheinfelden (Baden). Nachdruck. (Rheinfelden) 1953

Baugenossenschaft Rheinfelden (Hrsg.): 60 Jahre Baugenossenschaft 1908–1968. Unveröff. Niederschrift. Rheinfelden 1968

Behrle, P. (1976): Flächennutzungsplan. Vorbereitender Bauleitplan für den Verwaltungsraum Rheinfelden. Strukturvorbericht. Rheinfelden

Behrle, P. (1973): Flächennutzungsplan. Vorbereitender Bauleitplan für den Planungsverband Hochrhein-Dinkelberg, Landkreis Lörrach. Erläuterungsbericht. Rheinfelden

DEGUSSA (Hrsg.) Unsere Betriebe 1873–1953. Heft 4, Frankfurt a. M. 1953

DEGUSSA (Hrsg.): Niederschrift über die Entwicklung des DEGUSSA-Werkes Rheinfelden, o.O., O.J. (unveröff.)

DEGUSSA (Hrsg.) Presse-Informationen 83/69 u. 85/69. Frankfurt a. M. 1969

Dynamit Nobel AG (Hrsg.): Werk Rheinfelden, o.O., o.J. (1967)

Eidgenössisches Post- und Eisenbahndepartement (Hrsg.): Beiträge und Vorschläge für den Ausbau der Staustufe Rheinfelden. Mitt. des Amtes für Wasserwirtschaft No. 39. Bern 1949

Gewerbeverein Rheinfelden (Baden) (Hrsg.): Festschrift zur 50-Jahrfeier der Stadt und des Gewerbevereins Rheinfelden/Baden und Führer durch die Industrie- und Gewerbeschau Rheinfelden/Baden. Rheinfelden (1951)

Graser, H. (1934): Zum 40jährigen Bestehen der Kraftübertragungswerke Rheinfelden 1894–1934 und zum 10jährigen Bestehen ihrer Arbeitsgemeinschaft 1924–1934 (Rheinfelden)

Grosse Kreisstadt Rheinfelden. Sonderbeilage der Badischen Zeitung vom 28. Mai 1975

Haas, R. (1932): Der Hochrhein und seine Kraftwerke. Badische Heimat 19 (1932), Hochrhein und Hotzenwald. Freiburg/Br. S. 110–115

Herzog, E. (1937): Rheinfelden (Baden). Neuland am Hochrhein. Badische Heimat 19 (1937), Hochrhein und Hotzenwald. Freiburg/Br. S. 67–78

Hofmeister, B. (1971): Stadtgeographie. Das Geographische Seminar. 2. Aufl. Braunschweig

Ipsen, G. (1956): Stadt (IV). In: *Beckerath, E.* von u. a. (Hrsg.): Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Bd. 9. Stuttgart/Tübingen/Göttingen

Jehle, F. (1963): Industriestadt auf geschichtsträchtigem Boden. In: Stadt Rheinfelden. Sonderbeilage der Rheinfelder Zeitung des «Südkurier» vom 30. Nov. 1963, S. 24–30

Jehle, F. (1972): Rheinfelden und seine Landschaft. In: Stadt Rheinfelden (Baden), (Hrsg.): Rheinfelden (Baden) 1922–1972. Vergangenheit und Gegenwart. Rheinfelden (Baden)

Kampffmeyer, H. (1910): Die Entwicklung eines modernen Industrieortes und die Lehren, die sich daraus für die industrielle Ansiedlungs-Politik ergeben. Heidelberger Volkswirtschaftl. Abh. 1. Bd., H. 4, Karlsruhe

Kraftübertragungswerke Rheinfelden (Hrsg.): Gedenkschrift zum 28. Dez. 1919, dem Tage des 25jährigen Bestehens der Kraftübertragungswerke Rheinfelden A.-G. (Rheinfelden, 1919)

Kraftübertragungswerke Rheinfelden (Hrsg.): Geschäftsbericht. 75. Geschäftsjahr 1969. Rheinfelden (Boden) 1970

Kuhn, Fr. (1967): Streiflichter aus der Vergangenheit des ehemaligen Dorfes Nollingen. Von der

Landgemeinde zur Industriestadt. Vom Jura zum Schwarzwald. N. F. Jg. 41 (1966/67), S. 23–31
Polivka, H. (1974): Die chemische Industrie im Raum von Basel. Basler Beiträge zur Geographie, H. 16, Basel
Rheinfelder Industrie: Beilage der Oberrheinischen Zeitung, Rheinfelder Anzeiger Nr. 154 vom 30. Sept. 1967
Rittweger, O. u. a. (1958): Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan der Stadt Rheinfelden (Baden). Rheinfelden
Schäfer, W. (1966): Hochrhein. Landschafts- und Siedlungsveränderung im Zeitalter der Industrialisierung. Forsch. z. dt. Landeskunde, Bd. 157, Bad Godesberg
Schib, K. (1961): Geschichte der Stadt Rheinfelden (Schweiz). Rheinfelden
Schröter KG (Hrsg.): A. Schröter KG. 75 Jahre 1895–1970 (Rheinfelden, 1970)
Stadt Rheinfelden (Baden), Hrsg.: Festschrift der Stadt Rheinfelden (Baden) zur 1200-Jahrfeier im Ortsteil Warmbach vom 4.–7. Sept. 1954 (Rheinfelden 1954)
Stadt Rheinfelden (Baden), Hrsg.: Rheinfelden (Baden) 1922–1972. Vergangenheit und Gegenwart. Rheinfelden 1972
Stadt Rheinfelden. Sonderbeilage der Rheinfelder Zeitung des «Südkurier» vom 30. Nov. 1963
Städt. Wohnungs- und Siedlungsbau GmbH Rheinfelden (Baden): Geschäftsbericht für das Jahr 1974. Rheinfelden 1975
Städt. Wohnungs- und Siedlungsbau GmbH Rheinfelden (Baden): 20 Jahre Städt. Wohnungs- und Siedlungsbau GmbH Rheinfelden (Baden). Rheinfelden 1971
Stambach, E. (1975): Die Wasserkraftnutzung am Rhein. Von den Quellen bis nach Basel. Wasser- und Energiewirtschaft 67, Nr. 5/6, S. 168–177
Steinegger, H. (1935): Heimatgeschichte Nollingen, Rheinfelden und Umgebung bis zum Jahre 1922. Rheinfelden (Baden)
Strobel, A. (1974): Die Gründung des Züricher Elektrotrusts. Ein Beitrag zum Unternehmergeschäft der deutschen Elektroindustrie 1895–1900. In: *Hassinger, E., Müller, H. J.* und *Ott, H.* (Hrsg.): Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft. Festschrift f. Cl. Bauer zum 75. Geburtstag. Berlin, S. 303–332
Verlag des «Südkurier» (Hrsg.): Rheinfelden. Bilder aus einem halben Jahrhundert seiner Geschichte. Rheinfelden 1968
Weis, H. (1953): Die beiden Rheinfelden am Hochrhein. Zur Geschichte und Gegenwart zweier ungleicher Schwestern. Beilage der Badischen Zeitung Nr. 22 vom 20. Sept. 1953
Zeller, E. (1920): Aus sieben Jahrhunderten der Geschichte Beuggens 1246–1920. 5. Aufl., Wernigerode

Siedlungsentwicklung 1975–1985 und Grenzgängerverkehr

1 Siedlungserweiterung und Wandel durch Infrastrukturmassnahmen, Stadtsanierung und Dorfentwicklung 73
11 Rahmenbedingungen 74
12 Kommunale Daseinsvorsorge. 75
13 Wohn- und Gewerbebau. 76
14 Verkehrssituation 78
15 Funktionale Gliederung der Kernstadt 79

2 Grenzgängerverkehr. 81
21 Rheinfelder Grenzgänger in der Schweiz 81
22 Grenzgänger in der Raumschaft CH-Rheinfelden/Möhlin. 84

Literaturübersicht 86

1 Siedlungserweiterung und Wandel durch Infrastrukturmassnahmen, Stadtsanierung und Dorfentwicklung

Der Zeitabschnitt 1975-85 stellt keine in sich geschlossene Phase Rheinfelder Siedlungsentwicklung dar; zu unterschiedlich sind die einzelnen Strömungen mit Wurzeln in der Vergangenheit oder mit Folgen, deren Ausmasse erst in Konturen zu erkennen sind. Dennoch lassen sich einige Entwicklungslinien skizzieren: Fertiggestellt wurden drei kommunale Grossprojekte. Im Stadtzentrum begannen Sanierungsmassnahmen, einige Dinkelbergorte wurden in das Dorfentwicklungsprogramm aufgenommen. Die Erweiterung der Siedlungsfläche schritt voran, wenn auch nicht mehr so stürmisch wie in früheren Dezennien.

11 Rahmenbedingungen

Hatten Bevölkerungszunahme und Wirtschaftswachstum bisher die Siedlungsentwicklung vorangetrieben, so erlahmten beide ab Mitte der 70er Jahre; die Einwohnerzahl verringerte sich sogar von 27 912 (1976) auf 27 096 (1985). Dieser Rückgang war von dem Trend begleitet, aus der Kernstadt in die ländlich geprägten Ortsteile umzuziehen. Die Kernstadt (ohne Nollingen und Warmbach) verlor dadurch sowie durch Rückwanderung von Ausländern rund 2000 Personen.

Die schwerste Rezession der deutschen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg hat auch in Rheinfelden Spuren hinterlassen. Bei der Aluminium-Hütte kam es zu Produktions- und Personalreduzierungen (auf 950 Beschäftigte). Weltweite Überkapazitäten und hohe Lagerbestände liessen die Preise für Rohaluminium zeitweise unter die Selbstkosten sinken. Die tradierten Nachteile des Standortes Rheinfelden – Verkehrsungunst und teure Strombezugsquellen – wurden Mitte der achtziger Jahre überschattet von den Schwierigkeiten des Mutterkonzerns Alusuisse. Dennoch bewährte sich die älteste deutsche Aluhütte als eine der besten des Unternehmens: Die Hälfte der Elektrolyseproduktion von 63 000 Jahrestonnen erreichte einen Reinheitsgrad von 99,9%. Fortschritte wurden bei der Senkung des Energieverbrauches (unter 14 kWh/kg Aluminium) und bei der Diversifikation (36% der Wertschöpfung) erzielt (Miteinander, H. 3, 1986, S. 19).
Das Werk Rheinfelden der Dynamit Nobel AG musste in den letzten Jahren mehrere Betriebszweige schliessen, die Beschäftigtenzahl sank auf 780. Ende 1985 wurde die umstrittene Produktion des Holzschutzmittels Pentachlorphenol (PCP) eingestellt. Probleme bereitete auch die Lagerung des Sondermülls, weshalb in Zukunft ein Hauptaugenmerk auf die Reduzierung der Abfallmengen gelegt wird. Zum Wachstumsträger soll die Silicium-Chemie werden, für die der Standort Rheinfelden im Rahmen des Konzerns ausgebaut wird. 42 Millionen DM investiert man in diesen Betriebszweig, der in der ersten Hälfte 1987 die Produktion aufnimmt.
Kräftig investiert hat das Zweigwerk der Degussa, und zwar nicht nur um die Schäden des Grossbrandes von 1982 zu beseitigen. Neben der Erzeugung von Oxydations-Chemikalien und hochdisperser Kieselsäure gilt die Katalysatortechnik als zukunftsweisende Sparte, mit der das Werk sich seit 25 Jahren beschäftigt, seit 1973 Exportfahrzeuge auszurüsten hilft und jetzt zur Grossproduktion übergegangen ist. Spezialisiert hat man sich auf die Beschichtung von Keramikträgern mit Edelmetallen. Der Mitarbeiterstand konnte auf 920 gesteigert werden; er liegt nur wenig unter dem absoluten Höchststand seit Bestehen des Werkes.

Insgesamt prägt das verarbeitende Gewerbe weiterhin die Arbeitsplatzstruktur Rheinfeldens. Die Dominanz der energie- und transportintensiven Grundstoffindustrie hat sich sogar verstärkt, nachdem die Uhrenfabrik Stowa 1983 geschlossen worden war. Im Jahre 1984 zählten von 3 139 im verarbeitenden Gewerbe Tätigen 2 756 zum Grundstoff- und Produktionsgütersektor. Ausser der einseitigen Struktur lässt sich hieraus auch ein Mangel an Frauenarbeits-

plätzen ablesen. Vergleichsweise gering erscheint die Zahl der Arbeitsplätze allgemein, wenn man Rheinfelden mit anderen 'Grossen Kreisstädten' in Südbaden vergleicht, denn der Indikator 'Versicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer' weist nur 7 641 Personen auf (Statistisches Taschenbuch Baden-Württemberg 1985, S. 222– 227).
Neben dem Wandel der demographischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seien weitere für die Siedlungsentwicklung 1975-85 massgebliche Faktoren genannt: das geschärfte Umweltbewusstsein weiter Bevölkerungskreise, ein Umdenken zugunsten qualitativen Wachstums, der Zuwachs neuer Aufgaben für die Stadt als untere Verwaltungsbehörde im Gefolge der Gemeindereform und anderes mehr.

12 Kommunale Daseinsvorsorge

Erheblich verbessert hat Rheinfelden seine Ausstattung mit Verwaltungs-, Erholungs- und Entsorgungseinrichtungen. An erster Stelle ist sicherlich das neue 'Kultur- und Verwaltungszentrum' zu nennen, das zwischen 1976 und 1980 für zirka 24 Millionen DM am Kirchplatz errichtet worden ist. Das mehrfunktionale Gebäude mit Ladengeschäften und einem Gastronomiebetrieb im Erdgeschoss, einem Bürgersaal für kulturelle Veranstaltungen sowie den Verwaltungsbehörden hat manch unbefriedigender Situation abgeholfen: der Streuung von städtischen Ämtern über das Stadtgebiet, der Raumnot der Verwaltung sowie dem Engpass bei grösseren Vereinsveranstaltungen, für die bislang kein adäquater Saal zur Verfügung stand, so dass in die schweizerische Schwesterstadt oder in Nachbargemeinden ausgewichen werden musste. Man entschloss sich zur Bündelung verschiedener Lösungsansätze und verwirklichte sie in einem einzigen Komplex in zentraler Innenstadtlage. So entstand ein gesellschaftlicher Treffpunkt, der auf die Innenstadt ausstrahlen und ihre Attraktivität steigern soll. Eine – noch bescheidene – verkehrsberuhigte Zone umgibt das Rathaus, in dessen Untergeschoss Parkmöglichkeiten bestehen.
Gleichzeitig mit dem Kultur- und Verwaltungszentrum schuf die Stadt eine neue Sport- und Freizeitanlage nördlich von Warmbach im Anschluss an das Gelände der Hans-Thoma-Schule. Die erste Ausbaustufe mit Investitionen von rund 11 Millionen DM umfasste die Errichtung eines Frei- und Hallenbades, das in einen Grünzug und begrünte Parkflächen entlang des alten Baumbestandes am Dorfbach eingebettet wurde. Diesem durch Tennisplätze ergänzten Kernbereich gliedert man derzeit für rund 8 Millionen DM ein kombiniertes Fussball-Leichtathletikstadion an.
Das dritte Grossprojekt betrifft die Abwasser-Entsorgung. Letztere hatte mit dem forcierten Wohnungsbau lange Zeit nicht Schritt gehalten. Erst nach und

nach wurde die Ortskanalisation ausgebaut; das ungeklärte Abwasser ist – als zeitlich begrenzte Übergangsmassnahme – in den Rhein eingeleitet worden. Den unbefriedigenden Zustand beendete die Inbetriebnahme einer neuen Kläranlage, die ihren Standort zwischen den Stadtteilen Warmbach und Herten fand. Sie besitzt eine mechanisch-biologische Stufe mit angeschlossener Schlammbehandlung und ist für 42 000 Einwohner und Einwohnergleichwerte dimensioniert (ausbaubar auf 56 000). Die Gesamtkosten von 17,2 Millionen DM konnten durch staatliche Beihilfen in Höhe von 4,98 Millionen DM sowie 1,7 Millionen DM Zinszuschüssen erträglich gehalten werden (Kläranlage Rheinfelden (Baden), 1980). Dennoch ist nicht zu übersehen, dass sich die Stadt mit den drei zeitgleich durchgeführten Grossbauvorhaben erheblich verschulden musste (1985: 1 900 DM/Einwohner gegenüber 1 200 DM bei baden-württembergischen Städten vergleichbarer Grösse). Die Folgekosten erhöhten sich vor allem durch den defizitären Schwimmbadbereich.

Nicht unerwähnt bleiben sollen in diesem Zusammenhang die Umweltschutzanstrengungen der Grossbetriebe am Ort, die freilich von manchen Gruppen noch für unzulänglich gehalten werden. Streitobjekt ist dabei auch die Sondermülldeponie Karsau, die die drei Industriebetriebe vor zehn Jahren unter Beachtung der behördlichen Anweisungen nach dem damaligen Stand der Technik gemeinsam errichtet hatten. Der Deponieboden ist mit Lehm abgedichtet, Sickerwässer werden gefasst und behandelt. Offensichtlich war den Beteiligten unklar, ob und welche Mengen Sondermüll mit toxischen Elementen gelagert werden durften. Da kaum noch behördliche Genehmigungen für die Errichtung von solchen Deponien zu erhalten sind, versucht jeder Betrieb, die Herstellungsverfahren so umzustellen, dass wenig Belastendes anfällt. Damit ist einmal ökologischen Gesichtspunkten gedient, zum anderen können die Betriebskosten gesenkt werden. Stellvertretend für alle Werke seien die Umweltschutzinvestitionen der Alu-Hütte genannt: 20 Millionen DM seit 1980 mit Folgekosten von 4,5 Millionen DM/Jahr. Darin enthalten ist die Ende 1985 installierte Abwasser-Rezirkulationsanlage für 3,5 Millionen DM. In diesem Pilotprojekt werden aus dem Wasser der Dachsprühanlagen die Feststoffe und durch einen chemischen Fällungsprozess die Fluoride ausgeschieden, so dass 90% des gereinigten Wassers wieder den Dachsprühanlagen zugeleitet werden können (Miteinander, H. 8, 1985, S. 4/5).

13 Wohn- und Gewerbebau

Trotz widriger Rahmenbedingungen ist weder der Wohnungs- noch der Wirtschaftsbau zum Erliegen gekommen. Dies betrifft sowohl die Neubautätigkeit wie die Modernisierungs- und Instandhaltungsleistungen. Den Wohnungsbau kennzeichnet allerdings eine gespaltene Konjunktur. Während der Mehrfamilienhausbau praktisch ruht, hat der Eigenheimbau kontinuierlich Fortschritte gemacht. Entsprechende Umwidmungen erfolgten beispielsweise im wesentlichen Fecampring, aus anderen Gründen im Gebiet 'Stelleacker-Hochgericht',

wo ursprünglich Gewerbeansiedlungen vorgesehen waren. Finden sich im Baugebiet 'Neumatt-Süd' von Nollingen einzelne Komplexe mit Eigentumswohnungen, so wird der 'Vogelsang' am Dinkelbergabhang ausschliesslich mit Einfamilienhäusern individuellen Zuschnitts überzogen. Dieser gehobene Wohnbezirk war Mitte der achtziger Jahre erst spärlich belegt. Ein- und Zweifamilienhäuser bestimmen die Neubaugebiete von Karsau ('Schanz'), Minseln ('Nottenberg'), Degerfelden-Süd usw.
Der Wirtschaftsbau schob seine Wachstumsspitzen entlang der Schildgasse bis an den Fuss des Dinkelberges vor. Einkaufsmärkte und Autohäuser bestimmen das Nutzungsbild – ähnlich wie im Gewerbegebiet 'Nollinger Kreuz', wo letzte Lücken verfüllt werden. Die Grossindustrie investierte im Zuge von Produktionsumstellungen und zur Beseitigung von Brandschäden in ihre Fabrikationsanlagen durch Umbauten, ohne das Werksareal auszudehnen.
Neben der Neubautätigkeit werden die Bestrebungen immer wichtiger, den Altbestand an Gebäuden zu modernisieren. So ist im Stadtzentrum zwischen Kapuziner- und Friedrichstrasse sowie Karl-Fürstenberg-Strasse ein Sanierungsgebiet Innenstadt förmlich festgelegt worden. Nach Osten hin soll der 'Konsum-Block' der Kronenstrasse miteinbezogen werden. Da keine städtebaulichen Missstände zu beseitigen sind, sollte man eher von einem Entwicklungs- statt von einem Sanierungsgebiet sprechen. Ziel ist, die Gebäudekapazitäten so zu erweitern, dass zusätzliche Dienstleistungen oder Ladengeschäfte aufgenommen werden können, um die Anziehungskraft der Innenstadt zu erhöhen. Konkrete Schritte sind Verdichtung der Bebauung, Anlage einer Quartiersgarage und Verkehrsberuhigung. In der Kapuzinerstrasse erfolgten bereits erste Umgestaltungen. Das Sanierungskonzept stösst keineswegs auf einhellige Zustimmung, denn der hier tangierte Gebäudebestand aus den 20er und 30er Jahren dokumentiert eine wichtige Phase Rheinfelder Siedlungsentwicklung und sollte ähnlich wie die gründerzeitlichen Häuser behutsam behandelt werden.

Einer Erneuerung bedarf der südwestlich an das Zentrum anschliessende Innenstadtbereich. Diese Keimzelle Rheinfelder Siedlungsentwicklung um Bahnhof und Zollhaus sowie um die ehemalige Seidenweberei als erstem Industriebetrieb, weist eine ungeordnete Mischstruktur hinsichtlich Bebauung und Nutzung auf. Hinzu kommt im Südteil die Verkehrsbelastung durch Bahnlinie und Bundesstrassen, den Verkehrsknoten an der Unterführung und durch den zu geringen Stauraum vor dem Zoll (was in gleicher Weise für die schweizerische Schwesterstadt gilt). Der Nordteil ist durch die Strassenquadrate aus der Gründerzeit geprägt. Ihre Randbebauung mit viergeschossigen Gebäuden blieb lückenhaft, in den Blockinnenbereichen und in Rücklagen siedelten sich Gewerbebetriebe an. Das Gesamtareal ist von Brachflächen durchsetzt. Verbesserungen verspricht man sich nicht durch eine flächenhafte Sanierung, sondern durch aufeinander

abgestimmte Einzelmassnahmen. Für die in Kommunaleigentum übergegangenen Werksanlagen der Seidenweberei ist beispielsweise die Errichtung eines Handwerkerhofes geplant (Behrle, P., Stadterneuerung Südweststadt 1985).

Durch die Eingemeindungen im Zuge der Kommunalreform hat sich der arealmässige Schwerpunkt der 6 285 Hektaren grossen Stadtgemarkung vom Hochrhein in den Dinkelberg hinein verschoben. Adelhausen, Nordschwaben, Eichsel und Minseln liegen ganz, Karsau, Degerfelden und Herten grossenteils in der (Schwarzwald-)Vorbergscholle. Bevölkerungsentwicklung und Neubautätigkeit verliefen recht unterschiedlich; beispielsweise lehnen Adelhausen und Nordschwaben die Ausweisung grösserer Baugebiete ab. Alle Ortsteile legen indessen Wert darauf, in das Dorfentwicklungsprogramm, das auf die Erhaltung ortsbildprägender Bausubstanz abzielt, aufgenommen zu werden. So hat man in einer ersten Stufe Dorfentwicklungskonzepte erstellt. In das Förderprogramm gelangten schliesslich drei Ortsteile, die Rheinfelden selbst auswählen konnte: Nordschwaben, Minseln, Degerfelden. Erste öffentliche und private Massnahmen sind bereits durchgeführt (Kirchgasse in Minseln, Dorfplätze in Degerfelden und Nordschwaben). Weitere Bewilligungen liegen vor; für zahlreiche Anträge müssen wegen der regen Nachfrage Wartezeiten in Kauf genommen werden.

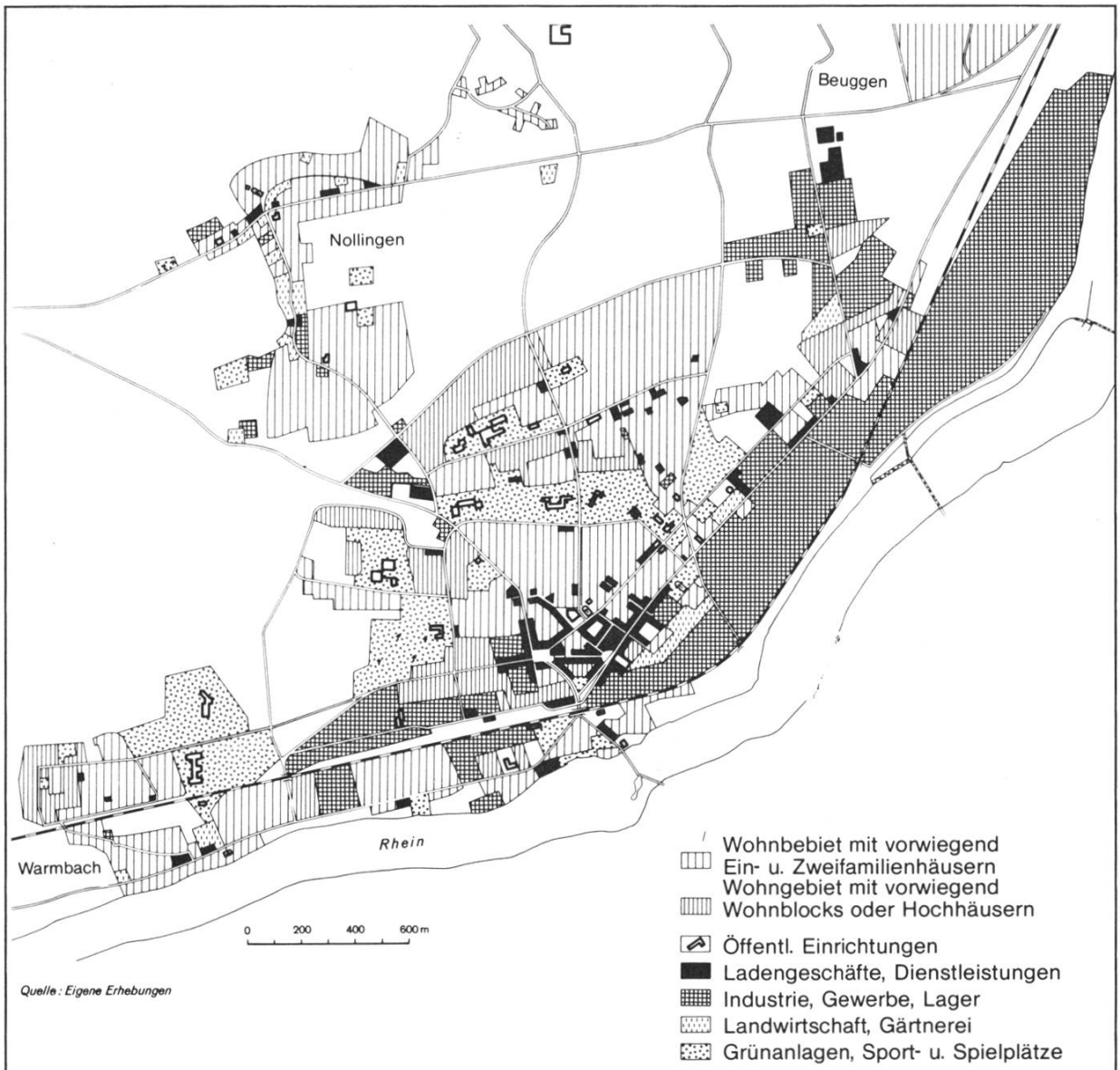
14 Verkehrssituation

Angesprochen ist hier nicht die städtische Verkehrsinfrastruktur, sondern die regionale Verkehrsanbindung Rheinfeldens als eine Grenzstadt mit dominierend rohstoffintensiver Industrie.
Der moderne Gütertransport auf dem Hochrhein geht auf das Jahr 1933 zurück, als der Ort Endpunkt der Rheinschiffahrt wurde. Konjunkturverlauf und Konkurrenzverhältnisse auf Schiene und Strasse spiegeln sich in der Umschlagsentwicklung des Hafens wider, die sich nach einem Tiefpunkt Mitte der 70er Jahre unter Schwankungen erholte (1985: 187 000 Tonnen). Nachteilig ist die durch die Schleuse Augst bedingte vergleichsweise geringe Tonnenzahl der Schiffe. Die räumliche Trennung des Hafens von seinen wichtigsten Kunden, Degussa und Aluminiumhütte, erzwingt kostspieliges Umladen im gebrochenen Verkehr. Solange der Hochrhein nicht als Grosswasserstrasse ausgebaut ist – was keineswegs allseitigen Konsens findet – bleiben für Rheinfelden die Häfen Weil am Rhein und Birsfelden/Schweiz von Bedeutung. Von dort werden Güter per Bahn antransportiert.
Eine Aufwertung erfuhr die Schienenverbindung durch den zweigleisigen Ausbau der Hochrheinstrecke, der Rheinfelden von Basel erreicht hat. Ab 1987

sollen Züge in den Stosszeiten im Halbstunden-, dazwischen im Stundentakt von Waldshut zum Badischen Bahnhof Basel verkehren, wo Anschlüsse an internationale Linien bestehen. Die Einbindung in das Konzept der 'Regio-S-Bahn' wäre automatisch gegeben.
Kontrovers war und ist die Diskussion über die Notwendigkeit beziehungsweise die Führung der Autobahntrasse vom Waidhof oberhalb Lörrach nach Osten bis in den Klettgau. Allein Rheinfelden ist mit der vorliegenden Planung des Autobahnamtes auf seiner Gemarkung einverstanden. Entgegen früheren Vorstellungen wird die Trasse nicht im Tal – zwischen Nollingen und Kernstadt – sondern über den Dinkelberg südlich von Eichsel sowie zwischen Minseln und Karsau verlaufen. Gesichert ist ausserdem eine Autobahnspange zur schweizerischen N 3, was einen neuen Brückenbau westlich von Warmbach erforderlich macht.

15 Funktionale Gliederung der Kernstadt

Bei einem Blick auf die räumliche Verteilung der Nutzungen im Stadtgebiet (s. Abb. 1) treten die ausgedehnten Gewerbe- und Industrieareale deutlich hervor. Drei Bereiche müssen aufgrund unterschiedlich strukturierender Kräfte voneinander geschieden werden: die Grossindustrie entlang des Hochrheins mit ihren Keimzellen am Laufkraftwerk – ehemals energieorientiert, die Areale westlich des Bahnhofs mit Lagerflächen für Schrott und Baumaterialien – im wesentlichen transportorientiert, schliesslich die Gewerbegebiete 'Schildgasse' und 'Nollinger Kreuz' mit flächenintensivem Dienstleistungshandwerk und kleinen Industriebetrieben bei vielfach geringer Arbeitsstättenfunktion, aber intensivem Kundenbesuch. Es handelt sich zumeist um verlagerte Betriebe aus der Innenstadt, das heisst, dass Verfügbarkeit von Flächen und gute Erreichbarkeit die ausschlaggebende Rolle zur Ansiedlung gespielt haben. Gleiches trifft für die räumlich benachbarten Einkaufsmärkte zu.
Diese Märkte «auf der grünen Wiese» ziehen in starkem Masse Kaufkraft aus der Innenstadt ab, woraus nicht zuletzt die Bemühungen zur Attraktivitätssteigerung des Zentrums resultieren. Ladengeschäfte, Dienstleistungen wie Banken und Büros freier Berufe sowie Gaststätten prägen im Kernbereich das Nutzungsbild der Erdgeschosse, während die tertiärwirschaftliche Durchdringung der Obergeschosse noch gering ist. Zu beobachten sind Attraktivitätsverschiebungen: Während die mittlere Friedrichstrasse an Standortgunst verliert – Vermietungsprobleme von Büroflächen als Indikator – gewinnt das Dreieck zwischen Kapuzinerstrasse und Rathaus. Für eine Mittelstadt von der Grösse Rheinfeldens ungewöhnlich ist, dass sich bislang kein selbständiges Subzen-



Rheinfelden (Baden) –
Räumliches Nutzungsgefüge 1986

trum herausgebildet hat, was für die alten Ortskerne von Nollingen und Warmbach oder auch für Oberrheinfelden zu erwarten gewesen wäre. Ersatzweise sind mehrere Einzelstandorte von Geschäften über das Stadtgebiet verstreut, ganz abgesehen von der erwähnten Konzentration von Einkaufsmärkten sowie dem Geschäftsbesatz in den eingemeindeten Dörfern.
Wohnen im Stadtzentrum ist in Rheinfelden noch weit verbreitet. Die Diskussion um ein Sanierungskonzept hat dies erneut bestätigt. Wohnfunktion besitzen nicht nur die meisten Obergeschosse, sondern ganze Baublöcke in zentraler Lage. Überwiegend Ein- und Zweifamilienhausbebauung schliesst sich an den Geschäftsbereich bis zum halbkreisförmigen Grüngürtel um die Innenstadt an, was gleicherweise in der Aussenzone für das Areal der «Siedlung» gilt. In der westlichen Aussenzone wurde dagegen eine konzentrierte, reichlich durchgrünte Bebauung mit Wohnblocks und Hochhäusern bevorzugt. Als fast reines Wohngebiet gilt der Stadtteil Warmbach, während sich in Nollingen wenigstens Reste bäuerlicher Tradition erhalten haben, auch wenn die Landwirtschaft meist nebenberuflich geführt wird.
Diese grobmaschige räumliche Differenzierung bedarf im einzelnen zahlreicher Korrekturen. Stadtbezirke mit ziemlich einheitlicher Raumnutzung würden sich dann gegen solche abheben, die gewachsene Gemengelagen besitzen oder die unter der Häufung von Nutzungen überlastet erscheinen.

2 Grenzgängerverkehr

Nach der Beschreibung und Analyse genetischer und struktureller Aspekte zur Siedlungsgeographie von Rheinfelden sollen nun die funktionalen Beziehungen der Stadt zu anderen Siedlungen besprochen werden. Als eine Teilfunktion werden die Pendlerverflechtungen herausgegriffen und auf einen für die Grenzstadt besonders interessanten Gesichtspunkt eingeengt: den zwischenstaatlichen Pendelverkehr zur Schweiz. Dass dabei die Verbindungen zur Schwesterstadt im Vordergrund stehen, ist aufgrund der vielseitigen Beziehungen verständlich. Vorangestellt sei ein Überblick über alle Rheinfelder Grenzgänger.

21 Rheinfelder Grenzgänger in der Schweiz

Mitte 1984 pendelten 1 470 Grenzarbeitnehmer aus Rheinfelden in die Schweiz; dies entspricht einem Fünftel der Grenzgänger aus dem Kreis Lörrach und 8 v. H. aller deutschen Schweizpendler. Wie Abbildung 2 zeigt, treten unter den Zielrichtungen zwei kräftige Ströme hervor, einmal in das schweizerische Rheinfelden (37,7%), zum andern nach Basel (30%); knapp ein Drittel

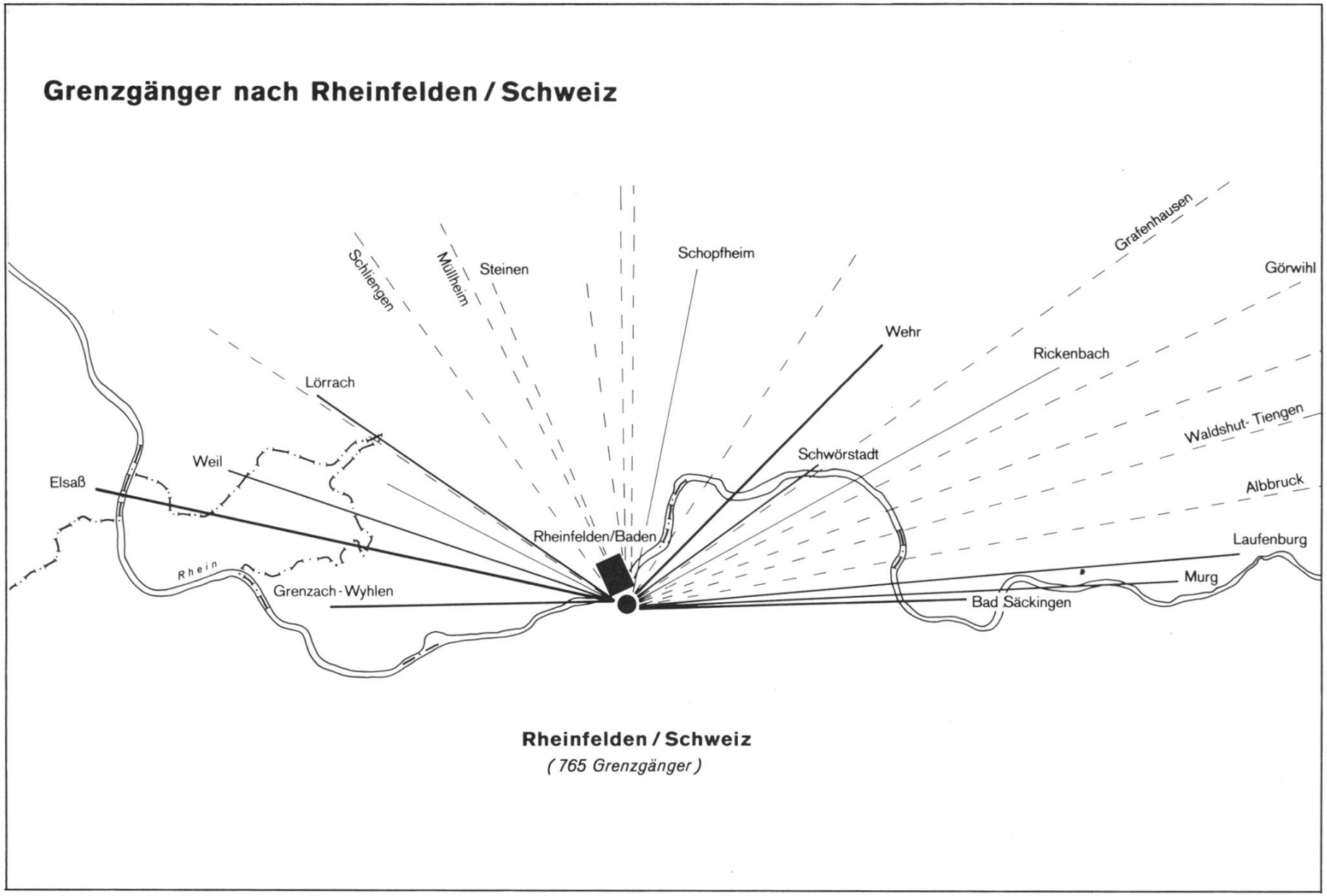


Abbildung 13

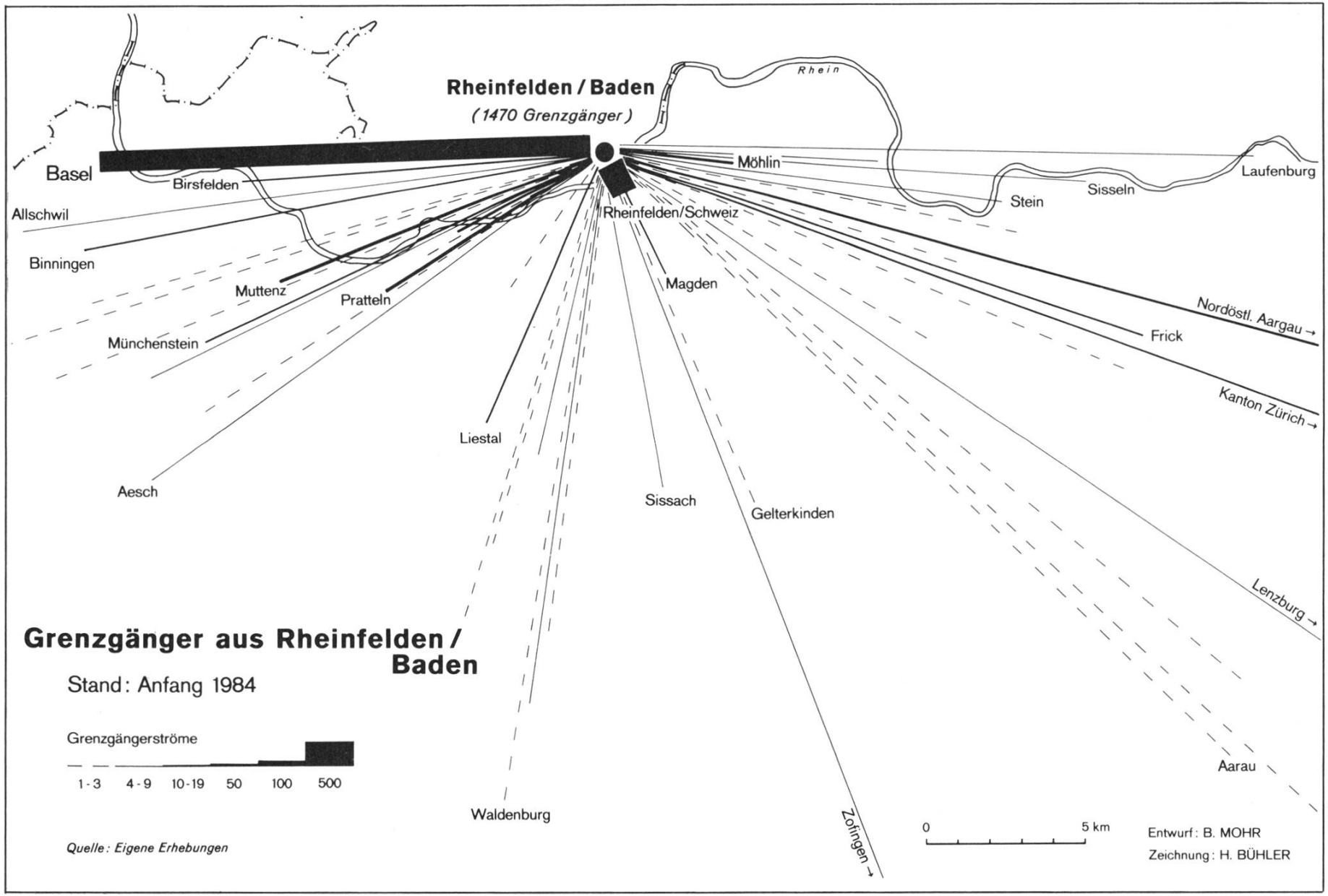


Abbildung 14

sucht 57 sonstige Arbeitsorte auf. Geschlechtsspezifische Unterschiede werden bei den Distanzen deutlich, denn die Frauen bevorzugen nahegelegene Zielgemeinden; mehr als die Hälfte von ihnen geht nach Rheinfelden/Schweiz. Unterschiede nach Geschlechtern zeigen sich auch in der Altersstruktur, den Tätigkeitsfeldern und der Qualifikation. Bei den im Durchschnitt um vier Jahre älteren Männern sind die 45–50jährigen stark vertreten. Einen Schwerpunkt in dieser Altersklasse haben auch die Frauen, indessen ist ihre Altersstufe von 20–25 Jahren noch dichter besetzt. Während die Frauen in überragendem Masse in tertiärwirtschaftlichen Branchen arbeiten (72%), konzentrieren sich die männlichen Pendler auf Sparten des produzierenden Gewerbes (75%), insbesondere auf die Metallindustrie und den Maschinenbau (18% beziehungsweise 16%) sowie die chemische Industrie (14%). Wie allgemein unter deutschen Grenzgängern ist auch unter den Rheinfeldern der Facharbeiteranteil sehr hoch. Des weiteren besetzt fast jeder zehnte Grenzgänger eine Stelle als Akademiker, Ingenieur, Techniker u. ä., drei Prozent können als Leitende Angestellte eingestuft werden. Über die Hälfte der Grenzgängerinnen sind dagegen an- und ungelernte Kräfte (53%), mehr als ein Viertel arbeitet in Angestelltenpositionen.
Bei der Interpretation dieser Daten darf nicht vergessen werden, dass Frauen – ob in der Schweiz oder in Deutschland – oft eine zeitlich begrenzte Arbeit suchen, deshalb kürzere Betriebszugehörigkeiten aufweisen als die Männer und als Folge davon geringere Chancen haben, sich zu qualifizieren. Dennoch ist der Anteil weiblicher Personen unter den Rheinfelder Grenzgängern mit 43% hoch. Zwar spielen die geringeren Distanzen zu den Arbeitsorten hierbei eine wichtige Rolle, doch dürfte der Mangel an Frauenarbeitsplätzen in der Industriestadt ausschlaggebend sein.

22 Grenzgänger in der Raumschaft CH-Rheinfelden/Möhlin

Aus der Sicht der Zwillingsstadt ergeben sich neue Gesichtspunkte zum Grenzgängertum: Der aargauische Bezirk Rheinfelden wird stark vom nahen Wirtschaftszentrum Basel und den Folgen der dort herrschenden räumlichen Enge geprägt. So pendelt ein Drittel seiner Erwerbstätigen in die Basler Kantone zur Arbeit. Andererseits haben die gute Erreichbarkeit sowie das grosse Flächenangebot Betriebsverlagerungen aus der Agglomeration hierher begünstigt. Diese Gewerbesuburbanisierung sowie Neuansiedlungen – vor allem auf dem Möhliner Feld – führten zu einer Diversifizierung des traditionellen Industriebesatzes (Salzgewinnung, Brauereien). Aus der Wiederbelebung des Kurverkehrs und der Sanierung der Altstadt zogen Gastgewerbe und Einzelhandel des

schweizerischen Rheinfelden grossen Nutzen, so dass auch im Dienstleistungsbereich neue Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden konnten.
Hinsichtlich der Verfügbarkeit von Arbeitskräften sieht sich die Raumschaft allerdings einem doppelten Sog – von Basel im Westen und dem neuen Chemiezentrum 'Sisslerfeld' im Osten – ausgesetzt. Wenn auch die in der Aufbauphase der 60er Jahre beträchtliche Fluktuation der Beschäftigten eingedämmt wurde, verfolgt man jede Produktionserweiterung der Chemiekonzerne mit Argwohn.
In diesem Spannungsfeld sind die örtlichen Unternehmen auf den Einsatz von Grenzgängern angewiesen, ohne dass diese als Lückenbüsser anzusprechen wären. Vielmehr besteht zwischen dem aargauischen und dem badischen Rheinfelden seit langem ein intensiver Pendleraustausch. Dieser war vor dem Ersten Weltkrieg einseitig von Süd nach Nord gerichtet, seit dem Zweiten Weltkrieg dominiert die Gegenrichtung. 1984 gingen insgesamt 820 Grenzgänger (darunter 60 aus Frankreich) in die schweizeriche Zwillingsstadt, nach Möhlin rund 400.

Möhlin stellt insofern einen Sonderfall dar, als es Mittelpunkt der französischen Pendler im Aargau ist (230 von insgesamt 400). Allein in dem 1932 angesiedelten Werk des weltweit grössten Schuhherstellers BATA arbeiten 75 Elsässer, bei einem aus Muttenz verlegten Produzenten von Verpackungsmaterial 50 sowie in einer aus Basel verlagerten Konservenfabrik 60 Elsässer. Diese Betriebe unterhalten einen Buspendelverkehr von und nach Mülhausen. Die wenigen in Rheinfelden tätigen Franzosen sind in einem, bezeichnenderweise wiederum aus Basel ausgesiedelten Unternehmen, konzentriert.

In Rheinfelden ist jeder sechste Beschäftigte deutscher Grenzarbeitnehmer. Absolut sind dies 765 Personen, von denen 555 aus der badischen Schwesterstadt stammen (siehe Abbildung 2). Sie verteilen sich recht ausgewogen auf Branchen und Betriebe, wobei der Dienstleistungssektor bevorzugt aufgesucht wird (56%). Im Gesundheitswesen, in der Reinigung, im Einzelhandel und Gastgewerbe sind jeweils 14–20% tätig. Wichtigste Sparte im produzierenden Gewerbe ist der Maschinenbau (15%), dem die Metallindustrie (7%) sowie die Getränkeherstellung (6%) folgen. Diese sektorale Aufgliederung weicht beträchtlich von den Durchschnittswerten deutscher Grenzgänger in den Aargau und in die Schweiz allgemein ab, ebenso wie die hohe Frauenquote (55%) sowie der Anteil un- und angelernter Arbeitskräfte (41%, unter den Frauen sogar 59%), was aufgrund der genannten sozioökonomischen Strukturdaten in Abhängigkeit voneinander zu sehen ist.
Für die Wirtschaft des aargauischen Bezirks Rheinfelden stellen die Grenzpendler einen unverzichtbaren Bestandteil des Arbeitsmarktes dar. Sie sind hier voll integriert. Die Grenze wird nicht als trennend empfunden. Für

Badisch-Rheinfelden bedeuten die Grenzgänger eine Entlastung des heimischen Arbeitsmarktes. Allein ihr umfangreicher Personenkreis von 1 470 Pendlern, von dem mindestens noch einmal eine gleiche Personenzahl wirtschaftlich abhängt, ist beachtenswert; auch der Vergleich zu den 7 640 versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern sollte nachdenklich stimmen. Künstliche Eingriffe in diese gewachsenen Beziehungen würden nicht nur als Störung empfunden, sondern sich zum Schaden beider Hochrheinseiten auswirken.

Literatur

Behrle, P. (1985): Stadt Rheinfelden (Baden). Stadterneuerung Südweststadt. Rheinfelden (Baden).
Kläranlage Rheinfelden (Baden) (1980). Informationsschrift der Stadt Rheinfelden. Rheinfelden (Baden).
«Miteinander». Werkzeitschrift der deutschen Alusuisse-Gruppe, H. 8 (1985) und H. 3 (1986).
Mohr, B. (1986): Deutsche Grenzgänger in der Nordwestschweiz. Pendlerverflechtungen am Hochrhein. Basel = Schriften der Regio 9.1.
Stadt Rheinfelden (Baden) (Hrsg.): Haushaltsplan, Nachtragshaushaltsplan, Rechenschaftsbericht 1976–1985.
Statistisches Taschenbuch Baden-Württemberg 1984/85 (1985), Stuttgart.